



Ein Stück mehr **Verantwortung.**

VBL. Der Geschäftsbericht 2010.

VBL

Versorgungsanstalt des
Bundes und der Länder
Karlsruhe

Auf der Innenseite finden Sie „**VBL** auf einen Blick“.

VBL auf einen Blick. Gesamtübersicht. Stand 31.12.2010.

Beteiligte	2006 Anzahl	2007 Anzahl	2008 Anzahl	2009 Anzahl	2010 Anzahl	09/10 %	06/10 %
Bund und beteiligte Länder	15	15	15	15	15	0,0	0,0
kommunale Arbeitgeber	1.706	1.709	1.680	1.671	1.673	+0,1	-1,9
Träger der Sozialversicherung	89	87	85	83	76	-8,4	-14,6
sonstige Arbeitgeber	3.598	3.631	3.626	3.581	3.587	+0,2	-0,3
Teilbeteiligte*	44	44	44	44	44	0,0	0,0
	5.452	5.486	5.450	5.394	5.395	0,0	-1,0

Versicherte	2006 Anzahl	2007 Anzahl	2008 Anzahl	2009 Anzahl	2010 Anzahl	09/10 %	06/10 %
Pflichtversicherte							
Bund	159.661	154.592	151.155	147.474	134.543	-8,8	-15,7
Länder	753.364	678.706	665.439	674.257	674.804	+0,1	-10,4
kommunale Arbeitgeber	198.921	197.270	198.052	191.676	192.649	+0,5	-3,2
Träger der Sozialversicherung	91.466	86.092	84.570	83.371	83.374	0,0	-8,8
sonstige Arbeitgeber	604.479	683.663	697.012	731.299	743.739	+1,7	+23,0
Gesamt	1.807.891	1.800.323	1.796.228	1.828.077	1.829.109	+0,1	+1,2
Beitragsfrei Versicherte	2.256.917	2.289.140	2.332.376	2.357.534	2.400.973	+1,8	+6,4
Verträge Freiwillige Versicherung	123.144	160.089	189.288	215.890	243.037	+12,6	+97,4

Betriebsrenten	2006 Anzahl	2007 Anzahl	2008 Anzahl	2009 Anzahl	2010 Anzahl	09/10 %	06/10 %
Aus aktiver Versicherung	937.322	948.852	966.469	977.579	988.786	+1,1	+5,5
Aus beitragsfreier Versicherung	118.336	126.604	137.261	146.337	154.753	+5,8	+30,8
Nach § 83 VBLS (§ 105b d. S. a. F.)	26.644	26.478	26.731	26.626	26.500	-0,5	-0,5
Aus Pflichtversicherung gesamt	1.082.302	1.101.934	1.130.461	1.150.542	1.170.039	+1,7	+8,1
Aus Freiwilliger Versicherung	371	664	1.018	2.029	3.817	+88,1	+928,8

Erträge und Aufwendungen	2006 Mio. €	2007 Mio. €	2008 Mio. €	2009 Mio. €	2010 Mio. €	09/10 %	06/10 %
Erträge							
Umlageaufkommen ¹	4.452,1	4.378,9	4.823,8	5.065,3	5.311,6	+4,9	+19,3
Kapitalerträge	551,4	562,3	613,4	824,1	945,2	+14,7	+71,4
Summe	5.003,5	4.941,2	5.437,2	5.889,4	6.256,8	+6,2	+25,0
Aufwendungen							
Leistungen ²	4.165,6	4.246,7	4.333,6	4.409,7	4.488,2	+1,8	+7,7
Kapitalaufwendungen	138,6	180,4	380,7	320,7	293,5	-8,5	+111,8
Summe	4.304,2	4.427,1	4.714,3	4.730,4	4.781,7	+1,1	+11,1
Saldo der übrigen Erträge und Aufwendungen	-222,7	-327,1	-526,0	-564,7	-855,7	+51,5	+284,2

Vermögen	2006 Mio. €	2007 Mio. €	2008 Mio. €	2009 Mio. €	2010 Mio. €	09/10 %	06/10 %
Anlagevermögen ³	8.059,7	9.298,0	10.010,6	10.961,7	12.227,4	+11,5	+51,7
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	4.552,0	3.903,5	3.948,3	4.100,0	4.212,5	+2,7	-7,5
Bilanzsumme	12.611,7	13.201,5	13.958,9	15.061,7	16.439,9	+9,2	+30,4

* Teilbeteiligungsvereinbarungen mit kommunalen Gebietskörperschaften aufgrund der Verwaltungsreform Baden-Württemberg; die Pflichtversicherten sind dem Land Baden-Württemberg zugeordnet

¹ einschließlich „Veränderung der Rückstellung für Gegenwerte und Ausgleichsbeträge“ sowie „Überleitungen“

² Zahlungen für Leistungen einschließlich „Überleitungen“

³ einschließlich „Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Versicherungsnehmern“

Pflichtversicherung nach umlagefinanzierten Abrechnungsverbänden. Stand 31.12.2010.

Beteiligte	Abrechnungsverband West			Abrechnungsverband Ost		
	2009	2010	09/10	2009	2010	09/10
	Anzahl	Anzahl	%	Anzahl	Anzahl	%
Bund und beteiligte Länder	10	10	0,0	5	5	0,0
kommunale Arbeitgeber	1.671	1.673	+0,1	–	–	
Träger der Sozialversicherung	74	67	-9,5	9	9	0,0
sonstige Arbeitgeber	3.307	3.306	0,0	274	281	+2,6
Teilbeteiligte*	44	44		–	–	
Beteiligte gesamt	5.106	5.100	-0,1	288	295	+2,4

Pflichtversicherung	Abrechnungsverband West			Abrechnungsverband Ost		
	2009	2010	09/10	2009	2010	09/10
	Anzahl	Anzahl	%	Anzahl	Anzahl	%
Aktiv Versicherte						
Bund	120.220	107.718	-10,4	27.254	26.825	-1,6
Länder	461.989	467.400	+1,2	212.268	207.404	-2,3
kommunale Arbeitgeber	191.671	192.644	+0,5	5	5	0,0
Träger der Sozialversicherung	64.734	64.991	+0,4	18.637	18.383	-1,4
sonstige Arbeitgeber	623.497	634.955	+1,8	107.802	108.784	+0,9
Gesamt	1.462.111	1.467.708	+0,4	365.966	361.401	-1,2
Beitragsfrei Versicherte	2.151.862	2.186.038	+1,6	205.672	214.935	+4,5

Betriebsrenten	Abrechnungsverband West			Abrechnungsverband Ost		
	2009	2010	09/10	2009	2010	09/10
	Anzahl	Anzahl	%	Anzahl	Anzahl	%
Aus aktiver Versicherung	897.498	899.192	+0,2	80.081	89.594	+11,9
Aus beitragsfreier Versicherung	136.867	143.962	+5,2	9.470	10.791	+13,9
Nach § 83 VBLS (§ 105b d. S. a. F.)	202	204	+1,0	26.424	26.296	-0,5
Gesamt	1.034.567	1.043.358	+0,8	115.975	126.681	+9,2
Verhältnis aktiv Versicherte zu Renten gesamt	1,41:1	1,41:1		3,2:1	2,9:1	

Erträge und Aufwendungen	Abrechnungsverband West			Abrechnungsverband Ost		
	2009	2010	09/10	2009	2010	09/10
	Anzahl	Anzahl	%	Anzahl	Anzahl	%
Erträge						
Umlageaufkommen ¹	4.422,0	4.447,7	+0,6	169,6	175,3	+3,4
Kapitalerträge	490,0	530,6	+8,3	115,2	131,9	+14,5
Summe	4.912,0	4.978,3	+1,3	284,8	307,2	+7,9
Aufwendungen						
Anstaltsleistungen ²	4.197,3	4.248,2	+1,2	132,5	146,5	+10,6
Kapitalaufwendungen	287,4	213,7	-25,6	0,7	0,7	0,0
Summe	4.484,7	4.461,9	-0,5	133,2	147,2	+10,5
Saldo der übrigen Erträge und Aufwendungen	-58,8	-90,1	+53,2	-8,3	-8,7	+4,8

Verfügbares Vermögen	Abrechnungsverband West			Abrechnungsverband Ost		
	2009	2010	09/10	2009	2010	09/10
	Anzahl	Anzahl	%	Anzahl	Anzahl	%
Rückstellung für Pflichtleistungen	7.230,8	7.659,7	+5,9	1.901,1	2.052,4	+8,0

Fußnoten siehe Gesamtübersicht

Ein Stück mehr **Verantwortung.**

VBL. Der Geschäftsbericht 2010.



Versorgungsanstalt des
Bundes und der Länder
Karlsruhe

Vorwort des Verwaltungsratsvorsitzenden zum Geschäftsbericht 2010.

Sehr geehrte Damen und Herren,



[Kurt Martin]

Vorsitzender des Verwaltungsrats der VBL

die betriebliche Altersversorgung ist ein wichtiger Baustein für die spätere Versorgung im Alter. Die Gestaltung einer zukunftssicheren Zusatzversorgung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst liegt in den Händen der Tarifvertragsparteien. Mit dem Änderungstarifvertrag Nr. 5 zum Tarifvertrag Altersversorgung vom 30. Mai 2011 haben sie sich auf wichtige Neuregelungen in der Zusatzversorgung verständigt. Kernpunkt der Tarifverhandlungen war die Berechnung der Startgutschriften für rentenferne Pflichtversicherte und beitragsfrei Versicherte. Die Neuregelung setzt die Rechtsprechung zu diesem Thema um und wird den Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der Arbeitgeber gerecht. Sicher ist, dass keine der einzelnen Startgutschriften gemindert wird. Der Tarifvertrag hat auch Auswirkungen auf zahlreiche gerichtliche Verfahren zum Versorgungsausgleich: Die VBL kann den Familiengerichten in den wegen der anstehenden Neuregelung ausgesetzten Verfahren nun verbindliche Auskünfte zur Höhe der Anwartschaften erteilen. Neben der Berechnung der Startgutschriften sieht der neue Änderungstarifvertrag auch eine bessere Bewertung von Mutterschutzzeiten ab 18. Mai 1990 vor und stellt die Lebenspartner mit den Ehegatten bei der Hinterbliebenenversorgung gleich.

Die VBL ist sich ihrer Verantwortung bei Umsetzung des Tarifvertrags bewusst: Frühzeitig hat sie die für die Durchführung notwendigen Schritte eingeleitet. Durch den großen Einsatz hoch motivierter Mitarbeiter erzielt die VBL in ihrem Umsetzungsprojekt gute Fortschritte. Ich bin mir sicher, dass die VBL auch dieser Herausforderung gewachsen ist und in gewohnter Weise als öffentlich-rechtliches Dienstleistungsunternehmen überzeugen wird. Für die verantwortungsvolle Arbeit, die erzielten Erfolge und den tatkräftigen Einsatz im vergangenen Jahr danke ich dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der VBL.

Mit freundlichen Grüßen

Kurt Martin

Vorsitzender des Verwaltungsrats der VBL

Vorwort des Präsidenten zum Geschäftsbericht 2010.

Sehr geehrte Damen und Herren,



【 Wolf R. Thiel 】

Präsident und Vorsitzender
des Vorstands der VBL

die VBL übernimmt Verantwortung – für etwa vier Millionen Versicherte im öffentlichen Dienst, eine Million Rentner und rund 5.400 beteiligte Arbeitgeber. Die Versicherten erwarten von der VBL als ihrer Betriebsrenteneinrichtung eine zuverlässige und sichere Altersvorsorge – auch in Zeiten instabiler Kapitalmärkte. Dass wir uns dieser Verpflichtung erfolgreich stellen, zeigt unter anderem die erneute Verleihung des portfolio institutionell Awards als „Beste Altersvorsorgeeinrichtung“, diesmal in der Kategorie mit einem Anlagevolumen über einer Milliarde Euro, die die VBL in 2011 zum dritten Mal in Folge erhalten hat. Ein Grund dafür ist die Tatsache, dass Sicherheit und hohe Qualität der Anlagen stets im Mittelpunkt unserer Investmententscheidungen stehen. Verantwortung im Zusammenhang mit der Altersversorgung bedeutet auch, die bestehende Absicherung transparent zu machen und Perspektiven für einen angemessenen Lebensstandard aufzuzeigen. Wir tun dies durch unsere Beratungsgespräche und Infoveranstaltungen zur Pflichtversicherung, zur Entgeltumwandlung – die jetzt auch für Beschäftigte des Bundes möglich ist – oder zur Riesterförderung. Um unsere Serviceleistungen weiter zu verbessern, haben wir im Jahr 2010 zahlreiche Projekte und Initiativen durchgeführt. Da die VBL keine Servicestellen unterhält, gehen wir jetzt mit unserem Konzept „Beratung vor Ort“ neue Wege: Durch Kooperationen mit zum Beispiel der BBBank und durch einen optimierten Einsatz unserer Kundenberaterinnen und -berater bei den Arbeitgebern können wir unsere Kunden gezielt erreichen. Dass dies von den Beschäftigten gewünscht wird, hat auch die aktuelle Befragung von VBL-Versicherten 2011 gezeigt. Mit neuen Internetangeboten – wie dem Veranstaltungsmanager oder dem E-Learning – nutzen wir modernste Methoden, um unsere Serviceleistungen hochwertig aber effizient zu gestalten.

Alles in allem können wir auf ein erfolgreiches Jahr 2010 zurückblicken. Die VBL bleibt auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten erfolgreich und auf der Höhe der Zeit. Gemeinsam mit den engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern setzen wir uns auch in Zukunft für das Wohlergehen unserer Kunden ein. Darauf ist Verlass.

Mit freundlichen Grüßen

Wolf R. Thiel

Präsident und Vorsitzender des Vorstands der VBL



SEITE 8 INFORMATION UND BERATUNG

Eine Ecke mehr Verständnis – für den Wissensdurst von Kindern und den Wunsch nach verständlicher Informationsvermittlung.



SEITE 12 AUSBILDUNG

Ein Stück mehr weitergeben – bei der Betreuung von Studenten und der Aus- und Weiterbildung im Unternehmen.



SEITE 16 ANLAGEPOLITIK

Ein Stück mehr Vertrauen – bei der Arbeit mit Fahrgästen genauso wie beim verantwortungsvollen Umgang mit Anlagevermögen.



SEITE 20 BETRIEBLICHES GESUNDHEITSMANAGEMENT

Eine Idee mehr Einsatz – sowohl bei der Versorgung von Patienten als auch beim Gesundheitsmanagement für die Belegschaft.



SEITE 24 GEGENWERTE

Ein bisschen mehr Miteinander – wenn es um Teamwork und die Solidargemeinschaft geht.



SEITE 28 GREEN PUBLISHING

Ein Quäntchen mehr Nachhaltigkeit – von persönlichem Engagement bis zu Green Publishing.

Inhaltsverzeichnis.

Geschäftstätigkeit

SEITE 32

Lagebericht

SEITE 36

Jahresabschluss 2010

SEITE 70

Anhang

SEITE 78

Beschlüsse der Organe

SEITE 136

Schiedsgerichtsbarkeit

SEITE 140



Eine Ecke mehr Verständnis ...

„Fragen stellen die Kinder manchmal ... unglaublich. Aber ich versuche, auf alles eine Antwort zu finden.“

Claudia Procter
Lehrerin, Tullaschule, Karlsruhe

Kinder wollen alles wissen. Wie die Welt und alles darin funktioniert – vom Wassertropfen bis zum Unterseeboot. Gar nicht einfach, immer Rede und Antwort zu stehen. Aber es liegt in meiner Verantwortung als Lehrerin, den Grundschulkindern möglichst viel Basiswissen mitzugeben. Dazu gehört auch, selber immer auf dem Laufenden zu bleiben und sich zu informieren. Dafür mache ich regelmäßig Fortbildungen. Aber nicht nur die Kinder, auch die Eltern und Kollegen erwarten sachgerechte Informationen – hier ist ebenfalls großes Engagement gefragt. Und Fingerspitzengefühl.

... bedeutet für uns:

„Sich jederzeit in die Situation unserer Kunden zu versetzen und uns der Verantwortung für rechtzeitige und verständliche Informationen bewusst zu sein.“

Martin Gantner

Leiter Key-Account-Management

Die betriebliche Altersversorgung der VBL ist für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ein wesentlicher Baustein ihrer Altersabsicherung. Zu Recht wird hier umfassende Aufklärung und Information auf hohem Niveau erwartet. Natürlich sind auch die Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes an einer sicherheitsorientierten professionellen Umsetzung der betrieblichen Altersversorgung interessiert.

Informationen der VBL zur betrieblichen Altersversorgung haben sich daher an den Anforderungen von Arbeitgebern, Versicherten und Rentnern auszurichten und sind zugleich auf das jeweils Erforderliche zu reduzieren. Dabei legen Versicherte zunehmend Wert auf individuelle Beratung und schnelle Reaktionszeiten über E-Mail und Internet.

Insgesamt sieht sich die VBL als größte deutsche Zusatzversorgungseinrichtung in besonderer Verantwortung: Die Interessen ihrer Kunden sind in Einklang zu bringen mit der notwendigen Aufklärung über zusätzliche freiwillige Vorsorge. Durch rechtzeitige und verständliche Informationen von Seiten der VBL wird es den Versicherten damit möglich, die erforderlichen Weichenstellungen für ihre Altersvorsorge zu treffen.

Information und Beratung.

„Mit Informationen, die sich auf das Wesentliche beschränken und verlässlicher Beratung möchten wir unseren Kunden helfen, die richtigen Entscheidungen zu treffen.“

Können Sie sagen, zu welchen Themen der größte Informationsbedarf besteht?

Martin Gantner: Die Fragen an uns sind so vielfältig wie es die Zahlen von 1,8 Mio. Pflichtversicherten und über 1 Mio. Rentner vermuten lassen. Dennoch ist ein aktueller Bezug, etwa zu den Startgutschriften oder zur staatlichen Förderung deutlich erkennbar. Angesichts der zurückliegenden Finanzkrise haben auch Fragen zur Stabilität der Kapitalanlage an Bedeutung gewonnen. Sehr positiv wurde daher wahrgenommen, dass die VBL bereits zum dritten Mal in Folge wegen ihrer erfolgreichen Anlagestrategie den portfolio institutionell Award erhalten hat. Im Zentrum stehen aber weiterhin die ganz praktischen Fragen unserer Kunden, etwa zu den Aufwendungen und zum Rentenbezug.

Welchen Anspruch stellen Sie an die von der VBL angebotenen Hinweise und Informationen?

Martin Gantner: Unser Versicherungsgeschäft wird von Spezialisten durchgeführt, die selbst Teil des öffentlichen Dienstes sind. Unsere Auskünfte sollten daher eine objektive und umfassende Betreuung von Arbeitgebern und Versicherten zur betrieblichen Altersversorgung sicherstellen. Im Detail heißt das auch verständlich bleiben, auf das Wesentliche reduzieren und die Kunden proaktiv unterstützen.

Unterscheiden Sie bei Ihren Informationen zwischen Arbeitgebern, Versicherten und Rentnern?

Martin Gantner: Ja, denn die Erwartungshaltung ist hier sehr unterschiedlich. Die bei uns versicherten Beschäftigten wünschen verlässliche Informationen zur Pflichtversicherung und insbesondere Unterstützung bei der Entscheidung für eine zusätzliche Altersabsicherung. Unsere Rentnerinnen und Rentner erwarten eine schnelle und unkomplizierte Erledigung ihrer Rentenauszahlungen. Auf Seiten der Arbeitgeber lässt sich deutlich die Ebene der Geschäftsführung und die der Sachbearbeitung mit zum Teil herausragenden VBL-Fachkenntnissen unterscheiden.

Wie stellen Sie eigentlich fest, welche Fragen Ihre Kunden konkret beschäftigen und zu welchen Themen ausführliche Informationen erwartet werden?

Martin Gantner: Natürlich bekommen wir aktuelle Stimmungen und Informationsbedürfnisse sehr schnell über schriftliche und telefonische Anfragen mit. Besonders wertvoll sind für uns aber auch die Erkenntnisse, die wir aus den jährlichen Kundenbefragungen gewinnen. Wir sind den Arbeitgebervertretern und Beschäftigten für die aktive Teilnahme an den Befragungen sehr zu Dank verpflichtet.



Martin Gantner

Der Leiter Key-Account-Management legt Wert auf Transparenz und einen noch individuelleren Beratungsservice für die VBL-Versicherten.

Ist Ihnen dabei die Rückmeldung Ihrer Kunden zu den Angeboten und Informationen wichtig?

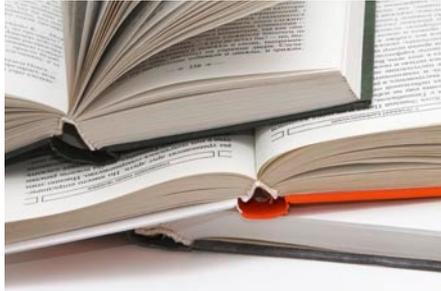
Martin Gantner: Unsere Informationen sollen den Arbeitgebern und Versicherten helfen, je nach konkreter Situation die richtigen Entscheidungen zu treffen. Damit wir hierbei die erforderliche Unterstützung bieten können, ist uns die Rückmeldung der Kunden beispielweise über Feedback-Bögen auf unseren Veranstaltungen oder Online-Abfragen eine große Hilfe.

Was wird sich in den nächsten fünf Jahren am stärksten verändern?

Martin Gantner: Die demografische Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt wird eine Herausforderung werden. Für die bei uns beteiligten Arbeitgeber wird es bei der Suche nach qualifiziertem Personal hilfreich sein, eine attraktive betriebliche Altersversorgung anbieten zu können. Sicherlich wird sich die Verfügbarkeit von umfassenden Informationen – auch durch unsere Arbeitgeber- und Infoportale im Internet – noch weiter erhöhen. Die Kunst wird hier sein, Wichtiges von Unwichtigem zu trennen. Auch werden die Abhängigkeiten verschiedener Themen

voneinander nicht einfacher werden, denken Sie nur an die steuerlichen Auswirkungen in der Anspar- und Rentenphase. Wir werden daher in Zukunft noch mehr Wert auf Transparenz legen müssen. Es ist auch anzunehmen, dass die Versicherten von der VBL gerade wegen des direkten Vergleichs zu anderen Versicherern einen Beratungsservice erwarten, der noch stärker vor Ort und dem individuellen Bedarf entsprechend angeboten wird.

Vielen Dank für dieses Gespräch Herr Gantner.



Ein Stück mehr weitergeben ...

„Ich habe immer ein offenes Ohr für unsere Studierenden. Das ist für mich eine Herzensangelegenheit – über Lehr- und Stundenpläne hinaus.“

Gisela Nelles
Dekanatsassistentin, Karlsruher Institut für Technologie

Als Dekanatsassistentin habe ich auch den Auftrag, unseren Studentinnen und Studenten, insbesondere auch unseren ausländischen Gaststudierenden, bei der Organisation ihres Studiums und Wahl ihrer Lehrveranstaltungen zu helfen. In Zeiten überfüllter Seminare und Vorlesungen keine einfache Aufgabe – vor allem wenn es darum geht, auf den Einzelnen einzugehen. Daher bin ich gemeinsam mit meinen Kolleginnen im Dekanat auch außerhalb der üblichen Bürozeiten für die Studierenden ansprechbar – persönlich, telefonisch oder per E-Mail. Dieses zusätzliche Hilfsangebot ist uns allen wichtig ... und wir freuen uns darüber, dass es die Studentinnen und Studenten gerne annehmen und zu schätzen wissen.

... bedeutet für uns:

„Nachwuchs auszubilden und bei unseren Azubis und DH-Studenten dafür zu sorgen, dass Wissen weitergegeben wird.“

Werner Böhringer
Abteilungsleiter Personalmanagement

Der Prozess der Neuausrichtung der VBL zeigt sich nicht allein in der Änderung von Arbeits- und Organisationsformen. Entscheidend für den Erfolg war, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die damit verbundenen Herausforderungen angenommen haben: Dazu gehört eine Stärkung der Kundenorientierung und Medienkompetenz, größere Projektorientierung, verbesserte Offenheit für Veränderungen, flachere Hierarchien mit kürzeren und schnelleren Entscheidungswegen und größere Verantwortungsbreite. Diese Einstellung und Arbeitsweise hat sich in der VBL inzwischen fest etabliert.

Das spiegelt sich auch in den Fort- und Weiterbildungskonzepten des Unternehmens wider: Hier werden diese Kompetenzen weiter gefördert und ausgebaut. So bleiben Mitarbeiter bestens geschult und motiviert. Auch bei den vielfältigen Maßnahmen zur Personalgewinnung und Rekrutierung von Nachwuchskräften ist die Neuausrichtung längst Basis des Erfolgs.

Ausbildung.

„Für ein Unternehmen ist es wichtig, für Veränderungen offen zu sein – und sein Personal mit ins Boot zu holen.“

Wie wichtig ist die Nachwuchsförderung für die VBL?

Werner Böhringer: Die Bedeutung dieser Aufgabe für eine zukunftsfähige Aufbau- und Altersstruktur kann gar nicht überschätzt werden. Unser Altersdurchschnitt ist mit derzeit rund 45 Jahren vergleichsweise schon recht hoch. Der Wegfall der Altersteilzeit bisheriger Prägung und das steigende Renteneintrittsalter werden einen weiteren Anstieg begünstigen. Um eine ausgewogene Mitarbeiterstruktur zu erreichen, ist eine ausbalancierte Nachwuchsförderung mit entsprechender Einstellungs- und Übernahmepolitik erforderlich.

Seit 2008 bietet die VBL einen Ausbildungsberuf Kauffrau/Kaufmann für Dialogmarketing an. Welche Erfahrungen haben Sie damit gemacht?

Werner Böhringer: Die Überlegung entstand aus der 2006/2007 eingeführten Organisation der Sachbearbeitung in Front- und Backoffice-Strukturen. Die Ausbildung zielt, wie schon der Name sagt, auf

den bevorzugten Einsatz im Kundenmanagement. Damit wollen wir unsere Ausrichtung hin zu einer verbesserten Kunden- und Dienstleistungsorientierung festigen. Nach den guten Erfahrungen mit den Auszubildenden der ersten Jahrgänge werden wir diese Ausbildung weiterhin anbieten und hierfür im Rahmen des bestehenden Stellenvolumens jährlich fünf bis sechs Ausbildungsplätze bereitstellen.

Sie arbeiten auch mit der Dualen Hochschule Baden-Württemberg zusammen?

Werner Böhringer: Ja – seit 2009 nutzen wir diese Kooperation, weil dieser Weg aktuelles Studienwissen mit praktischen Erfahrungen im Ausbildungsbetrieb verzahnt. Begonnen haben wir die Zusammenarbeit im Fach Wirtschaftsinformatik. Wir versprechen uns dadurch positive Impulse vor allem im Bereich der IT, wo die Gewinnung gut ausgebildeter Kräfte trotz durchaus attraktiver Aufgaben wegen der eingeschränkten Vergütungsmöglichkeiten teils recht schwierig ist.



Werner Böhringer

Der Abteilungsleiter Personalmanagement setzt für die VBL auf Wissensweitergabe und die erfolgreiche Kooperation mit Hochschulen.

Nach dem erfolgreichen Start haben Sie die Kooperation mit der Dualen Hochschule weiter ausgebaut?

Werner Böhringer: Ja – inzwischen ist die Zusammenarbeit um den Studiengang Betriebswirtschaft mit Schwerpunkt Versicherungen erweitert worden. Die Ausbildungspläne sind so gestaltet, dass sie eine breite Verwendung der Studierenden nach erfolgreichem Abschluss ermöglichen. Denkbare Einsatzfelder sind das Rechnungswesen, das Controlling und das Kundenmanagement.

Wie sieht die interne Ausbildung bei der VBL aus?

Werner Böhringer: Neben den angesprochenen Ausbildungsgängen bilden wir Nachwuchskräfte für den Bereich der Rentenbearbeitung über interne Lehrgänge aus, die in der Regel ein Jahr dauern. Damit haben wir seit Langem gute Erfahrungen gemacht. Bevorzugt werden für diese Ausbildung Bewerber/-innen mit bereits abgeschlossener Berufsausbildung eingestellt.

Reichen diese Ausbildungsoptionen aus Ihrer Sicht aus?

Werner Böhringer: Derzeit auf jeden Fall. Zu sehen bleibt jedoch, dass Erstausbildungen allein den künftigen Anforderungen nicht gerecht werden. Personal ins Boot zu holen ist das eine. Ebenso wichtig ist es, angesichts länger werdender Erwerbsperspektiven Personal im Boot zu halten. Dies ist eine der großen mittel- und langfristigen Herausforderungen der Personal- und Organisationsentwicklung. Dabei ist natürlich auch die Eigeninitiative der Beschäftigten gefordert. Mit einem Begriff, der diese Erwartungen richtig, wenn auch etwas altmodisch bezeichnet: Es handelt sich um „Obliegenheiten“, die wahrgenommen werden müssen, um berufliche Nachteile über eine länger werdende Erwerbsphase zu vermeiden. Dabei gehören Offenheit und Flexibilität für veränderte Aufgabenstellungen zu den unverzichtbaren Kernkompetenzen.

Vielen Dank für das Gespräch Herr Böhringer.



Eine Portion mehr Vertrauen ...

„Eine hilfsbedürftige Person ... da hört für mich der Job nicht an der Tür auf.“

Alexandra Pfahl
Busfahrerin, BVG Berlin

Vom Grundschüler bis zum Rentner – ich fahre sie alle durch die Innenstadt von Berlin. Sicherheit hat dabei für mich erste Priorität. Darüber hinaus habe ich auch immer ein offenes Ohr und eine freie Hand für meine Passagiere. Gerade bei den älteren Fahrgästen, Gehbehinderten oder Müttern mit Kinderwagen gehört das für mich einfach dazu. Schließlich werden wir alle älter oder sind mal hilfsbedürftig. Und dann wünschen wir uns alle, dass jemand mehr als seine Pflicht tut.

... bedeutet für uns:

„Eine verantwortungsvolle Anlagepolitik zu betreiben, weil wir unsere Verantwortung gegenüber unseren Kunden ernst nehmen.“

Kurt Köhler
Leiter Kapitalanlagen

Unsere Prioritäten liegen klar auf der Hand: Die VBL betreibt eine Anlagepolitik, die eine angemessene Rendite bei begrenztem Risiko anstrebt. Vermeintlich fortschrittliche Investments, wie Hedgefonds oder strukturierte Kreditprodukte, sind nur in Ausnahmefällen Teil der Anlagestrategie. Stattdessen setzen wir auf Absolut-Return-Produkte, die sich auch in schwierigen Marktumfeldern wie der Finanzkrise bewährt haben. Zur Strategie gehört auch eine antizyklische Investmentphilosophie, die auf sichere Anlagemöglichkeiten gegen den Trend setzt. Ein anerkanntes Erfolgsrezept, wie inzwischen viele internationale Studien zeigen.

Für unsere Kunden bedeutet das, dass wir weit überdurchschnittliche Renditen im Vergleich zum Wettbewerb erzielen. Dabei kommen die erwirtschafteten Überschüsse ausschließlich den Versicherten und Rentnern zugute, denn die VBL ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Es partizipieren keine Dritten – etwa Aktionäre – an den Erfolgen.

Jetzt hat die VBL zum dritten Mal einen Award als beste Altersvorsorgeeinrichtung von der Zeitschrift portfolio institutionell erhalten. Laut Jury basieren diese Erfolge unter anderem auf der hohen Professionalität des Kapitalanlagenmanagements, bei dem jederzeit auf ein ausgeglichenes Verhältnis von Sicherheit, Liquidität und Rendite geachtet wird.

Anlagepolitik.

„Wir setzen auf ein unabhängiges, professionelles Kapital-Anlage-Controlling.“

Herr Köhler, was macht für Sie eine verantwortungsvolle Anlagepolitik aus?

Kurt Köhler: „Nachhaltiges Handeln beginnt bei uns mit dem Verantwortungsbewusstsein gegenüber unseren Kunden. Bei unserer Arbeit haben wir stets die 4.200.000 Versicherten im Blick. Diese schenken uns ihr Vertrauen, dass wir sichere Anlagen für ihre Altersvorsorge auswählen, die gleichzeitig eine nachhaltig gute Rendite gewährleisten. Sie verlassen sich auf regelmäßige, verlässliche und natürlich pünktliche Zahlungen der VBL. Diesen Anforderungen fühlen wir uns verpflichtet.“

Die Renditen der VBL sind Jahr für Jahr führend am Markt. Wie erreichen Sie das?

Kurt Köhler: „Ganz klar, Voraussetzung für die überdurchschnittlichen Ergebnisse ist ein Team gut ausgebildeter und hoch motivierter Mitarbeiter/innen. So etwas wie Vergütungsstrukturen, die sich an kurzfristigen Erfolgen orientieren, hat es bei der VBL nie gegeben. Bei uns steht der dauerhafte Erfolg im Mittelpunkt. Dafür haben wir klar definierte Prozesse bei der Auswahl des Investments und dessen Abwicklung entwickelt.“

Zusätzlich haben Sie ein eigenständiges Risikocontrolling eingesetzt. Schafft das noch mehr Sicherheit?

Kurt Köhler: „Ja sicher. Unser Risikocontrolling ist eine eigenständige und vom Anlagenmanagement vollkommen unabhängige Abteilung. Diese wacht mit modernsten, laufend weiterentwickelten Systemen darüber, dass die Risikobudgets nicht überschritten werden. Des Weiteren wird sichergestellt, dass eine Risiko beschränkende Mindestdiversifikation eingehalten bleibt.“

Warum ist die Diversifizierung so entscheidend? Und haben Sie inhaltliche Schwerpunkte bei der Anlagepolitik?

Kurt Köhler: „Eine breite Diversifizierung optimal aufeinander abgestimmter Anlagen sorgt für Stabilität der Ergebnisse in unterschiedlichsten Marktphasen. Ein Schwerpunkt unserer Ausrichtung liegt dabei auf dem Themenkomplex ökologischer, sozialer und ökonomischer Investments. Hierzu zählen unter anderem Projekte im Bereich „Erneuerbare Energien“. Zudem spielen bei unseren Immobilieninvestitionen nachhaltige Aspekte eine zunehmend bedeutendere Rolle.“



Kurt Köhler

Der Leiter Kapitalanlagen sorgt in der VBL für ein professionelles und mehrfach ausgezeichnetes Kapitalmanagement – gerade auch in schwierigen Zeiten wie der Finanzkrise.

Wie sieht es mit aufsichtsrechtlichen Beschränkungen bei der Anlagepolitik aus?

Kurt Köhler: „Die VBL unterliegt den Anforderungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin).“

Die VBL wurde bereits mehrfach für ihre hervorragenden Leistungen ausgezeichnet ...

Kurt Köhler: „Ja, für die Qualität der sorgfältig ausgewählten und breit diversifizierten Kapitalanlagen und die damit erzielten überdurchschnittlichen Ergebnisse wurde der VBL zum dritten Mal in Folge die Auszeichnung „beste Altersvorsorgeeinrichtung über 1 Mrd. Euro“ von der renommierten Fachzeitschrift portfolio institutionell zuerkannt. Wir freuen uns über diese Bestätigung unserer Arbeit.“

Wie haben sich Ihre Anlagen in schwierigen Zeiten wie der Finanzkrise entwickelt? Hat sich Ihre Anlagestrategie auch hier bewährt?

Kurt Köhler: „Auch hier zeigte sich die Nachhaltigkeit der VBL-Anlagestrategie. Selbst während der Finanzkrise, in der eine große Anzahl von Anlegern wegen den Turbulenzen an den Kapitalmärkten deutliche Verluste hinnehmen musste, konnten hervorragende Resultate erzielt werden.“

Vielen Dank für dieses Gespräch Herr Köhler.



Eine Idee mehr Einsatz ...

„Wenn ein kleiner oder großer Patient eintrifft, gehören für mich ein herzliches Lächeln und aufmunternde Worte schon zur Begrüßung dazu.“

Igor Seemann
Sanitäter, Uniklinik Freiburg

Bei uns in der Uniklinik treffen Rettungswagen und -hubschrauber ein und bringen leicht und schwer verletzte Patienten, oft im Minutentakt. Unser Team übernimmt dann diese Patienten, und bringt diese schnellstmöglich zu den zuständigen Ärzten. Da heißt es schnell sein, die richtigen Entscheidungen treffen und gegebenenfalls lebensrettende Maßnahmen einleiten. Wir sind perfekt ausgestattet, aber für die Patienten ist etwas noch viel entscheidender: Dass man ihnen die Angst nimmt und auf sie eingeht. Daher finde ich, dass ein fröhliches Lächeln und ein paar nette Worte unverzichtbar sind, um für etwas Freude zwischen Monitoren, Krankenhausbetten und klinischer Kühle zu sorgen.

... bedeutet für uns:

„Unsere Mitarbeiter mit einem aktiven Gesundheitsmanagement zu unterstützen. Denn wir fühlen uns für ihre mentale und körperliche Gesundheit mitverantwortlich.“

Claus-Jürgen Rissling
Abteilungsleiter Kundenmanagement

„Die wichtigste Grundlage für den Erfolg der VBL sind unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,“ heißt es in den Führungsgrundsätzen der VBL. Wir nehmen diesen Satz ernst. Mit der Einführung eines betrieblichen Gesundheitsmanagements übernimmt die VBL mehr Verantwortung für die Förderung der Gesundheit der Belegschaft. Denn die Gesundheit ist eine wesentliche Voraussetzung für die Leistungsfähigkeit und Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und damit ein entscheidender Erfolgsfaktor für die Produktivität, Arbeitsqualität und Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens.

Die betriebliche Gesundheitsförderung ist ein geeignetes Mittel, auf die gesundheitlichen Beanspruchungen der Beschäftigten und veränderten psychischen Belastungen, zum Beispiel durch den zunehmenden Umgang mit Informations- und Kommunikationstechnologien sowie Zeitdruck, angemessen zu reagieren. Sie trägt dazu bei, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter langfristig gesund und leistungsfähig bleiben.

Sie fördert ein gutes und gesundes Arbeitsklima, steigert die Arbeitsmotivation und führt zu mehr Wohlbefinden am Arbeitsplatz. Dies führt neben einer positiven Identifikation mit dem Unternehmen auch zu einer Steigerung der Produktivität und Qualität und zu Kosteneinsparungen aufgrund sinkender Fehlzeiten. Die betriebliche Gesundheitsförderung kann somit einen wesentlichen eigenständigen Beitrag zum Erreichen der Unternehmensziele leisten.

Betriebliches Gesundheitsmanagement.

„Gesunde Mitarbeiter sind unser größtes Kapital.“

Warum wollen Sie das Thema Gesundheitsmanagement bei der VBL vorantreiben?

Claus-Jürgen Rissling: Ein nachhaltiges und dauerhaft wirksames Gesundheitsmanagement schützt und fördert die Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Damit bleibt die Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft erhalten. Daher haben wir einen Katalog mit kurz- und langfristigen Maßnahmen entwickelt.

Und was ist von den Maßnahmen bereits umgesetzt worden?

Claus-Jürgen Rissling: Der erste Schritt waren die „VBL. Gesundheitstage“ zum Thema Herz-Kreislaufprävention/Rückengesundheit. Diese haben wir in Zusammenarbeit mit der B.A.D. Gesundheitsvorsorge und Sicherheitstechnik GmbH an insgesamt sieben Tagen im September und Oktober 2010 angeboten.

Wie war die Resonanz in der Belegschaft? Und wie liefen die Gesundheitstage ab?

Claus-Jürgen Rissling: Über 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und damit mehr als ein Drittel der

Belegschaft nahmen auf freiwilliger Basis an den Gesundheitstagen teil. An fünf Stationen konnten sie Informationen sowohl über ihren persönlichen Gesundheitszustand als auch allgemeiner Art zum Thema sammeln.

Wie ist Ihr Fazit zu den Gesundheitstagen?

Claus-Jürgen Rissling: Die Gesundheitstage sind bei den teilnehmenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf positive Resonanz gestoßen. Sie äußerten deutlich den Wunsch auf Fortsetzung der Maßnahmen unter Einbeziehung der Belegschaft in Entscheidungen und Umsetzungsstrategien.

Die Gesamtauswertung der anonymisierten Gesundheitsdaten lässt sich in zwei Feststellungen zusammenfassen:

1. Herz-Kreislaufprävention und Rückengesundheit sind für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der VBL relevante Gesundheitsthemen und
2. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ab 40 Jahren haben zunehmend mehr Beschwerden und Risikofaktoren.



Claus-Jürgen Rissling

Der Abteilungsleiter Kundenmanagement fördert ein engagiertes und gesundes Arbeitsklima in der VBL.

Was ist als Nächstes geplant?

Claus-Jürgen Rissling: Die VBL strebt zeitnah eine Kooperation mit einem Fitnessclub-Anbieter in Karlsruhe an – ein offenes Angebot für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in Eigeninitiative präventiv aktiver werden und Sonderkonditionen nutzen möchten.

Gibt es noch weitere Angebote für die Mitarbeiter?

Claus-Jürgen Rissling: Darüber hinaus bieten wir ein spezielles Gesundheitscoaching durch die Experten der B.A.D GmbH, mit dem Schwerpunkt Gewichtsmanagement am Arbeitsplatz an. Dieses Gesundheitscoaching richtet sich speziell an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit erhöhtem Herz-Kreislauf-Risiko. Ziel der Maßnahme ist, durch bewusste Ernährung und Bewegung, Gewicht, Blutdruck und Cholesterin und gegebenenfalls weitere Risikofaktoren langfristig zu regulieren. Das Programm beginnt mit einem Basis-Check, gefolgt von einem 12-wöchigen Ernährungs- und Bewegungcoaching durch das B.A.D-Expertenteam. Der Kursus beginnt Mitte September 2011. Nach Abschluss wird der Erfolg der Maßnahme überprüft.

Welchen Stellenwert wird das Gesundheitsmanagement bei der VBL zukünftig haben?

Claus-Jürgen Rissling: Das betriebliche Gesundheitsmanagement der VBL steht noch am Anfang. Die ersten Schritte sind getan. Wir sind davon überzeugt, dass die Förderung der gesundheitlichen Ressourcen erhebliche Vorteile für beide Seiten, Beschäftigte und Unternehmen, bringt und werden daher diesen Weg konsequent weitergehen.

Vielen Dank für dieses Gespräch Herr Rissling.



Ein bisschen mehr Gemeinschaft ...

„Wenn wir uns gegenseitig beim Training motivieren, tun wir etwas für unsere Gesundheit und für ein gutes Arbeitsklima!“

Matthias Weddige
Sachbearbeiter, LBV Baden-Württemberg

Ein positives Miteinander ist mir wichtig: Als Sachbearbeiter im Landesamt für Besoldung und Versorgung Baden-Württemberg bin ich im Bereich Entgelt der Arbeitnehmer tätig. Dabei habe ich immer ein offenes Ohr für die Fragen und Anliegen der Kunden und der Kollegen. Teamwork ist gefragt. Dafür braucht es ein Zusammengehörigkeitsgefühl und die Bereitschaft, dass jeder jeden unterstützt. Genau deshalb engagiere ich mich mit meiner Kollegin Frau Waiblinger für den Gesundheitszirkel in unserem Amt. Gemeinsam Sport zu machen und sich gegenseitig zu motivieren, hat viele positive Effekte. Erstmal werden die Gesundheit und das Teamgefühl gestärkt. Dadurch fällt die Arbeit allen leichter. Und Spaß macht es natürlich auch! Im Zirkel bieten wir verschiedene Sportarten wie Rückengymnastik, Pilates oder Kiborobic an. Und einmal im Jahr veranstalten wir einen Gesundheitstag, an dem sich unsere Mitarbeiter an Informationsständen informieren und beraten lassen können.

... bedeutet für uns:

„In einer Solidargemeinschaft dauerhaft füreinander einzustehen.“

Andrea Reschka

Abteilungsleiterin Vorstandsstab

Gegenseitige Unterstützung ist auch die Basis einer funktionierenden Solidargemeinschaft. Die Betriebsrente der VBL wird zu einem großen Anteil über Umlagen finanziert. Arbeitgeber und aktive Versicherte sichern so die Altersvorsorge unserer Rentnerinnen und Rentner. Beziehen aktive Versicherte später selbst Rentenleistungen, werden diese wiederum von der nachrückenden Generation Versicherter finanziert. Ein solches Finanzierungssystem lebt von einem ständigen Neuzugang

aktiver Versicherter. Es findet auch ein solidarischer Ausgleich zwischen beteiligten Arbeitgebern statt. Typischerweise leisten Arbeitgeber in der Anfangsphase ihrer Beteiligung einen höheren Anteil zur Finanzierung der Rentenleistungen, da sie mehr aktiv versicherte Beschäftigte haben als Rentnerinnen und Rentner. Dieser Effekt kann sich über die Jahre hinweg umkehren. Ein solidarisches Finanzierungssystem ist daher auch auf eine dauerhafte Gemeinschaft von Arbeitgebern angelegt.

Gegenwerte.

„Die Altersstruktur hat sich geändert – deshalb haben wir die biometrischen Rechnungsgrundlagen angepasst.“

Wie finanziert die VBL denn eigentlich die Zusatzversorgung für die Versichertengemeinschaft?

Andrea Reschka: Generell finanziert die VBL die Zusatzversorgung sowohl im sogenannten Abschnittsdeckungsverfahren als auch im Kapitaldeckungsverfahren. Die VBL hat hierzu verschiedene Abrechnungsverbände gebildet – die Abrechnungsverbände West, Ost, Beitrag und Gegenwerte für die **VBL**klassik und den Abrechnungsverband freiwillige Versicherung für unsere Produkte **VBL**extra und **VBL**dynamik. Die Abrechnungsverbände West und Ost sind im Abschnittsdeckungsverfahren finanziert. Die Abrechnungsverbände Beitrag, Gegenwerte und freiwillige Versicherung sind voll kapitalgedeckt. Eine Quersubventionierung zwischen den jeweiligen Abrechnungsverbänden findet nicht statt.

Wie funktioniert das Abschnittsdeckungsverfahren?

Andrea Reschka: Das Abschnittsdeckungsverfahren ist ein solidarisches Finanzierungssystem, das mit einem reinen Umlageverfahren vergleichbar ist. Während im reinen Umlageverfahren jährlich die Einnahmen ermittelt werden, die zur Finanzierung von Rentenleistungen erforderlich sind, geschieht dies in unserem Abschnittsdeckungsverfahren für einen Zeitraum von fünf Jahren. Gegen Ende eines laufenden Deckungsabschnitts ermittelt ein versicherungsmathematischer Sachverständiger die voraussichtliche Höhe der Rentenleistungen, die wir in den darauffolgenden fünf Jahren auszahlen werden. Im nächsten Schritt berechnet er die Höhe der laufenden Einnahmen, die zur Finanzierung dieser Rentenleistungen erforderlich sind. Zur

Sicherheit wird hierbei eine Schwankungsreserve von sechs Monatsausgaben berücksichtigt. Die Höhe der erforderlichen Einnahmen wird als Prozentsatz der Bruttoentgelte unserer aktiven Versicherten festgesetzt. Die Umlagesätze und auch die Gesamthöhe der Sanierungsgelder im Abrechnungsverband West sind in unserer VBL-Satzung geregelt. Eine Anpassung der Einnahmen bedarf daher auch immer einer Änderung unserer Satzung. Seit dem 1. Januar 2002 sind die Umlagesätze sowie die Gesamthöhe der Sanierungsgelder stabil geblieben.

Was passiert, wenn ein Arbeitgeber den Vertrag mit der VBL kündigt und aus dem Abschnittsdeckungsverfahren ausscheidet?

Andrea Reschka: Beteiligte Arbeitgeber schließen mit der VBL einen Gruppenversicherungsvertrag ab. Auf der Grundlage dieses Vertrages melden unsere Beteiligten ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zur **VBL**klassik an. Der Gruppenversicherungsvertrag kann mit einer Frist von sechs Monaten zum Ende eines Kalenderjahres gekündigt werden. Der Arbeitgeber verlässt dann das solidarisch ausgestaltete Finanzierungssystem. Seine Beschäftigten behalten aber die bis zu seinem Ausscheiden erworbenen Rentenanwartschaften und -ansprüche, denn die VBL bleibt gegenüber diesen Versicherten nach Maßgabe der VBL-Satzung weiterhin zur Leistung verpflichtet. Zur Finanzierung dieser hinterlassenen Anwartschaften und Ansprüche hat der ausgeschiedene Arbeitgeber einen nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelten Gegenwert zu



Andrea Reschka

Die Abteilungsleiterin Vorstandsstab baut auf die Vorteile einer starken Solidargemeinschaft in der VBL.

leisten. Rechtsgrundlage für die Gegenwertforderung und -berechnung ist § 23 VBL-Satzung. Mit der Leistung des Gegenwertes erfolgt eine Umstellung vom solidarischen Abschnittsdeckungsverfahren auf das Kapitaldeckungsverfahren. Die Anwartschaften und Ansprüche werden mit der Leistung des Gegenwertes daher auch in den kapitalgedeckten Abrechnungsverband Gegenwerte umgebucht. Die Solidargemeinschaft muss für diese Rentenleistungen nicht mehr aufkommen.

Wie setzt sich der Gegenwert im Wesentlichen zusammen und wie wird er berechnet?

Andrea Reschka: Der Gegenwert setzt sich aus drei wesentlichen Elementen zusammen – aus einem versicherungsmathematischen Barwert der erworbenen Leistungsansprüche und -anwartschaften, aus einem Zuschlag zur Deckung von Fehlbeträgen in Höhe von 10 Prozent und aus einem Verwaltungskostenzuschlag von 2 Prozent. Zur Berechnung des versicherungsmathematischen Barwertes wurden als biometrische Rechnungsgrundlagen bisher die Richttafeln 1998 von Klaus Heubeck und ein Rechnungszins von 3,25 Prozent in der Anwartschaftsphase und von 5,25 Prozent in der Rentenbezugsphase verwendet.

In 2011 wurde die Gegenwertberechnung modifiziert. Welche konkreten Änderungen wurden vorgenommen?

Andrea Reschka: Eine Untersuchung der biometrischen Risikoverhältnisse unseres Versichertenbestandes hat ergeben, dass die Lebenserwartung

unserer Versicherten in den vergangenen Jahren stark angestiegen ist. Die länger andauernden Rentenzahlungen der VBL sind bisher jedoch nicht bei der Gegenwertberechnung berücksichtigt worden. Unser verantwortlicher Aktuar für die VBLklassik hat daher eine neue VBL-spezifische Sterbetafel entwickelt, die Generationentafel „VBL 2010 G“. Aufgrund eines Beschlusses im Mai 2011 werden nun diese Richttafeln für die Gegenwertberechnung verwendet.

Die Gegenwertforderung der VBL ist Gegenstand einiger Rechtsstreitigkeiten. Wie wird es hier weitergehen?

Andrea Reschka: Die Gegenwertforderung ist aktuell Streitgegenstand von 29 anhängigen Gerichtsverfahren, darunter auch vier Musterprozessen. Zwei Verfahren liegen zwischenzeitlich dem Bundesgerichtshof vor. In den Vorinstanzen wurde die Rechtsgrundlage für die Gegenwertberechnung überwiegend für unwirksam gehalten, da die Forderung ausgeschiedene Arbeitgeber unangemessen belaste. Die Urteile sind allesamt nicht rechtskräftig. In einem Punkt waren sich jedoch alle Gerichte einig: Ohne einen finanziellen Ausgleich darf ein Arbeitgeber die Solidargemeinschaft nicht verlassen. Die VBL hat ein berechtigtes Interesse an einer Finanzierungsregelung, die die Folgen des Ausstiegs nicht einseitig auf die verbleibenden Arbeitgeber und deren Versicherte verlagert. Letztlich bleibt abzuwarten, wie der Bundesgerichtshof entscheiden wird.

Vielen Dank für dieses Gespräch Frau Reschka.



Ein Quäntchen mehr Nachhaltigkeit ...

„Mein persönlicher Beitrag zum Umweltschutz fängt beim richtigen Heizen an und hört beim Ausschalten des Stand-by-Betriebs noch lange nicht auf.“

Ralf Hocke
Leiter Personalservice und Planung, Stadtwerke Osnabrück

Umwelt- und Klimaschutz geht uns alle an. Und für mich als Leiter Personalservice und -planung beginnt dieser jeden Tag bei mir zu Hause mit der Überprüfung meines eigenen Energieverbrauchs. Schließlich entlastet jede nicht verbrauchte Kilowattstunde die Umwelt. Auch auf meiner Arbeitsstelle wurde 2009 umwelttechnisch nachgerüstet: Die Verwaltungsgebäude der Stadtwerke Osnabrück werden seitdem über eine Holzschnitzelanlage mit Wärme versorgt. Eine wirklich gute Sache, finde ich. Vor Ort bin ich gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen für die Fragestellungen rund um die Entgeltabrechnung, das Steuer- und Sozialversicherungsrecht und die Altersvorsorge zuständig. Bei persönlichen Problemen der Mitarbeiter haben wir stets ein offenes Ohr und versuchen Unterstützung zu leisten. Eine möglichst gleiche und vertrauensvolle Behandlung aller steht dabei im Vordergrund und ist die Grundlage für eine zufriedene Belegschaft.

... bedeutet für uns:

„Neue, umweltbewusste Wege zu gehen – von Green Publishing bis zum Einsatz der Neuen Medien.“

Thomas Jahn

Stabsstellenleiter Kommunikations- und Informationsmanagement

Nachhaltigkeit beim Drucken ist ein wichtiger Beitrag zum Umweltschutz. Deshalb geht die VBL gemeinsam mit ihrem externen Druckpartner neue „grüne“ Wege bei der Produktion.

Grundsätzlich werden für jeden Druckvorgang große Mengen an wertvollen Rohstoffen benötigt. Jeder zweite industriell geschlagene Baum wird weltweit für die Papierherstellung verwendet. Das derzeitige Produktionsvolumen von 367 Millionen Tonnen wird bis zum Jahr 2050 auf rund 440 Millionen Tonnen wachsen. (Zahlen aus Zeit Online, 2010)

Mit dem Druck auf zertifiziertem Papier kann die VBL einen kleinen Beitrag gegen den Trend leisten. „Grün drucken“ heißt: Wertvolle Rohstoffe zu

schonen beziehungsweise sie ökologisch zertifiziert zu erwerben und nur biologisch abbaubare Stoffe beim Druck einzusetzen. Bei Green Publishing wird zusätzlich eine aktive Klimaschonung beim Produktionsprozess und dem anschließenden Versand angestrebt – hier wird sich die VBL ab 2012 mit „GoGreen“ von der Deutschen Bundespost noch stärker engagieren. Auf diese Weise stellt die VBL sicher, dass alle Briefsendungen CO₂ – neutral beim Empfänger ankommen.

Den gesamten Geschäftsbericht können Sie auch elektronisch herunterladen. Scannen Sie mit Ihrem Handy einfach den QR-Code oder gehen Sie auf www.vbl.de/geschaeftsberichte

Übrigens eine wirklich gute Möglichkeit, papierfrei Informationen zu erhalten oder weiterzugeben. Machen Sie mit!



Green Publishing.

„Umweltschonender Druck und Einsparung von wertvollen Ressourcen ist ein Beitrag von uns für eine umweltbewusste Zukunft.“

Herr Jahn, die VBL lässt einen Großteil der Druckstücke bei ihrem externen Partner auf zertifiziertem Papier drucken. Was war die Motivation dafür?

Thomas Jahn: Umweltschutz geht uns alle an – deshalb wollten wir verantwortungsvoll mit den natürlichen Ressourcen umgehen.

Was heißt das beispielweise beim Druck?

Thomas Jahn: Beim Drucken gehört der bewusste und kontrollierte Einsatz von Papier und Farben, von neuester Technologie und Energieeffizienz über die gesamte Prozesskette hinweg dazu. Dafür arbeiten wir mit einem kompetenten und erfahrenen Druckdienstleister zusammen, der seit Jahren Green Publishing erfolgreich betreibt. Bis Ende 2011 werden wir auch für alle weiteren Druckerzeugnisse nur noch zertifiziertes Papier verwenden.

Wie groß ist aktuell das Volumen an umweltbewussten Druckstücken bei der VBL?

Thomas Jahn: Er liegt bei 170 Tonnen auf zertifiziertem Papier im Jahr. Übrigens verbraucht aktuell jeder Deutsche pro Jahr 250 kg Papier. Und im ganzen Land liegt der Papierverbrauch bei 20,8 Millionen Tonnen jährlich. Nur die USA, China und Japan benötigen noch mehr. Da ist ein Umdenken wichtig – auch bei uns im Kleinen.

Woher kommt denn das Papier für den Druck?

Thomas Jahn: Wir verwenden fast ausschließlich Papier aus kontrollierten nachhaltigen Quellen. Dabei setzen wir auf die Organisation FSC (Forest Stewardship Council), die ein weltweites Zertifizierungssystem eingeführt hat. Damit wird die Einhaltung einer umweltgerechten, sozialverträglichen und ökonomisch tragfähigen Nutzung der Wälder garantiert. International tragen mehr als 136 Millionen Hektar Wald das FSC-Zeichen – das Ökosiegel in Form eines kleinen Baumes – und bürgen für eine Waldwirtschaft ohne Kahlschlag beziehungsweise illegalen Einschlag und Chemie.

Werden beim Druck Biofarben verwendet?

Thomas Jahn: Ja, unser externer Druckpartner verwendet Biofarben. Druckfarben bestehen grundsätzlich aus verschiedenen Substanzen wie Farb- und Bindemitteln sowie Lösungsmitteln. Im Gegensatz zu herkömmlichen Offsetdruckfarben wird bei Biofarben auf Mineralöl verzichtet und stattdessen Monoester von Pflanzenölsäuren eingesetzt. Das ist umweltverträglicher und biologisch leichter abbaubar als mineralölbasierte Farben. Und wenn es um die Qualität des Drucks geht, sind Biofarben absolut ebenbürtig, was die Brillanz und Haltbarkeit betrifft.



Thomas Jahn

Der Stabsstellenleiter Kommunikations- und Informationsmanagement engagiert sich für mehr Nachhaltigkeit und die Stärkung von Zukunftstechnologien in der VBL.

In welchen Bereichen engagiert sich die VBL noch, wenn es um Nachhaltigkeit geht?

Thomas Jahn: Wir setzen seit Januar 2011 auf ein papierloses Archiv. Kilometerlange Aktenberge gehören bei uns bald der Vergangenheit an. Um dies zu erreichen, wird auch rückwirkend digitalisiert und elektronisch abgelegt.

Ein weiteres Thema aus einer aktuellen Befragung der Versicherten ist E-Government – also die Vereinfachung von Information und Kommunikation durch den Einsatz digitaler Techniken. Aktuell prüfen wir, ob die VBL einen elektronischen Versicherungsnachweis für die Versicherten einführen kann. Auch das würde Druck- und Transportkosten einsparen.

Beim Transport kommt es ab 2012 zu einer Zusammenarbeit mit der Deutschen Post, die mit ihrem Projekt „GoGreen“ die Umwelt schont. Dafür werden alle CO₂-Emissionen von Kundensendungen – also dem Transport von Briefen und Paketen – gemessen und durch Klimaschutzprojekte ausgeglichen.

Und was können Sie gemeinsam mit Ihren Mitarbeitern tun?

Thomas Jahn: Ein aktuelles Thema ist die Einsparung von Papier in der VBL selbst. Wir haben die Kopierflut eingedämmt, denn inzwischen wird bei uns fast jedes eingehende Schriftstück gescannt

und den Mitarbeitern digital zur Verfügung gestellt. Trotzdem wird sicherlich immer noch zuviel ausgedruckt, da können wir gemeinsam einiges verbessern.

Darüber hinaus investieren wir als Unternehmen in Zukunftstechnologien wie die Neuen Medien – auch eine gute Möglichkeit, der Papierflut Herr zu werden und gleichzeitig unserer intensiven Informationspflicht Rechnung zu tragen. Denn jede elektronische Nachrichtenübermittlung hilft ein wenig Ressourcen zu sparen... und am Puls der Zeit und der Menschen zu bleiben.

Sie investieren in die Neuen Medien?

Thomas Jahn: Ja, wir haben unsere Online-Präsenz www.vbl.de immer weiter ausgebaut und können unseren Kunden dort zusätzliche Informationen und Services anbieten. Auch ein Beitrag zur Nachhaltigkeit. Darüber hinaus werden wir in einem Pilotprojekt 2012 einige unserer Mitarbeiter mit mobilen Endgeräten wie Tablet-PCs ausstatten, um die Kommunikationsmöglichkeiten noch weiter auszubauen. Zukünftig soll zusätzlich der gesamte Bereich „Mobile Kommunikation“ stärker eingebunden werden. Wir sind ein fortschrittliches Unternehmen und holen unsere Kunden immer da ab, wo sie sich gerade befinden. Zu Hause, auf der Arbeit oder unterwegs.

Vielen Dank für dieses Gespräch Herr Jahn.

Geschäftstätigkeit

Die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) ist eine von Bund und Ländern gemeinsam getragene rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie wurde am 26. Februar 1929 durch eine gemeinsame Verfügung des Deutschen Reiches und des ehemaligen Landes Preußen in Berlin gegründet. Seit 1952 hat sie ihren Sitz in Karlsruhe.

Was wir tun

Die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) ist die größte Zusatzversorgungskasse Deutschlands. Durch ihre hochwertige Altersversorgung verhilft sie Millionen von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu einer besseren Lebensqualität im Alter, bei Erwerbsminderung und für Hinterbliebene. Die arbeitsrechtlichen Grundlagen sind in den Versorgungstarifverträgen des öffentlichen Dienstes geregelt. Zusätzlich zu der Basisversicherung **VBL**klassik bietet die VBL zwei weitere, steuerlich förderfähige Produkte der betrieblichen Altersversorgung an: eine Rentenversicherung in Anlehnung an die Basisversicherung, die **VBL**extra, und eine fondsgebundene Rentenversicherung, die **VBL**dynamik. Damit können Versicherte durch ihre eigenen Beiträge ihren Lebensstandard im Alter noch besser absichern.

Wer wir sind

Die VBL ist eine von Bund und Ländern getragene Einrichtung in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts. Seit achtzig Jahren vertrauen Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes der VBL die betriebliche Altersversorgung ihrer nicht beamteten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an. Aktuell führt die VBL für über 5.400 beteiligte Arbeitgeber die betriebliche Altersversorgung durch. Neben den zahlreichen Kommunen und kommunalen Einrichtungen handelt es sich hierbei beispielsweise um Kliniken, Universitäten und Altenheime sowie weitere Organisationen, die im weitesten Sinn Aufgaben für die Allgemeinheit wahrnehmen. Die betriebliche Altersversorgung ist für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes ein wichtiger Bestandteil der Arbeitsbedingungen. Gleichzeitig ist sie ein Vorteil, mit dem die Arbeitgeber kompetente und engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewinnen können. Organisation und Finanzierung der VBL sowie Arbeitgeberbeteiligung und Versicherung sind in der VBL-Satzung und den Allgemeinen Versicherungsbedingungen geregelt.

Unsere Versicherten und Rentner

Die **VBL**klassik nehmen rund vier Millionen Versicherte in Anspruch. Über eine Million erhalten Rentenleistungen von der VBL. Das zukünftige allgemeine Rentenniveau der heutigen Erwerbstätigen wird nicht mehr mit dem bisherigen Niveau standhalten können. Deshalb ist neben der gesetzlichen Rentenversicherung und der **VBL**klassik eine zusätzliche Vorsorge für die

meisten Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes wichtig. Durch die staatliche Förderung ist die freiwillige Versicherung der VBL auch sehr attraktiv. Doch das Thema Rente ist komplex geworden. Hier sind kompetente Aufklärung und Information gefragt. Die VBL versteht sich als Dienstleister und Partner in Sachen Altersvorsorge und bietet gute und umfassende Beratungsleistungen an.

Die Aufsicht über die VBL als Einrichtung und die **VBL**klassik führt das Bundesministerium der Finanzen (BMF). Die freiwillige Versicherung mit ihren Produkten **VBL**extra und **VBL**dynamik beaufsichtigt die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin).

Unsere Aufsichtsbehörden

Die laufenden Geschäfte der VBL führen die drei hauptamtlichen Vorstandsmitglieder, der Präsident und Vorstandsvorsitzende Wolf R. Thiel, Richard Peters, zuständig für unser Kerngeschäft Versicherung und Leistung, und Georg Geenen als Finanz- und IT-Vorstand.

Der Vorstand

Der gesamte Vorstand besteht aus 17 Mitgliedern. Er führt die Geschäfte, soweit sie über die laufende Geschäftsführung hinausgehen. Die hauptamtlichen Vorstandsmitglieder sowie sechs weitere Arbeitgebervertreter werden von der Aufsichtsbehörde im Einvernehmen mit der Mehrzahl der an der VBL beteiligten Länder ernannt. Die anderen acht Mitglieder, die Versichertenvertreter, ernennt der Verwaltungsrat nach dem Vorschlag der Gewerkschaften.

Das satzungsgebende Organ der VBL ist der paritätisch besetzte Verwaltungsrat, der aus 38 Mitgliedern besteht. Jeweils die Hälfte der Mitglieder wird von der Aufsichtsbehörde auf Vorschlag des Bundes und der Länder sowie auf Vorschlag der Gewerkschaften berufen. Die beiden Verwaltungsratsvorsitzenden ernennt die jeweilige Gruppe der Arbeitgebervertreter und der Versichertenvertreter aus ihrer Mitte. Sie führen den Vorsitz des Verwaltungsrats im jährlichen Wechsel.

Der Verwaltungsrat

Lagebericht.

Die zuverlässige, betriebliche Altersvorsorge der VBL ist ein fester Bestandteil in der umfassenden Lebens- und Zukunftsplanung aller VBL-Versicherten. Denn auf die VBL ist Verlass: ob Anpassungen an technische Fortschritte oder komplexe, gesetzliche Vorgaben – die VBL hält Schritt, ganz im Sinne der Versorgungsberechtigten.

Einblicke.

Auszeichnung als beste Altersvorsorgeeinrichtung

Im Frühjahr 2011 erhielt die VBL für ihr hervorragendes Kapitalanlage- und Risikomanagement zum dritten Mal in Folge den renommierten portfolio institutionell Award in der Kategorie „Beste Altersvorsorgeeinrichtung über eine Milliarde Euro“.

Die VBL setzte sich dank einer exzellenten Performance in der Anlage durch. Die Fachjury beeindruckte vor allem die 2010 erzielte hohe Nettoverzinsung ebenso wie der Mehrjahresvergleich. Die Performance hängt – so die Fachjury – insbesondere mit der hohen Diversifizierung durch nennenswerte Anteile in Absolute-Return-Produkten zusammen. Damit konnten wir uns erneut gegenüber anderen Altersvorsorgeeinrichtungen erfolgreich durchsetzen. Die Auszeichnung ist auch ein Signal für unsere beteiligten Arbeitgeber und Versicherten, dass sie auf unser Kapitalanlage- und Risikomanagement vertrauen können.

Finanzmarkt / Kapitalanlage

Trotz der großen Unsicherheiten über den weiteren Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung haben wir auch das Jahr 2010 mit einem sehr guten Kapitalanlageergebnis abgeschlossen.

Kritischer Höhepunkt in diesem Jahr war der massive Anstieg der Risikoprämien einzelner Mittelmeeranrainerstaaten in der ersten Jahreshälfte. Erst ein milliardenschweres Hilfspaket des Internationalen Währungsfonds und der Euro-Mitgliedsländer konnte diese Entwicklung (vorerst) beenden. Die fundamentalen Unsicherheiten zogen eine Abwertung des Euros nach sich. Edelmetalle, insbesondere Gold und Silber, entwickelten sich demgegenüber sehr positiv.

Über unser Rohstoffexposure, das vor allem über kapitalgarantierte Produkte abgebildet wird, konnten wir von der überaus positiven Entwicklung des Goldpreises profitieren.

Am Aktienmarkt waren keine namhaften Entwicklungen zu verzeichnen. Die Aktienquote haben wir daher in den einzelnen Abrechnungsverbänden im einstelligen Bereich gehalten. Mittelfristig ist aber eine Erhöhung der Aktienquote unabdingbar.

Im Rentenbereich (Staats-, Unternehmens- und Schwellenländeranleihen) ist es zunehmend schwieriger, Kapital attraktiv anzulegen. Der Abstand der mit Rentenpapieren erzielbaren Renditen zur Garantieverzinsung der VBL erhöhte sich damit weiter.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen bewährten sich insbesondere Absolute-Return-Anlagen, deren Entwicklungen möglichst unabhängig von den Aktien- und Rentenmärkten verlaufen. Hierzu zählen beispielsweise Wandelanleihen oder mit Absicherungsinstrumenten versehene Aktienmandate. Sie erwiesen sich als stabilisierendes Element innerhalb des Portfolios der VBL.

Auch die steigende Attraktivität sogenannter Sachwertanlagen rückte weiter in den Fokus der Investitionen im Jahr 2010. Unser Immobilienportfolio haben wir um zwei Immobilienspezialfonds erweitert, die verstärkt in deutsche Wohnimmobilien investieren. Immobilien stellen ein relativ sicheres Anlagensegment dar, das im Vergleich zu anderen Asset-Klassen geringeren und langfristig auch kalkulierbareren Wertschwankungen unterliegt. Zudem bieten sie zumindest teilweise Inflationsschutz. Mit deutschen Wohnimmobilien lässt sich eine anfängliche Rendite von vier bis fünf Prozent erzielen, also deutlich oberhalb der Zinssätze für Bundesanleihen.

Durch die erfolgreiche Kapitalanlagetätigkeit der letzten Jahre konnten wir vor allem in den Investmentfonds Bewertungsreserven ausweisen. Bewertungsreserven entstehen, wenn der Marktwert der gehaltenen Kapitalanlagen über dem Wert liegt, mit dem die Kapitalanlagen in der Bilanz ausgewiesen sind. Sie sorgen für zusätzliche Sicherheit und dienen dazu, kurzfristige Ausschläge an den Kapitalmärkten auszugleichen.

[Zuteilung der Bewertungsreserven an unsere Versicherten](#)

Im Jahr 2010 haben wir in der freiwilligen Versicherung daher erstmals eine Zuteilung der zum 31. Dezember 2009 ermittelten Bewertungsreserven vorgenommen (§ 153 Absatz 3 Versicherungsvertragsgesetz). Auf der Grundlage eines versicherungsmathematischen Gutachtens wurden rund 38,7 Millionen Euro an Bewertungsreserven einzelnen Verträgen zugeordnet. Davon entfielen auf Versicherungsverträge der **VBL**extra rund 36,7 Millionen Euro und der **VBL**dynamik rund 2 Millionen Euro. Eine Auszahlung dieser zugeordneten Bewertungsreserven erhielten Rentenberechtigte sowie Versicherte, die ihren Vertrag wegen Einmalkapitalauszahlung, Abfindung oder Portabilität beendeten. Die Summe der diesem Personenkreis gutgeschriebenen Bewertungsreserven belief sich auf 526.318 Euro. Eine einmal durchgeführte Rentenerhöhung aufgrund der Zuteilung von Bewertungsreserven wird sich für die Dauer der Rentenzahlung nicht mehr vermindern. Steigen in den nächsten Jahren die Bewertungsreserven weiter an, ist eine weitere Rentenerhöhung möglich.

Urteile des OLG Karlsruhe zu Gegenwertforderungen

Weiter in der Diskussion sind die Gegenwertforderungen, die von Arbeitgebern bei einem Ausstieg aus der umlagefinanzierten Zusatzversorgung zu zahlen sind. Der Gegenwert dient dazu, die von einem ausgeschiedenen Arbeitgeber hinterlassenen umlagefinanzierten Anwartschaften und Ansprüche auszufinanzieren.

Nachdem das Landgericht Mannheim die Satzungsregelung zur Gegenwertberechnung (§ 23 Absatz 2 VBLS) als unwirksam ansah, wurde zum Teil die Auffassung vertreten, dass ein Ausstieg aus der Umlagegemeinschaft ohne Zahlung eines Gegenwertes möglich sei (Urteile vom 18. Dezember 2009 –7 O 290/09– und 19. Juni 2009 –7 O 124/08– und andere).

Das Oberlandesgericht Karlsruhe stellte nun klar, dass ein Ausstieg ohne Ausfinanzierung der hinterlassenen Rentenverpflichtungen nicht möglich sei.

In seinen beiden im Wesentlichen gleichlautenden Berufungsurteilen vom 23. Dezember 2010 (12 U 1/10 und 12 U 224/09) entschied das Oberlandesgericht Karlsruhe, dass § 23 Absatz 2 VBLS zwar unwirksam sei. Allerdings müsse die dadurch entstehende Lücke durch eine ergänzende Vertragsauslegung geschlossen werden. Die Vertragsauslegung ergab, dass die Vertragsparteien es dem Satzungsgeber der VBL überlassen hätten, die Regelungslücke durch eine Neuregelung zu schließen. Der Satzungsgeber könne auch gegenüber bereits ausgeschiedenen Arbeitgebern – und damit rückwirkend – eine Neuregelung mit dem Ziel eines angemessenen Ausgleichs für die hinterlassenen Rentenverpflichtungen treffen.

Die Unwirksamkeit der Satzungsregelung begründete das Gericht mit einer unangemessenen Benachteiligung ausgeschiedener Arbeitgeber. Diese liege zum einen darin, dass in die Berechnung des Gegenwerts in vollem Umfang auch die Anwartschaften der Versicherten einfließen, die die Wartezeit nicht erfüllen. In diesen Fällen sei aber nicht sicher, ob später ein Rentenanspruch gegen die VBL entstehen werde. Zum anderen würden die ausgeschiedenen Arbeitgeber dadurch benachteiligt, dass die Satzung der VBL zur Finanzierung der hinterlassenen Anwartschaften und Ansprüche nur eine Einmalzahlung vorsehe. Der Satzungsgeber müsse eine alternative Lösung zur Einmalzahlung, wie zum Beispiel eine Erstattung der von der VBL künftig zu erbringenden Rentenleistungen, anbieten.

Diese Entscheidungen sind nicht rechtskräftig. Die VBL hat gegen beide Urteile Revision beim Bundesgerichtshof eingelegt.

Vertrauensvolle Zusammenarbeit mit unseren Kunden.

In regelmäßigen Abständen führt die VBL eine repräsentative Befragung unter Versicherten sowie Arbeitgebern durch. Dadurch können wir Leistungen und Prozesse im Sinne der Kundenzufriedenheit laufend optimieren und zielgerichtet auf Wünsche unserer Kunden eingehen.

Im Jahr 2010 haben wir die dritte Arbeitgeberbefragung durchgeführt. Wir freuen uns, dass sich die Zufriedenheit unserer Kunden gegenüber den früher durchgeführten Umfragen nochmals verbessert hat. Besonders positiv bewerteten die Arbeitgeber unsere Informations- und Schulungsveranstaltungen. Gesteigert haben wir uns insbesondere in den Punkten Betreuungsqualität und Kundenorientierung.

Das Bild der VBL hat sich im Zeitverlauf sehr positiv entwickelt und liegt über dem branchenspezifischen Durchschnitt. Wir nehmen die Umfrageergebnisse sehr ernst. Unser Wunsch, Angebote und Leistungen für unsere Kunden stets zu verbessern, ist für uns die Basis einer vertrauensvollen Zusammenarbeit.

Um unsere persönliche Kundenbetreuung auszubauen, möchten wir zukünftig eine Beratung zur Zusatzversorgung vor Ort anbieten. Da die VBL über keine Beratungsstellen verfügt, können wir diesem Wunsch unserer Kunden nur über gezielt geplante Veranstaltungen entsprechen.

Arbeitgeberumfrage

Pilotprojekt Kundenbetreuung vor Ort

In einem Pilotprojekt beschreitet die VBL nun in Zusammenarbeit mit der BBBank eG neue Wege. Ziel des Projektes ist es, eine persönliche Beratung unserer Versicherten und Rentenberechtigten durch Fachleute der VBL in den Räumlichkeiten der Bank zu ermöglichen. Termin und Ort der Beratung sollen sich nach den Bedürfnissen unserer Kunden richten. Im Gespräch mit den Kundenberatern der VBL können wir vor Ort auf alle individuellen Fragen zur Zusatzversorgung eingehen.

Die „Kundenbetreuung vor Ort“ befindet sich derzeit in der Erprobung. Im Jahr 2010 wurden die Vorbereitungen für die Durchführung des Pilotprojektes aufgenommen und vorangetrieben. Seit April 2011 bieten wir in einer ersten Testphase erstmals die persönliche Beratung von Versicherten und Rentenberechtigten in drei Bankfilialen in Berlin und Potsdam an. Bewährt sich das Konzept, soll das Projekt auf andere Regionen ausgeweitet werden. Über das Projekt wollen wir dem Wunsch unserer Kunden nach intensiverer Betreuung in der Nähe ihres Wohnortes oder der Arbeitsstelle einen Schritt näherkommen.

Wissenschaftlermobilität

Im Jahr 2010 hat die Europäische Kommission ein Grünbuch mit dem Titel „Angemessene, nachhaltige und sichere europäische Pensions- und Rentensysteme“ herausgebracht. Ein Thema auf der hier vorgestellten Agenda ist die Förderung der beruflichen Mobilität von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern innerhalb Europas. Eine bei der VBL von dieser Thematik besonders betroffene Gruppe sind Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Die internationale Forscherkarriere führt zu einem häufigen Arbeitgeberwechsel mit der Folge, dass Versorgungsansprüche in unterschiedlichsten Zusatzversorgungssystemen erworben werden. Zuverlässige und adressatengerechte Informationen sind deshalb für diese Versicherten von besonderer Bedeutung. Auch im vergangenen Jahr haben wir uns hier besonders engagiert und in Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern in diesem Bereich das Informationsangebot (auch fremdsprachlich) weiter verbessert.

Auf europäischer Ebene ist die Herausforderung „Mobilität“ aber nur durch gemeinsame Bemühungen der Versorgungsträger und Verantwortlichen zu bestehen. Die VBL hat im Frühjahr 2011 ein Projekt gestartet, das sich mit Fragen der internationalen Mobilität in der betrieblichen Altersversorgung auseinandersetzt und vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert wird. Gegenstand ist zunächst eine Landkarte der Zusatzversorgung von Forschern im europäischen öffentlichen Sektor, die später im Internet veröffentlicht werden soll. Geprüft werden auch Möglichkeiten, etwaige Mobilitätshemmnisse im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung zu beseitigen.

Unsere IT-Landschaft in einem dynamischen Umfeld.

Auch im Jahr 2010 waren viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der VBL aus den Fachbereichen und der IT im Projekt Phoenix engagiert. Im Projekt Phoenix wird die alte auf Großrechnern basierende IT-Landschaft durch ein modernes, modulares SAP-basiertes System abgelöst.

Einige bedeutsame Funktionalitäten im neuen System nahmen wir im Jahr 2010 erfolgreich in Betrieb. Beispielsweise wurde im Frühjahr die Verarbeitung der Anträge auf Altersvorsorgezulage im neuen System aktiviert. Dies ermöglicht eine schnellere und deutlich effizientere Bearbeitung als bisher. Außerdem konnten unter anderem der Versicherungsnachweis 2009 für 1,8 Millionen Versicherte sowie zahlreiche Mitteilungen auf Anfragen von Familiengerichten zum Versorgungsausgleich problemlos aus dem neuen System heraus erzeugt und versandt werden.

Im Jahr 2010 haben wir eine stabile Grundlage für die Weiterentwicklung von Phoenix gelegt. Jetzt stehen umfangreiche Realisierungen an, die die neue SAP-basierte Systemlandschaft in weiten Teilen zum führenden System machen. Geplant ist, die Ablösung des alten Host-basierten Systems im Jahr 2011 deutlich voranzutreiben und in großen Teilen abzuschließen.

Die Umstellung unserer IT-Landschaft bleibt von externen Einflüssen nicht unberührt. So waren es auch im vergangenen Jahr gesetzliche Änderungen, die neue Aufgaben für die VBL und neue Herausforderungen für das Projekt Phoenix mit sich brachten. Als besonderes Beispiel für externe Einflüsse sei die Umsetzung des so genannten maschinellen Zahlstellen-Meldeverfahrens genannt. Als Zahlstelle von Versorgungsbezügen ist die VBL verpflichtet, für gesetzlich Krankenversicherte die Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung aus den Betriebsrenten einzubehalten und an die gesetzlichen Krankenkassen weiterzuleiten. Mit rund einer Million gesetzlich krankenversicherten Rentnerinnen und Rentner gehört die VBL zu den größten Zahlstellen von Versorgungsbezügen.

Bisher führten wir den Meldeverkehr mit den Krankenkassen in Papierform durch. Mit der Einführung des maschinellen Zahlstellen-Meldeverfahrens sind wir verpflichtet, ab 1. Januar 2011 die Daten auf elektronischem Wege mit den gesetzlichen Krankenkassen auszutauschen. Wegen der laufenden Umstrukturierung der IT-Landschaft war es für die VBL erforderlich, das neue Verfahren in zwei IT-Systeme zu implementieren – in das Neusystem „VBL SAP“ und das Altsystem „VBL Host“. Beides konnten wir fristgerecht und ohne technische Probleme umsetzen.

[Aktuelles zum Projekt Phoenix](#)

[Start des maschinellen Zahlstellen-Meldeverfahrens](#)

Ende Dezember 2010 haben wir das maschinelle Zahlstellen-Meldeverfahren mit allen gesetzlichen Krankenkassen aufgenommen. Den Startschuss gab eine Meldung der relevanten Daten von rund einer Million Rentnerinnen und Rentner an die jeweils zuständigen gesetzlichen Krankenkassen. Wie zu erwarten war, besteht das größte Problem darin, die unterschiedliche Bestandsführung bei der VBL und den zuständigen Krankenkassen zu harmonisieren. Wir stehen aber in engem Kontakt mit dem Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen und einigen größeren Krankenkassen, um die anfänglichen Schwierigkeiten möglichst rasch zu beseitigen.

Ein reibungsloses elektronisches Meldeverfahren mit den Krankenkassen ist vor allem deshalb wichtig, weil die VBL bis 2012 weitere gravierende Änderungen beim Einbehalt der Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung umsetzen muss. Der Gesetzgeber hat mit dem Gesetz zur nachhaltigen und sozial ausgewogenen Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Finanzierungsgesetz) vom 22. Dezember 2010 auch den Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung weitere Aufgaben zugewiesen. Sie müssen für die Krankenkassen den sogenannten Sozialausgleich durchführen. Es ist absehbar, dass dies zu einem deutlich höheren Datenaustausch mit den Krankenkassen führen wird.

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Personalzahlen

Die VBL beschäftigte zum Jahresende 929 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon 159 Teilzeitkräfte und 109 Altersteilzeitbeschäftigte. Bei Umrechnung der Teilzeitbeschäftigten in Vollzeitstellen ergibt sich eine Anzahl von 797 Vollzeitstellen. 122 Beschäftigte befanden sich in einem zeitlich befristeten Arbeitsverhältnis.

Perspektivische Personalplanung

In den kommenden Jahren erwarten wir aufgrund der Altersstruktur unseres Personals ein zunehmendes Ausscheiden von Wissensträgern. Umso wichtiger ist für uns die Ausbildung junger Nachwuchskräfte.

Aus diesem Grund haben wir unsere vor einem Jahr begonnene Kooperation mit der Dualen Hochschule Baden-Württemberg ausgebaut. Zum internen Aus- und Aufbau von betriebswirtschaftlicher Kompetenz führen wir erstmalig ab Oktober 2010 als Ausbildungsunternehmen die Praxisphasen für einen Bachelor-Studiengang in der Fachrichtung BWL-Versicherung durch. Zusätzlich haben wir zum Oktober 2010 im Studiengang Wirtschaftsinformatik weitere Studierende aufgenommen, um die Ausbildung von IT-Nachwuchskräften zu fördern.

Im Kundenmanagement hat sich die Ausbildung zur/zum „Kauffrau/Kaufmann für Dialogmarketing“ als Instrument einer nachhaltigen Nachwuchsförderung etabliert. Eine dritte Ausbildungsgruppe haben wir im September 2010 eingestellt.

Im Januar 2011 schlossen 16 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter das Anfang 2010 begonnene spezielle Schulungsprogramm „VM-Fachausbildung“ erfolgreich ab. Die Absolventen wurden durch interne Fachtrainer zu Spezialisten im Bereich Vertrags- und Leistungsmanagement ausgebildet. Neben ihrem Wissen haben sie auch ihr Engagement in den Fachbereich erfolgreich einbringen können.

Die Erwerbsbiografien unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden länger. Die weitgehend automatisierten Arbeitsprozesse erhöhen den Anteil der Bildschirmarbeit und erfordern gesteigerte Konzentration. Für den Erhalt der Gesundheit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter halten wir es für wichtig, frühzeitig wirksame gesundheitliche Präventionsmaßnahmen zu ergreifen. Deshalb strukturieren wir unser Gesundheitsmanagement neu. In Abstimmung mit dem betriebsärztlichen Dienst und der Personalvertretung unterstützt uns bei der Umsetzung unseres Ziels ein Spezialist für betriebliches Gesundheitsmanagement.

Zum Einstieg sensibilisierten wir unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in mehreren Einführungsveranstaltungen für das Thema Gesundheit. Unter dem Motto „Gesundheit ist Mehrwert“ testeten sie auf freiwilliger Basis ihren aktuellen Gesundheitsstand und nahmen persönliche Beratung in Anspruch. Der Schwerpunkt lag dabei auf der Rückengesundheit, Herzkreislauf und Stressprävention.

Aus den anonymisierten Ergebnissen dieser Veranstaltungen werden bedarfsorientierte Maßnahmen entwickelt, in ein auf Nachhaltigkeit ausgerichtetes Gesamtkonzept eingebettet und unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern angeboten.

Betriebliches Gesundheitsmanagement

In eigener Sache

Neuer Verwaltungskomplex

Ein besonderes Projekt ist der Umbau unseres Verwaltungsgebäudekomplexes in Karlsruhe. Der aktuelle Gebäudekomplex besteht aus fünf Häusern, die miteinander verbunden sind. Eines dieser Bürogebäude – das Haus IV – soll im Jahr 2012 stillgelegt werden. Für die VBL hat sich daher die Notwendigkeit einer Neuplanung ergeben. Wir haben den Neubau eines modernen Bürogebäudes vorgesehen, der mit den angrenzenden Bürogebäuden durchgängig verbunden wird. Das hierfür erforderliche Grundstück stand bereits im Eigentum der VBL. Im Innenhof, zwischen den Bürogebäuden der VBL, wird für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zusätzlich eine neue Kantine mit Besprechungs- und Schulungsräumen entstehen.

Mit den Umbaumaßnahmen geht auch die Planung eines neuen Büroraumkonzeptes einher – weg von Zimmern mit Einzel- oder Mehrfachbelegung hin zum modernen, offenen Kombibüro. Die Gestaltung der Büroflächen setzen wir in enger Zusammenarbeit mit dem Personalrat sowie unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern um. Das erste Kombibüro wird in der ersten Jahreshälfte 2011 eingerichtet. Einzelbüros, Besprechungszimmer, weitere Besprechungsecken und eine sogenannte „Denkerzelle“, in die sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für konzentriertes Arbeiten zurückziehen können, runden das Profil des Kombibüros ab. Mit dem neuen Büroraumkonzept versprechen wir uns eine weitere Förderung der Teamstrukturen und der internen Kommunikation.

Wichtige Gerichtsverfahren.

Verfahren zum Sanierungsgeld

Neben den bereits beschriebenen Rechtsstreitigkeiten zu den Gegenwertforderungen beobachtet die interessierte Öffentlichkeit auch die Entwicklung der verschiedenen Gerichtsverfahren zum Sanierungsgeld.

Seit dem Übergang auf das Punktemodell im Jahr 2002 erhebt die VBL von beteiligten Arbeitgebern im Abrechnungsverband West neben der Umlage Sanierungsgelder. Diese dienen der Deckung eines zusätzlichen Finanzierungsbedarfs für Ansprüche und Anwartschaften, die vor dem Systemwechsel entstanden sind. Mit der 7. und 9. Satzungsänderung, die zum 1. Januar 2006 in Kraft traten, wurde die Berechnung des Sanierungsgeldes neu geregelt. Die Regelungen zum Sanierungsgeld sind Gegenstand von verschiedenen Klageverfahren mit unterschiedlichen und zum Teil gegensätzlichen Klagezielen:

Zum einen richten sich die Klagen gegen die Erhebung von Sanierungsgeld nach § 65 VBLS in der Fassung vor der 7. und 9. Satzungsänderung. Das Oberlandesgericht Karlsruhe bestätigte im Jahr 2009 in drei Berufungsurteilen (–12 U 81/08– und andere) die Rechtmäßigkeit der Erhebung von Sanierungsgeld. Das Gericht entschied, dass die Satzungsregelung, mit der das Sanierungsgeld eingeführt wurde, nicht gegen höherrangiges Recht verstoße. Es ist der Ansicht, dass die Satzungsregelung zum Sanierungsgeld auf einer maßgeblichen Grundentscheidung der Tarifpartner beruhe, bei deren Umsetzung und inhaltlichen Ausgestaltung der Satzungsgeber weitgehende Gestaltungsfreiheit genieße. Damit beschränkt sich die Kontrollbefugnis der Gerichte auf mögliche Verstöße gegen die Verfassung oder das Recht der Europäischen Union. Gegen das Berufungsurteil haben die Kläger Revision eingelegt. Die Entscheidung des Bundesgerichtshofs steht noch aus.

In einem weiteren Verfahren wird die durch die 7. und 9. Satzungsänderung mit Wirkung zum 1. Januar 2006 neu geregelte Berechnung des Sanierungsgeldes nach § 65 Absatz 5a VBLS und den dazugehörigen Ausführungsbestimmungen angegriffen. Auch die Sanierungsgeldregelungen der 7. und 9. Satzungsänderung hielten der Überprüfung der Gerichte in den ersten beiden Instanzen stand (Oberlandesgericht Karlsruhe, Urteil vom 18. Januar 2011 –12 U 40/10–, vorgehend Landgericht Karlsruhe, Urteil vom 26. Februar 2010 –6 O 136/08–). Das Oberlandesgericht Karlsruhe vertritt die Ansicht, dass der spezifische Regelungsgehalt des § 65 Absatz 5a VBLS und seiner Ausführungsbestimmungen – im Gegensatz zur Grundregelung des § 65 VBLS in seiner ursprünglichen Fassung – zwar nicht auf die Grundentscheidung der Tarifparteien zurückzuführen sei. Da es sich beim Sanierungsgeld jedoch – ebenso wie bei der Umlage – um eine Hauptleistungspflicht handle, die einer Versicherungsprämie gleichzusetzen sei, seien auch diese Regelungen einer Inhaltskontrolle nach § 307 des Bürgerlichen Gesetzbuches entzogen. Ein Verstoß gegen Verfassungsrecht liege nicht vor. Der Kläger hat gegen das Berufungsurteil Revision beim Bundesgerichtshof eingelegt.

Außerdem wird in einem Musterprozessverfahren gefordert, dass das Sanierungsgeld von Beginn an – also bereits ab dessen Einführung im Jahr 2002 – nach den Neuregelungen der 7. und 9. Satzungsänderung berechnet werde. Das Landgericht Mannheim entschied mit Urteil vom 23. April 2010 (7 O 346/08), dass die Sanierungsgeldregelung des § 65 Absatz 3 VBLS in der Fassung vor der 7. und 9. Satzungsänderung einer Inhaltskontrolle nach § 307 BGB nicht standhalte und wegen unangemessener Benachteiligung des Klägers unwirksam sei. Die dadurch entstehende Regelungslücke sei durch ergänzende Vertragsauslegung zu schließen. Dazu möchte das Gericht § 65 VBLS in der Fassung der 7. und 9. Satzungsänderung bereits ab dem 1. Januar 2002 angewandt wissen. Diese Entscheidung steht im Widerspruch

zur Rechtsprechung des Oberlandesgerichts Karlsruhe. Die VBL hat gegen das Urteil des Landgerichts Mannheim beim Oberlandesgericht Karlsruhe Berufung eingelegt.

Urteil zu den Startgutschriften für beitragsfrei Versicherte

Mit den Satzungsbestimmungen der VBL hatte sich im Geschäftsjahr 2010 auch der Bundesgerichtshof beschäftigt. Mit Urteil vom 29. September 2010 (IV ZR 8/10) erklärte er die Startgutschriften für beitragsfrei Versicherte nach § 80 Satz 1 VBLS für unverbindlich, soweit sie auf einer Berechnung nach § 18 Absatz 2 des Betriebsrentengesetzes beruhen.

Die Begründung entspricht im Wesentlichen der Grundsatzentscheidung zur Unverbindlichkeit der Startgutschriften der rentenfernen Pflichtversicherten (Urteil des Bundesgerichtshofs vom 14. November 2007 –IV ZR 74/06–): Arbeitnehmer mit längeren Ausbildungszeiten würden durch überproportionale Abschläge ungleich behandelt, weil sie die zum Erwerb einer Voll-Leistung erforderlichen 44,44 Pflichtversicherungsjahre in ihrem Arbeitsleben nicht erreichen können. Diese Ungleichbehandlung führe zur Unwirksamkeit der Übergangsregelung des § 80 Satz 1 VBLS. Gleichzeitig stellte der Bundesgerichtshof klar, dass § 80 VBLS soweit rechtmäßig sei, als er zu einer Berechnung der Startgutschrift nach § 44 VBLS alter Fassung führe.

Mit dieser Entscheidung sind die Tarifvertragsparteien nun aufgerufen, auch bezüglich der Startgutschriften für beitragsfrei Versicherte eine Neuregelung zu vereinbaren.

Urteil zur Steuerfreiheit von Arbeitnehmerbeiträgen

Für uns ist auch folgende Entscheidung bedeutend, da sie sich auf unser Geschäftsfeld auswirken kann.

Der Bundesfinanzhof entschied in seinem Urteil vom 9. Dezember 2010 (VI R 57/08), dass die Arbeitnehmeranteile, die im vom Arbeitgeber geschuldeten Gesamtbeitrag zum Aufbau einer kapitalgedeckten betrieblichen Altersversorgung enthalten sind, nach § 3 Nummer 63 Einkommensteuergesetz (EStG) steuerfrei sind.

Der Bundesfinanzhof ist – anders als die Finanzverwaltung – der Ansicht, dass der Begriff „Beiträge des Arbeitgebers“ nach § 3 Nummer 63 EStG nicht unter wirtschaftlicher Betrachtung auszulegen sei. Vielmehr erfasse dieser Begriff alle Beträge, die vom Arbeitgeber als Versicherungsnehmer geschuldet und an die Versorgungseinrichtung gezahlt werden. Es komme nicht darauf an, wer letztlich wirtschaftlich belastet sei. Maßgebend für

die Qualifizierung des Arbeitnehmeranteils als Beitrag des Arbeitgebers sei alleine die versicherungsvertragliche Außenverpflichtung. Daher werde auch der Eigenanteil des Arbeitnehmers von der Steuerfreiheit nach § 3 Nummer 63 EStG erfasst, wenn gegenüber der Zusatzversorgungskasse ausschließlich der Arbeitgeber Versicherungsnehmer und Beitragsschuldner sei.

Welche Auswirkungen das Urteil des Bundesfinanzhofs auf die steuerliche Behandlung des Arbeitnehmeranteils bei der VBL in den neuen Bundesländern haben wird, kann derzeit noch nicht beantwortet werden. Zunächst muss abgewartet werden, welche Konsequenzen die Finanzverwaltung aus der Entscheidung des Bundesfinanzhofs ziehen wird. In den neuen Bundesländern erhebt die VBL von beteiligten Arbeitgebern neben der Umlage von 1 Prozent einen Beitrag zur Kapitaldeckung in Höhe von 4 Prozent des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts. Im Innenverhältnis tragen die Beschäftigten die Hälfte des Arbeitgeberbeitrags. Hierfür ist derzeit nur die „Riester-Förderung“ nach § 10a, Abschnitt XI EStG möglich.

Unsere Kunden: Arbeitgeber, Versicherte und Rentenberechtigte.

Geschäftsentwicklung.

VBLklassik.

Zum Ende des Geschäftsjahres haben 5.395 Arbeitgeber die betriebliche Altersversorgung für ihre Beschäftigten über die VBL durchgeführt. Sie setzen sich aus dem Bund, den Ländern (mit Ausnahme Hamburgs und des Saarlandes) sowie 1.673 kommunalen Arbeitgebern, 76 Trägern der Sozialversicherung und 3.587 sonstigen Arbeitgebern zusammen.

Beteiligte Arbeitgeber

Beteiligte	2010	2009	Veränderung
	Anzahl	Anzahl	
Abrechnungsverband West*	5.100	5.106	-0,1%
Abrechnungsverband Ost	295	288	+2,4%
Gesamt	5.395	5.394	+0,0%

* Einschließlich 44 Teilbeteiligungsvereinbarungen mit kommunalen Gebietskörperschaften aufgrund der Verwaltungsreform Baden-Württemberg; die Pflichtversicherten sind dem Land Baden-Württemberg zugeordnet

Den 84 neu abgeschlossenen Beteiligungsvereinbarungen stehen 83 beendete Beteiligungen gegenüber. Die Beendigungen waren überwiegend durch Fusionen und Auflösungen bedingt. Bei den neuen Beteiligten handelt es sich vorwiegend um neu gegründete juristische Personen, die aus beteiligten Arbeitgebern entstanden sind.

Versicherte

Im Jahr 2010 betreute die VBL über 4,2 Millionen aktiv und beitragsfrei Versicherte. Dies entspricht einer Erhöhung des Versichertenbestandes um 1,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Die Zahl der aktiv Versicherten stieg um 0,1 Prozent. Die tatsächliche Zahl der aktiv Versicherten ist höher. Aus technischen Gründen hat ein Beteiligter circa 11.000 Pflichtversicherte vorübergehend von der Pflichtversicherung abgemeldet und wird diese im Laufe der nächsten Monate rückwirkend wieder anmelden. Zum Stichtag 31. Dezember 2010 konnten diese aktiv Versicherten nicht berücksichtigt werden. Unter Berücksichtigung dieser Personen hätte sich die Zahl der aktiv Versicherten um 0,7 Prozent erhöht.

Die Zahl der beitragsfrei Versicherten erhöhte sich um 1,8 Prozent. Eine beitragsfreie Versicherung entsteht, wenn die Pflichtversicherung eines Beschäftigten endet, ohne dass ein Anspruch auf Betriebsrente besteht.

Versicherte	2010	2009	Veränderung
	Anzahl	Anzahl	
Abrechnungsverband West			
Aktiv Versicherte	1.467.708	1.462.111	+0,4%
Beitragsfrei Versicherte	2.186.038	2.151.862	+1,6%
	3.653.746	3.613.973	+1,1%
Abrechnungsverband Ost			
Aktiv Versicherte	361.401	365.966	-1,2%
Beitragsfrei Versicherte	214.935	205.672	+4,5%
	576.336	571.638	+0,8%
VBL – gesamt			
Aktiv Versicherte	1.829.109	1.828.077	+0,1%
Beitragsfrei Versicherte	2.400.973	2.357.534	+1,8%
Gesamt	4.230.082	4.185.611	+1,1%

Im Jahr 2010 betrug das Durchschnittsalter aller Versicherten 45,5 Jahre (Vorjahr: 45,3 Jahre).

Rund 1,2 Millionen Rentnerinnen und Rentner erhielten im Jahr 2010 eine Rente aus der **VBL**klassik. Gegenüber dem Vorjahr stieg die Anzahl der Rentenberechtigten um 1,7 Prozent. Die Rentenzugänge sind im Abrechnungsverband Ost prozentual gesehen wesentlich höher als im Abrechnungsverband West. Diese Entwicklung wird auch in den nächsten Jahren anhalten. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Tarifgebiet Ost konnten erst ab dem Jahr 1997 versichert werden. Der Rentenbestand im Abrechnungsverband Ost befindet sich daher noch im Aufbau.

Rentenberechtignte

Rentner	2010	2009	Veränderung
	Anzahl	Anzahl	
Abrechnungsverband West	1.043.358	1.034.567	+0,8%
Abrechnungsverband Ost	126.681	115.975	+9,2%
Gesamt	1.170.039	1.150.542	+1,7%

Das durchschnittliche Rentenzugangsalter lag im Jahr 2010 nahezu unverändert bei 61,3 Jahren. Das Zugangsalter der Altersrentenberechtigten lag im Schnitt bei 62,8 Jahren, das der Erwerbsminderungsrentenberechtigten bei 50,9 Jahren.

Zugangsalter	2010			2009		
	Frauen	Männer	gesamt	Frauen	Männer	gesamt
Altersrenten	62,37	63,54	62,82	62,16	63,65	62,81
Renten wegen Erwerbsminderung	51,91	50,52	50,94	50,54	52,23	51,07
Gesamt	60,61	62,3	61,25	60,44	62,57	61,34

Die VBL zahlte im Jahr 2010 über 4,5 Milliarden Euro an laufenden Renten aus. Die erbrachten laufenden Rentenleistungen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 1,8 Prozent. Die Erhöhung ist auf die höhere Zahl an Rentenberechtigten und die jährliche Rentenanpassung zurückzuführen. Die in der Satzung jeweils zum 1. Juli eines Jahres vorgesehene Anpassung der Betriebsrenten um 1 Prozent hat im Geschäftsjahr 2010 zu einer Erhöhung der monatlichen Auszahlungen um rund 3,5 Millionen Euro geführt.

Leistungen

Rentenleistungen	2010	2009	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	
Versorgungskonto I			
Abrechnungsverband West	4.236,2	4.184,6	1,2%
Abrechnungsverband Ost	146,4	132,5	10,5%
Versorgungskonto II			
Abrechnungsverband Beitrag	10,0	5,1	96,1%
Abrechnungsverband Gegenwerte	81,5	73,2	11,3%
Gesamt	4.474,1	4.395,4	1,8%

Unsere Leistungsberechtigten erhielten eine durchschnittliche Rente in Höhe von 319 Euro (Vorjahr: 320 Euro).

VBLextra und VBLdynamik.

Versicherte

Der Bestand aktiver Versicherungsverträge in der freiwilligen Versicherung stieg im Jahr 2010 um 10 Prozent. Die Zunahme der beitragsfrei gestellten Versicherungen um 24 Prozent betraf insbesondere die Versicherungen von wissenschaftlich Beschäftigten mit einer befristeten Tätigkeit an Hochschulen oder Forschungseinrichtungen sowie Versicherungen von Höherverdienern (§ 82 Absatz 1 VBL). Auf Antrag können beitragsfrei Versicherte ihre Versicherung für die Zukunft wieder aufleben lassen.

Verträge	2010	2009	Veränderung
	Anzahl	Anzahl	
aktive Verträge	193.030	175.566	+10,0%
beitragsfrei gestellte Verträge	50.007	40.324	+24,0%
Gesamt	243.037	215.890	+12,6%

Das Durchschnittsalter der Versicherten lag im Jahr 2010 in der **VBLextra** bei 40,9 (Vorjahr: 41,1) und in der **VBLdynamik** bei 43,5 (Vorjahr: 42,7) Jahren.

Leistungen

Ende des Geschäftsjahres 2010 haben wir Leistungen aus der **VBLextra** an 3.796 und aus der **VBLdynamik** an 21 Rentenberechtigte gezahlt. Die zusätzliche Absicherung über die freiwillige Versicherung wurde erst ab dem Jahr 2002 in der Zusatzversorgung eingeführt. Wegen der bislang kurzen Vertragslaufzeiten beträgt die durchschnittliche monatliche Rente 36,17 Euro in der **VBLextra** und 27,32 Euro in der **VBLdynamik**.

Vermögenslage.

Die VBL verwaltet Kapitalanlagen einschließlich Geldmarktkonten in Höhe von circa 15,2 Milliarden Euro.

	31.12.2010 Mio. €	31.12.2009 Mio. €	Veränderung
Kapitalanlagen			
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte, Bauten	527,6	524,4	+3,2
Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	58,7	34,2	+24,5
Sonstige Kapitalanlagen	11.619,7	10.385,2	+1.234,5
	12.206,0	10.943,8	+1.262,2
Laufende Guthaben bei Kreditinstituten			
Geldmarktkonten	3.017,9	2.824,8	+193,1
Gesamt	15.223,9	13.768,6	+1.455,3

Davon freiwillige Versicherung	31.12.2010 Mio. €	31.12.2009 Mio. €	Veränderung
Kapitalanlagen			
Sonstige Kapitalanlagen	564,7	515,0	+49,7
Laufende Guthaben bei Kreditinstituten			
Geldmarktkonten	304,5	148,8	+155,7
Gesamt	869,2	663,8	+205,4

Die VBL hat aufgrund ihrer soliden Anlagepolitik die Finanz- und Wirtschaftskrise bisher sehr gut bewältigt und im Jahr 2010 ihr bereits gutes Kapitalanlageergebnis aus dem vorangegangenen Jahr weiter verbessert.

Anlagepolitik

Im Mittelpunkt der Anlagepolitik steht die zuverlässige Altersversorgung unserer Kunden. Hierbei wird der Sicherheit höchste Priorität eingeräumt. Die Kapitalanlagen der VBL sind überwiegend in Zinsanlagen sowie in Investmentfonds investiert. Festverzinsliche Papiere stellen dabei den größten Teil der Anlagen dar. Kurzfristige Geldanlagen dienen vor allem der Sicherung der monatlichen Rentenzahlungen.

Die VBL versucht bei ihrer Anlagestrategie immer wieder, neue Wege zu beschreiten. Besonders die Diversifikation in andere Asset-Klassen bewirkt einen positiven Einfluss auf die Entwicklung des Gesamtanlagebestands. So setzt die VBL auf Absolute-Return-Produkte, die sich in der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise bewährt haben. Das Ziel für den Manager ist hierbei das Übertreffen einer vereinbarten Benchmark unter Einhaltung von Risikovorgaben. Eine Ergänzung des Portfolios durch werthaltige Investments in reale Werte (Real Assets) wie Immobilien, aber beispielsweise auch kapitalgarantierte Rohstoffinvestments, trug ebenfalls zur positiven Entwicklung bei.

Im Wertpapierbereich konnten die bestehenden Positionen – trotz der differenzierten Entwicklungen an den internationalen Aktien- und Anleihemärkten – von den zumeist positiven Verläufen an den Märkten profitieren.

Die VBL hat in dieser Phase nur in geringem Umfang im Aktienbereich investiert. Das Aktien-Engagement der VBL wird über Fonds abgebildet und bei Bedarf durch geeignete Sicherungsinstrumente ergänzt.

Wie während der gesamten Finanzkrise wurde auch im Jahr 2010 am Niederstwertprinzip festgehalten und soweit erforderlich eine Abschreibung auf den niedrigen Börsen- und Marktwert zum Bilanzstichtag vorgenommen. Dies impliziert auch die Berücksichtigung der Wertaufholung von Investmentfonds und Beteiligungen, die zu Zuschreibungen führten.

Die VBL nutzt derivative Finanzinstrumente zur Absicherung und Steuerung des Zinsrisikos. Zu diesem Zweck haben wir im Direktanlagebestand Zinssatzswaps eingesetzt.

Immobilien

Die Kapitalanlage in Immobilien erfolgt über Immobilien-Direktanlagen und Immobilien-Spezialfonds. Die Direktanlage beschränkt sich im Wesentlichen auf Wohn- und Sozialimmobilien in Deutschland. Zusätzlich wird über Immobilienspezialfonds in andere Segmente und Länder indirekt investiert.

Im Direktanlagebestand wurden im Jahr 2010 neun Immobilien im Wert von rund 82 Millionen Euro angeschafft bzw. fertiggestellt. Die Immobilien werden ganz überwiegend wohnungswirtschaftlich genutzt. Vier Objekte im Wert von rund 8,36 Millionen Euro wurden veräußert. Ende des Geschäftsjahres 2010 befanden sich insgesamt 287 (Vorjahr 286) Immobilien mit 14.025 Wohnungen und 432 gewerblichen Mieteinheiten im Bestand. Es werden rund 982.000 m² Wohn- und Nutzfläche bewirtschaftet.

Finanzlage Pflichtversicherung (VBLklassik).

Abrechnungsverband West, Versorgungskonto I.

Im Abrechnungsverband West finanziert die VBL ihre Leistungen über ein modifiziertes Abschnittsdeckungsverfahren (Umlageverfahren). Ein Deckungsabschnitt dauert fünf Jahre an. Der laufende Deckungsabschnitt endet zum 31. Dezember 2012.

Einnahmen

Der Umlagesatz ist so bemessen, dass die für die Dauer des Deckungsabschnitts zu entrichtende Umlage zusammen mit den übrigen zu erwartenden Einnahmen und dem verfügbaren Vermögen ausreicht, die Ausgaben während des Deckungsabschnitts sowie der sechs folgenden Monate zu erfüllen. Seit 1. Januar 2002 ist der Umlagesatz auf 7,86 Prozent des Zusatzversorgungspflichtigen Entgelts festgeschrieben (§ 64 Absatz 2 VBLS).

Hinzu kommen Sanierungsgelder, die der Deckung eines zusätzlichen Finanzierungsbedarfs für Ansprüche und Anwartschaften dienen, die vor dem Wechsel vom Gesamtversorgungssystem zum Punktemodell entstanden sind (Altbestand) und über die Umlageeinnahmen hinausgehen. Die Gesamthöhe der Sanierungsgelder beträgt 2 Prozent der Zusatzversorgungspflichtigen Entgelte aller Pflichtversicherten im Jahr 2001. Die Summe der Entgelte wird – wie auch die Betriebsrenten – jährlich um 1 Prozent dynamisiert. Die Gesamthöhe der Sanierungsgelder wird im Deckungsabschnitt auf der Grundlage eines versicherungsmathematischen Gutachtens festgesetzt (§ 65 Absatz 2 Satz 1 VBLS).

Das Umlageaufkommen zuzüglich der Sanierungsgelder betrug im Geschäftsjahr 2010 rund 4.420,9 Millionen Euro (Vorjahr rund 4.401,4 Millionen Euro).

Aus heutiger Sicht sind der Umlage- und Sanierungsgeldsatz ausreichend bemessen, um die Finanzierung bis zum Ende des Deckungsabschnitts sicherzustellen.

Der Verantwortliche Aktuar ermittelt jährlich die im Abrechnungsverband West erwirtschafteten Überschüsse auf der Grundlage einer fiktiven versicherungstechnischen Bilanz. Da im Umlageverfahren zur Finanzierung der Leistungen kein Kapitalstock aufgebaut und verzinslich angelegt wird, können sich keine tatsächlichen Überschüsse ergeben. Daher wird für die Berechnung von fiktiven Überschüssen die durchschnittliche laufende Verzinsung der zehn nach der Bilanzsumme größten Pensionskassen unterstellt (§ 68 Absatz 2 VBLS). Sie ergibt sich aus dem zum Zeitpunkt der Fertigstellung der Bilanz jeweils aktuellen Jahresbericht der Bundesanstalt

Verwendung von Überschüssen aus dem Jahr 2009

für Finanzdienstleistungsaufsicht. Die Verzinsung für das Jahr 2009 lag bei 4,17 Prozent. Hieraus ermittelte der Aktuar für das Jahr 2009 einen rechnerischen Überschuss von 423,4 Millionen Euro.

Der Verantwortliche Aktuar schlug zur Verwendung des Überschusses vor, insbesondere wegen der aktuellen Entwicklungen am Kapitalmarkt bei einer Bonuspunkteverteilung vorsichtig zu verfahren. Der Verwaltungsrat fasste in seiner Sitzung am 26. November 2010 auf Vorschlag des Verantwortlichen Actuars daher den Beschluss, Versicherten im Abrechnungsverband West, die am 31. Dezember 2010 bonuspunkteberechtigt waren, Bonuspunkte in Höhe von 0,25 Prozent der dort bis zum 31. Dezember 2009 insgesamt erworbenen Versorgungspunkte zuzuteilen.

Abrechnungsverband Ost. Versorgungskonto I.

Einnahmen

Im Abrechnungsverband Ost beträgt der Umlagesatz seit 1. Januar 2004 ein Prozent des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts (§ 64 Absatz 2 VBLS). Das Umlageaufkommen lag bei rund 176,5 Millionen Euro gegenüber rund 169,0 Millionen Euro im Vorjahr.

Verwendung von Überschüssen aus dem Jahr 2009

Der Verantwortliche Aktuar ermittelt auch hier jährlich die erwirtschafteten Überschüsse auf der Grundlage einer fiktiven versicherungstechnischen Bilanz. Für die Berechnung gelten die gleichen Grundsätze wie im Abrechnungsverband West. Im Abrechnungsverband Ost lag der rechnerische Überschuss für das Jahr 2009 bei rund 66,2 Millionen Euro.

Der Verantwortliche Aktuar schlug im Abrechnungsverband Ost aus den gleichen Erwägungen wie im Abrechnungsverband West eine umsichtige Verwendung des Überschusses vor. Entsprechend diesem Vorschlag hat der Verwaltungsrat in seiner Sitzung am 26. November 2010 beschlossen, den am 31. Dezember 2010 Bonuspunkteberechtigten des Abrechnungsverbandes Ost ebenfalls Bonuspunkte in Höhe von 0,25 Prozent der bis zum 31. Dezember 2009 insgesamt erworbenen Versorgungspunkte zuzuteilen.

Abrechnungsverband Beitrag. Versorgungskonto II.

Einnahmen

Im Abrechnungsverband Ost wird die Finanzierung seit dem 1. Januar 2004 schrittweise auf ein kapitalgedecktes System umgestellt. Neben der Umlage werden Beiträge zum Kapitaldeckungsverfahren erhoben, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer je zur Hälfte tragen und die in den Abrechnungsverband Beitrag fließen.

Bis zum Vorjahr haben unsere beteiligten Arbeitgeber je nach zutreffendem Tarifrecht teilweise unterschiedliche Beitragssätze angewendet. Ab dem Jahr 2010 beträgt der Beitragssatz einheitlich vier Prozent des zuzusicherungspflichtigen Entgelts. Ab diesem Zeitpunkt sind alle neu hinzu erworbenen Anwartschaften voll kapitalgedeckt finanziert.

Das Beitragsaufkommen betrug im Jahr 2010 rund 524,0 Millionen Euro (Vorjahr: 325,3 Millionen Euro). Darin enthalten sind auch Altersvorsorgezulagen für Arbeitnehmerbeiträge zur Kapitaldeckung. Im Jahr 2010 hat die zentrale Zulagenstelle für Altersvermögen Altersvorsorgezulagen in Höhe von rund 22,9 Millionen Euro überwiesen.

Auf der Grundlage der versicherungstechnischen Bilanz ermittelte der Verantwortliche Aktuar für das Jahr 2009 einen Bilanzgewinn (§ 67 Absatz 3 VBL) von rund 14,9 Millionen Euro.

Verwendung von Überschüssen aus dem Jahr 2009

Der Abrechnungsverband Beitrag befindet sich weiterhin im Aufbau. Ein Großteil der Kapitalanlagen muss daher bei der derzeit angespannten Kapitalmarktsituation getätigt werden. Zudem bestehen biometrische Risiken, die eine Verstärkung der Rechnungsgrundlagen erfordern. Der Verantwortliche Aktuar hat vorgeschlagen, vom Überschuss 14,4 Millionen Euro der Verlustrücklage zuzuführen, um die Eigenkapitalausstattung zu stärken.

Im Abrechnungsverband Beitrag besteht zusätzlich die Besonderheit, dass Versicherte für ihre Arbeitnehmerbeiträge Altersvorsorgezulagen nach Abschnitt XI EStG beziehen können. Für Rentenleistungen aus diesen Altersvorsorgezulagen kann ein Gewinnzuschlag in Höhe von bis zu 20 Prozent geleistet werden (§ 82a Absatz 4 VBL). Der Verantwortliche Aktuar prüft daher jährlich, ob die Finanzierbarkeit dieses Gewinnzuschlages in voller Höhe gesichert ist. Ist dies der Fall, schlägt er die Leistung des Zuschlages vor. Dieser Verfahrensweise folgend schlug er vor, die Leistung des Gewinnzuschlages von 20 Prozent bis zum 31. Dezember 2012 zu verlängern. Zur Finanzierung dieses Gewinnzuschlages soll der verbleibende Überschuss in Höhe von 500.000 Euro der Rückstellung für Überschussverteilung zugeführt werden.

Der Verwaltungsrat folgte in seiner Sitzung am 26. November 2010 diesen Vorschlägen des Verantwortlichen Actuars. Bonuspunkte für das Geschäftsjahr 2009 wurden nicht verteilt.

Abrechnungsverband Gegenwerte. Versorgungskonto II.

Einnahmen

Scheidet ein Arbeitgeber aus der VBL aus, werden die über ihn angemeldeten Pflichtversicherungen beendet. Zur Finanzierung der im Abrechnungsverband West oder im Abrechnungsverband Ost hinterlassenen umlagefinanzierten Anwartschaften und Ansprüche steht der VBL gegen den ausgeschiedenen Arbeitgeber ein Anspruch auf Zahlung des versicherungsmathematischen Gegenwerts zu. Der Gegenwert wird dem kapitalgedeckten Versorgungskonto II zugeführt. Die Gegenwertzahlung ist erforderlich, weil im Umlageverfahren nur die laufenden Renten durch die monatlichen Umlagen finanziert werden. Die Einnahmen aus Gegenwertzahlungen betragen im Jahr 2010 rund 7,8 Millionen Euro (Vorjahr: rund 19,6 Millionen Euro).

Verwendung von Überschüssen aus dem Jahr 2009

Im Abrechnungsverband Gegenwerte wurde im Jahr 2009 ein Bilanzgewinn von rund 20,3 Millionen Euro ausgewiesen. Die Eigenkapitalausstattung in diesem Abrechnungsverband hat bereits 10 Prozent der Deckungsrückstellung erreicht. Nach Auffassung des Verantwortlichen Aktuars sollte aber wegen der biometrischen Risiken, die eine Verstärkung der Rechnungsgrundlagen erforderlich machen, und wegen der daraus resultierenden Finanzierungsrisiken, der Überschuss in voller Höhe der Rückstellung für Überschussverteilung zugeführt werden. Der Überschuss steht den Versicherten damit für eine Bonuspunkteverteilung in späteren Jahren zur Verfügung.

Der Verwaltungsrat folgte in seiner Sitzung am 26. November 2010 dem Vorschlag des Verantwortlichen Aktuars. Bonuspunkte für das Geschäftsjahr 2009 wurden auch hier nicht zugeteilt.

Finanzlage freiwillige Versicherung (VBLextra und VBLdynamik).

Einnahmen

Die Beitragseinnahmen im Bereich der freiwilligen Versicherung haben sich um 10,9 Prozent auf 164,6 Millionen Euro erhöht.

Einnahmen	2010	2009	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	
VBLextra	155,1	138,7	11,8%
VBLdynamik	9,5	9,7	-2,1%
Gesamt	164,6	148,4	10,9%

Der Verantwortliche Aktuar stellt jährlich zum Bilanzstichtag auf der Grundlage einer versicherungstechnischen Bilanz die Überschüsse fest und schlägt eine Verwendung der Überschüsse vor. Am 26. November 2010 entschied der Verwaltungsrat auf diesen Vorschlag hin über die Verwendung der Überschüsse des Jahres 2009.

Verwendung von Überschüssen aus dem Jahr 2009

Im Geschäftsjahr 2009 wurde in der **VBLextra** ein Überschuss von rund 11,3 Millionen Euro als Bilanzgewinn ausgewiesen. Von diesem Überschuss entfällt ein Anteil in Höhe von rund 3,9 Millionen Euro auf den Tarif **VBLextra** 01 mit Rechnungszins in Höhe von 3,25 Prozent in der Anwartschaftsphase und 5,25 Prozent in der Rentenbezugsphase zuzüglich einer garantierten Rentendynamisierung von einem Prozent. Auf den Tarif **VBLextra** 02 mit einheitlichem Rechnungszins in Höhe von 2,75 Prozent entfällt ein Überschussanteil in Höhe von rund 7,4 Millionen Euro.

VBLextra

Der Verantwortliche Aktuar hat vorgeschlagen, auch hier keine Bonuspunkte zuzuteilen. Der auf den Tarif **VBLextra** 01 entfallende Überschuss soll zur Stärkung der Eigenkapitalausstattung der Verlustrücklage eingestellt und der auf den Tarif **VBLextra** 02 entfallende Überschussanteil der Rückstellung für Überschussbeteiligung zugeführt werden.

Für den Tarif **VBLextra** 02 ist vorgesehen, für Betriebsrentenleistungen einen Gewinnzuschlag in Höhe von 20 Prozent zu leisten, wenn der versicherungsmathematische Nachweis der Finanzierbarkeit dieses Zuschlags erbracht wird. Diesem Verfahren folgend, hat der Verantwortliche Aktuar vorgeschlagen und der Verwaltungsrat beschlossen, den Gewinnzuschlag in voller Höhe bis zum 31. Dezember 2012 zu leisten. Der Gewinnzuschlag wird aus dem auf den Tarif **VBLextra** 02 entfallenden Anteil der Rückstellung für Überschussbeteiligung finanziert. Auch im Übrigen folgte der Verwaltungsrat den Vorschlägen des Verantwortlichen Aktuars: Für das Geschäftsjahr 2009 werden weder Bonuspunkte an Versicherte verteilt noch werden die Betriebsrenten zusätzlich erhöht.

In der **VBLdynamik** wurde im Geschäftsjahr 2009 ein Überschuss von 462.829,98 Euro im Bilanzgewinn ausgewiesen. Auch hier hat der Verantwortliche Aktuar vorgeschlagen, aus Vorsichtsgründen keine Überschüsse zu verteilen. Der gesamte Überschuss soll der Verlustrücklage zugeführt werden, um die Eigenkapitalausstattung zu stärken.

VBLdynamik

Dem Vorschlag des Verantwortlichen Aktuars folgend fasste der Verwaltungsrat in seiner Sitzung am 26. November 2010 für die **VBLdynamik** den Beschluss, für das Geschäftsjahr 2009 keine Anteile an Spezialfonds für Versicherte zuzuteilen und keine Einmalzahlung für Betriebsrentenberechtigte zu leisten.

Ertragslage der **VBL** insgesamt.

Aufwendungen und Erträge	2010 Mio. €	2009 Mio. €	Veränderung
Erträge			
Umlagen, Beiträge ¹	5.311,6	5.065,3	4,9%
Kapitalerträge	945,2	824,1	14,7%
	6.256,8	5.889,4	6,2%
Aufwendungen			
Leistungen ²	4.488,2	4.409,7	1,8%
Kapitalaufwendungen	293,5	320,7	-8,5%
	4.781,7	4.730,4	1,1%
Saldo der übrigen Aufwendungen und Erträge	-855,7	-564,7	49,6%
Jahresüberschuss	619,4	594,3	6,1%

¹ Einschließlich Veränderung der Rückstellung für Gegenwerte und Ausgleichsbeträge sowie Überleitungen

² Zahlungen für Leistungen einschließlich Überleitungen

Ertragslage der freiwilligen Versicherung.

Aufwendungen und Erträge	2010 Mio. €	2009 Mio. €	Veränderung
Erträge			
Beiträge	164,6	148,4	10,9%
Kapitalerträge	50,8	37,2	36,6%
	215,4	185,6	16,1%
Aufwendungen			
Leistungen	1,7	1,4	21,4%
Kapitalaufwendungen	0,2	0,6	-66,7%
	1,9	2,0	-5,0%
Saldo der übrigen Aufwendungen und Erträge	-188,2	-160,0	17,6%
Jahresüberschuss	25,3	23,6	7,2%

Die laufende Durchschnittsverzinsung im Geschäftsjahr 2010 betrug hier 9,3 Prozent (Vorjahr: 8,1 Prozent).

Risikomanagement, Risiken und Chancen der zukünftigen Entwicklung.

Die VBL verfügt über ein dezentrales Gesamtrisikomanagement bestehend aus einem Risikofrüherkennungssystem, einem Risikocontrolling und einem internen Überwachungssystem, das alle Bereiche der VBL abdeckt. Die Risikomeldeverantwortlichen der jeweiligen Fachbereiche melden alle relevanten Risiken vierteljährlich an das Risikocontrolling. Das Risikocontrolling unterzieht die gemeldeten Risiken einer Plausibilitätsprüfung und erstellt einen Risikobericht für den Risikobeauftragten, den Präsidenten der VBL. Die Risikoüberwachung ist Aufgabe der Revision. Hier wird die Funktionsfähigkeit des Risikocontrollings, der Investitionstätigkeit und des Berichtswesens geprüft.

Risikomanagementsystem

Zu den einzelnen Risikokategorien können wir Folgendes berichten:

Die laufende Prüfung der Risiken im Jahr 2010 ergab, dass keine bestandsgefährdenden Risiken bestehen. Nach gegenwärtigem Kenntnisstand sind auch in der Zukunft keine bestandsgefährdenden Risiken erkennbar.

Die VBL wendet auf ihr gesamtes Vermögen die Anlagegrundsätze für das gebundene Vermögen von Versicherungsunternehmen an (§ 54 des Versicherungsaufsichtsgesetzes in Verbindung mit der Verordnung über die Anlage des gebundenen Vermögens von Versicherungsunternehmen – AnIV). Danach ist das Vermögen so anzulegen, dass möglichst große Sicherheit und Rentabilität bei jederzeitiger Liquidität unter Wahrung angemessener Mischung und Streuung erreicht werden. Auf eine möglichst große Sicherheit der Kapitalanlage wird besonderer Wert gelegt.

Kapitalanlagerisiken

Für die Kapitalanlage besteht hauptsächlich das Risiko von Marktpreisänderungen. Ein Mittel zur Überwachung der Marktpreisrisiken sind Stresstests, die von der VBL monatlich auf die Kapitalanlagen angewendet werden. Mit diesen Stresstests überprüfen wir, ob die VBL trotz einer eintretenden, anhaltenden Krisensituation auf dem Kapitalmarkt in der Lage wäre, auch ohne Gegenmaßnahmen die gegenüber den Versicherungsnehmern eingegangenen Verpflichtungen einzuhalten. Die Stresstests sind ein Indikator für die Risikoanalyse. Sie werden regelmäßig auch in ihrer Entwicklungshistorie ausgewertet und ergänzen die anderen Instrumente des Risikomanagements.

Zur Absicherung von Grundgeschäften wurden in den letzten Jahren Zinsswaps abgeschlossen. Je nach Markteinschätzung wurde somit das Zinsänderungs- oder Wertänderungsrisiko bei Darlehen mit variabler bzw. fixer Verzinsung abgesichert. Sofern die gesetzlichen Voraussetzungen vorlagen, wurden Bewertungseinheiten im Sinne des § 254 HGB gebildet.

Adressausfallrisiken – insbesondere bei Banken – sollten durch konzertierte Maßnahmen der Regierungen (zum Beispiel Finanzmarktstabilisierungsfonds) beherrschbar bleiben. Die Steuerung von Ausfallrisiken bei Derivate-Geschäften erfolgt über Kontrahentenlimite. Im Direktbestand wurden im Jahr 2010 keine Derivate-Geschäfte abgeschlossen oder aufgelöst.

Kapitalanlagen wurden hauptsächlich mit Emittenten aus dem deutschen Bankensektor getätigt.

Liquiditätsrisiken bestehen aufgrund des Umlageverfahrens bei den Abrechnungsverbänden West und Ost und dem jungen Bestand bei der freiwilligen Versicherung und dem Abrechnungsverband Beitrag nicht.

Zur dauerhaften Erfüllbarkeit der Verträge in der freiwilligen Versicherung überdecken unsere Eigenmittel die Solvabilitätsspanne um 139,5 Prozent (Vorjahr 121,4 Prozent).

Finanzierungsrisiken

In dem bei der VBL noch überwiegend praktizierten Umlageverfahren hängt der Finanzierungsbedarf stark von der Entwicklung des Versichertenbestands und des Zusatzversorgungspflichtigen Entgelts ab. Der im Bereich des öffentlichen Dienstes anhaltende Trend zu Personalabbau- und Ausgliederungsmaßnahmen kann somit Auswirkungen auf die Finanzierung bei der VBL haben.

Scheidet ein Arbeitgeber aus der VBL aus, werden die über ihn durchgeführten Pflichtversicherungen beendet. Zum Ausgleich der während der Beteiligung entstandenen Anwartschaften und laufenden Renten der Pflichtversicherten hat der ausgeschiedene Arbeitgeber an die VBL einen sogenannten Gegenwert zu leisten. Der Gegenwert ist der versicherungsmathematische Barwert der dem ausgeschiedenen Arbeitgeber zuzurechnenden Renten und Anwartschaften und wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen durch einen Sachverständigen errechnet. Für Ausgliederungen sieht die Satzung die Leistung eines anteiligen Gegenwerts vor. Diese Maßnahmen gelten jedoch nur für die Ausgliederung eines „wesentlichen Teils“ der Pflichtversicherten eines Beteiligten. Mehrfache Ausgliederungen eines Beteiligten werden bei der Prüfung des Überschreitens der Wesentlichkeitsgrenze zusammengerechnet. Für Ausgliederungen unterhalb einer Wesentlichkeitsgrenze ist ein Ausgleich bisher nicht vorgesehen.

In der **VBL**klassik garantieren wir eine Leistung, die sich ergeben würde, wenn eine Gesamt-Beitragsleistung von vier Prozent des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts vollständig in ein kapitalgedecktes System eingezahlt würde. Als Verzinsung werden dabei in der Anwartschaftsphase 3,25 Prozent und in der Rentenbezugsphase 5,25 Prozent unterstellt. Zusätzlich werden die Renten jährlich um 1 Prozent erhöht. Diese Rechnungsgrundlagen sind tarifvertraglich festgelegt (§ 8 des Tarifvertrags Altersversorgung). Diese hohen garantierten Leistungen werden in den Abrechnungsverbänden West und Ost im Umlageverfahren und in den Abrechnungsverbänden Beitrag und Gegenwerte im Kapitaldeckungsverfahren finanziert. In der Kapitaldeckung werden daher Überschüsse vorrangig zum Aufbau der Verlustrücklage verwendet, die der Fehlbetragsdeckung dient.

Zinsgarantierisiko

In der kapitalgedeckten freiwilligen Versicherung wurde der Rechnungszins für das Neugeschäft ab 2004 auf 2,75 Prozent gesenkt. Das Zinsgarantierisiko kann für den Bereich der freiwilligen Versicherung deshalb als geringer eingestuft werden. Auch bei der freiwilligen Versicherung wirkt die VBL dem Zinsgarantierisiko mit dem Aufbau der Verlustrücklage entgegen.

Die Zusatzversorgungseinrichtungen des öffentlichen Dienstes verwenden als biometrische Rechnungsgrundlage die Richttafeln 1998 von Klaus Heubeck. Die Anwendung dieser Richttafeln ist tarifvertraglich festgelegt (Anlage 4 zum Tarifvertrag Altersversorgung).

Biometrische Risiken

Die VBL gibt in regelmäßigen Abständen Untersuchungen über die biometrischen Risikoverhältnisse in Auftrag. Eine im Jahr 2007 durchgeführte Risikountersuchung kam zu dem Ergebnis, dass die Richttafeln 1998 von Klaus Heubeck in dem Zeitraum 2003 bis 2005 noch zu einem positiven Risikobeitrag führten. Die erneute Risikountersuchung aus dem Jahr 2009, die auf den Daten aus den Geschäftsjahren 2006 bis 2008 basiert, ergab, dass die Risikoverhältnisse durch die Richttafeln 1998 von Klaus Heubeck nicht mehr ausreichend sicher abgebildet werden. Die Richttafeln 2005 G (Generationentafeln) seien ebenfalls nicht geeignet, die Risikoverhältnisse der VBL besser darzustellen. Im Unterschied zu Periodentafeln wird bei Generationentafeln neben Alter und Geschlecht auch das Geburtsjahr berücksichtigt.

Ein versicherungsmathematischer Sachverständiger hat auf Basis der Periodentafel 1998 von Klaus Heubeck eine VBL-spezifische Periodentafel „VBL 2010 P“ und auf Basis der Richttafeln 2005 G eine VBL-spezifische Generationentafel „VBL 2010 G“ entwickelt. Diese wurden in der Vorstands- und Verwaltungsratssitzung am 25. und 26. November 2010 vorgestellt. Ob und welche der VBL-spezifischen Richttafeln zur Anwendung kommen, obliegt der Entscheidung der Tarifvertragsparteien.

Im Hinblick auf die biometrischen Risiken werden wir zum Stichtag 31. Dezember 2010 zur pauschalen Stärkung der Deckungsrückstellung eine Aufstockung in der Handelsbilanz vornehmen.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen

Die überwiegende Zahl der bei der VBL beteiligten Arbeitgeber sind juristische Personen des öffentlichen Rechts, über deren Vermögen das Insolvenzverfahren unzulässig ist. Das Risiko aus dem Ausfall von Forderungen gegenüber Beteiligten ist in der überwiegend umlagefinanzierten **VBL** klassik relativ gering. Bei der VBL sind rund 5.400 Arbeitgeber beteiligt. Bisher wurde über das Vermögen von insgesamt 38 beteiligten Arbeitgebern das Insolvenzverfahren eröffnet, davon acht Verfahren im Geschäftsjahr 2010. Dabei waren im Abrechnungsverband West 34 Arbeitgeber, im Abrechnungsverband Ost vier Arbeitgeber betroffen.

In der kapitalgedeckten freiwilligen Versicherung ist das Risiko des Forderungsausfalls sehr gering. Hier werden die Versicherungsverträge beitragsfrei gestellt, wenn die Versicherungsnehmerin/der Versicherungsnehmer mit der Beitragszahlung für drei Monate in Verzug ist und den Rückstand nicht innerhalb einer von der VBL gesetzten Frist ausgleicht.

Operationelle Risiken

Unter dem Begriff operationelles Risiko versteht man die Gefahr von Verlusten aufgrund von unzulänglichen oder fehlgeschlagenen internen Prozessen oder aus mitarbeiter- oder systembedingten Vorfällen. Ebenfalls zu den operationellen Risiken zählen Risiken aus externen Vorfällen und Rechtsrisiken.

Kernprozesse sind abhängig von einer sicheren und zuverlässigen IT. Die VBL verfügt deshalb über ein IT-Sicherheitskonzept im Sinne eines Notfallkonzeptes, das sich nach dem BSI-Standard (IT-Grundschutz) richtet und laufend angepasst wird. Für den Ausfall des Rechenzentrums sind entsprechende Vorsorgen getroffen. Die Voraussetzungen für das Back-up (Rechenzentrum, Hardware, Datensicherung) liegen vor. Funktionstrennungen und Vier-Augen-Prinzipien helfen in den wesentlichen Geschäftsprozessen dabei, das Eintreten von Risiken zu vermeiden.

Rechtliche Risiken

Rechtliche Risiken ergeben sich in erster Linie aus den Klagen gegen die Startgutschriften rentenferner Versicherter. Diese Klagen sind vor dem Hintergrund der Umstellung des Gesamtversorgungssystems auf das Versorgungspunktemodell im Jahre 2001 zu sehen. Der Bundesgerichtshof hat mit Urteil vom 14. November 2007 die Rechtmäßigkeit der Systemumstellung grundsätzlich bestätigt. Nach Auffassung des Gerichts verstoßen

die Regelungen für die Berechnung der Startgutschriften für rentenferne Jahrgänge aber in einem Punkt gegen Artikel 3 des Grundgesetzes. Die Tarifvertragsparteien sind aufgefordert, die Berechnungsparameter für die Übergangsregelungen zu den Startgutschriften rentenferner Jahrgänge im Tarifvertrag Altersversorgung verfassungskonform auszugestalten. Die Tarifvertragsparteien befinden sich noch in Verhandlungsgesprächen. Der Stand der Gespräche lässt noch keine Rückschlüsse auf möglicherweise zu erwartende Mehrbelastungen aus einer Neuregelung der Startgutschriftenberechnung zu.

Rechtliche Risiken birgt auch die Musterklage gegen die Berechnung der Sanierungsgelder, der sich rund 2.000 Beteiligte angeschlossen haben (Urteil des Landgerichts Mannheim vom 23. April 2010 –7 O 346/08–). Bei einem vollständigen Unterliegen der VBL wäre mit einer Erstattung von Sanierungsgeldern für die Jahre 2002 und 2003 zu rechnen. Dieses Risiko schätzen wir allerdings als äußerst gering ein. Das Oberlandesgericht Karlsruhe hat in drei etwas anders gelagerten Verfahren zum Sanierungsgeld entschieden, dass die Sanierungsgeldregelung in der Satzung der VBL nicht gegen höherrangiges Recht verstoße (Urteile vom 3. März 2009). Zu dieser Auffassung gelangte das Oberlandesgericht Karlsruhe auch in dem Fall, in dem es die Rechtmäßigkeit der durch die 7. und 9. Satzungsänderung geänderten Sanierungsgeldberechnung zu prüfen hatte (Urteil vom 18. Januar 2011 –12 U 40/10).

Ferner ergeben sich Risiken aus den Klageverfahren gegen die Gegenwertforderung der VBL. Bei einem vollständigen oder teilweisen Unterliegen der VBL würden die Gegenwerte nicht oder nicht in voller Höhe erbracht, die zur Ausfinanzierung der in der Umlagefinanzierung hinterlassenen Anwartschaften und Ansprüche ausgeschiedener Arbeitgeber erforderlich sind. Dies könnte eine Unterdeckung im Abrechnungsverband Gegenwerte zur Folge haben. Das Oberlandesgericht Karlsruhe stellte in seinen beiden Berufungsurteilen vom 23. Dezember 2010 (12 U 1/10 und 12 U 224/09) klar, dass ein Ausscheiden aus einem umlagefinanzierten Versorgungssystem nicht zum Nulltarif möglich ist. Außerdem seien die vom ausgeschiedenen Arbeitgeber in der Vergangenheit geleisteten Aufwendungen bei der Berechnung des Gegenwerts nicht mindernd zu berücksichtigen. Auch insoweit halten wir das Risiko für gering, dass eine letztinstanzliche Entscheidung zu einer Unterdeckung führen könnte.

Positiv zu bewerten sind die Änderungen des Gesetzgebers bei der Arbeitnehmerüberlassung durch das Erste Gesetz zur Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes – Verhinderung von Missbrauch der Arbeitnehmerüberlassung, das vom Bundestag am 24. März 2011 verab-

Chancen

schiedet wurde (BT-Drucksachen 17/5238 und 17/4804). Mit dem Gesetz sollen der Missbrauch der Arbeitnehmerüberlassung unterbunden und die Leiharbeiterrichtlinie – Richtlinie 2008/104/EG – in deutsches Recht umgesetzt werden.

Insbesondere die beschlossene Einführung einer sogenannten Drehtürklausel soll der missbräuchlichen Nutzung der Arbeitnehmerüberlassung begegnen. Ziel der Drehtürklausel ist es, zu verhindern, dass Unternehmen Stammbeschäftigte entlassen und anschließend unmittelbar oder nach kurzer Zeit als Leiharbeitnehmer zu schlechteren Arbeitsbedingungen wieder in ihrem ehemaligen Unternehmen oder in einem Unternehmen desselben Konzerns einsetzen. Der Einsatz von Arbeitnehmerüberlassung bleibt zwar auch in diesen Fällen weiterhin möglich. Den Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern sind dann aber die gleichen wesentlichen Arbeitsbedingungen einschließlich des Arbeitsentgelts zu leisten wie vergleichbaren Beschäftigten im Betrieb des Entleihers. Von dieser Regelung kann in bestimmten Grenzen über einen Tarifvertrag abgewichen werden.

Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter, die innerhalb von sechs Monaten vor ihrem Einsatz in einem bestimmten Unternehmen dort fest angestellt waren, haben bei gleicher Arbeit nun einen gleichen Lohnanspruch. In diesen Fällen ist eine tarifvertragliche Abweichung nicht möglich.

Die Änderungen können dazu beitragen, dass Arbeitgeber von Personalgestellungen Abstand nehmen oder diese zumindest einschränken. Damit leistet das Gesetz auch einen Beitrag zur Stabilität des aktiven Versichertenbestandes der VBL.

Einen weiteren positiven Effekt auf die Umlageeinnahmen wird das Tarifergebnis der Lohnrunde 2011 für den Bereich der Länder haben. Die Tarifvertragsparteien haben sich am 10. März 2011 auf eine Entgelterhöhung der rund 700.000 Tarifbeschäftigten der Länder geeinigt.

Ausblick.

Tarifverhandlungen zu den rentenfernen Startgutschriften

Die Tarifverhandlungen zur Umsetzung der Entscheidung des Bundesgerichtshofs vom 14. November 2007 zu den Startgutschriften der rentenfernen Versicherten sind noch nicht abgeschlossen. Die Verhandlungen waren notwendig geworden, weil der Bundesgerichtshof entschieden hatte, dass die Startgutschriften für die rentenfernen Pflichtversicherten unverbindlich sind. Der Bundesgerichtshof hatte festgestellt, dass die Regelungen zur Berechnung der rentenfernen Startgutschriften in einem Punkt gegen

Artikel 3 des Grundgesetzes verstoßen. Nach dem Urteil müssen die Tarifpartner eine verfassungskonforme Neuregelung vereinbaren. Wir bereiten uns bereits intensiv darauf vor, ein Verhandlungsergebnis der Tarifpartner möglichst schnell umsetzen zu können.

Neue Anforderungen für die VBL ergeben sich auch aus dem im November 2010 verabschiedeten Gesetz zur nachhaltigen und sozial ausgewogenen Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Finanzierungsgesetz). Mit dem GKV-Finanzierungsgesetz hat der Gesetzgeber die Ausweitung des einkommensunabhängigen kassenindividuellen Zusatzbeitrags beschlossen. Bisher konnten die gesetzlichen Krankenkassen nur Zusatzbeiträge von acht Euro oder bis zu 1 Prozent der beitragspflichtigen Einnahmen von ihren Mitgliedern erheben. Diese Deckelung entfällt jetzt. Je nach Finanzierungsbedarf können die gesetzlichen Krankenkassen auch höhere Zusatzbeiträge von ihren Mitgliedern einfordern. Im Gegenzug bleibt der einkommensabhängige Krankenversicherungsbeitrag, den auch die VBL von den Betriebsrenten einzubehalten hat, bei 15,5 Prozent.

Neue Aufgabe als Zahlstelle
– Sozialausgleich für gesetzliche
Krankenkassen

Um eine unverhältnismäßige Belastung der Versicherten zu verhindern, hat der Gesetzgeber einen Sozialausgleich eingeführt. Übersteigt der durchschnittliche Zusatzbeitrag aller gesetzlichen Krankenkassen die individuelle Belastungsgrenze, erhält der Versicherte eine Entlastung über den Sozialausgleich. Die Belastungsgrenze liegt bei zwei Prozent des individuellen sozialversicherungspflichtigen Einkommens. Durch den Sozialausgleich vermindert sich der einkommensabhängige Krankenversicherungsbeitrag um den Betrag, der die Belastungsgrenze übersteigt.

Den Sozialausgleich führen nicht die Krankenkassen durch, sondern die beitragsabführenden Stellen, also auch die VBL. Vor allem bei den Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung ist der bürokratische Aufwand, der mit der Umsetzung des Sozialausgleichs verbunden ist, erheblich. Neben der IT-technischen Umsetzung belastet die Versorgungsträger vor allem die Information der Rentenberechtigten über den komplizierten Sozialausgleich. Hier entsteht bürokratischer Aufwand bei allen Zahlstellen. Besser wäre es gewesen, das Sozialausgleichsverfahren bei den zuständigen gesetzlichen Krankenkassen zu bündeln. Dort liegen alle notwendigen Informationen vor.

Das Verfahren zum Sozialausgleich wird ab 2012 beginnen. In welchem Umfang die VBL ab 2012 mit dem Sozialausgleichsverfahren belastet sein wird, hängt maßgeblich vom durchschnittlichen Zusatzbeitrag der gesetzlichen Krankenkassen ab. Bei einem durchschnittlichen Zusatzbeitrag von 16 Euro rechnen wir damit, dass für rund 100.000 Rentnerinnen und Rentner der Sozialausgleich durchgeführt werden muss.

Urteil zur Steuerfreiheit von Arbeitnehmerbeiträgen

Offen ist derzeit, welche Auswirkungen das Urteil des Bundesfinanzhofs vom 9. Dezember 2010 zur Steuerfreiheit des Arbeitnehmeranteils am Beitrag des Arbeitgebers zur kapitalgedeckten Zusatzversorgung haben wird. Für Versicherte des Rechtskreises Ost stellt sich insbesondere die Frage, ob die bisher für den Arbeitnehmeranteil bestehende Möglichkeit, die Riester-Förderung zu nutzen, auch künftig noch bestehen wird.

Änderungsbedarf wird sich möglicherweise für die Pflichtversicherung bei der VBL in den neuen Bundesländern ergeben. Zunächst muss allerdings die Finanzverwaltung die aus ihrer Sicht erforderlichen steuerrechtlichen Konsequenzen aus der Entscheidung ziehen. Wir setzen uns bereits intensiv mit verschiedenen denkbaren Szenarien auseinander.

Entscheidung zu Unisex-Tarifen

Welche Auswirkungen sich aus der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs vom 1. März 2011 (–C-236/09–) zu Unisex-Tarifen in der privaten Versicherungswirtschaft auch für die betriebliche Altersversorgung ergeben werden, lässt sich noch nicht endgültig beantworten.

Der Gerichtshof erklärte die Vorschrift einer EU-Gleichstellungsrichtlinie aus dem Jahr 2004, die eine Ungleichbehandlung von Frauen und Männern bei der Kalkulation der Versicherungstarife zuließ, für ungültig. Er stellte fest, dass die Berücksichtigung des Geschlechts von Versicherten als Kriterium für die Berechnung von Prämien und Leistungen in Versicherungsverträgen eine Diskriminierung darstelle. Sie laufe der Verwirklichung des Ziels der Gleichbehandlung von Frauen und Männern zuwider und sei mit der Charta der Grundrechte der Europäischen Union unvereinbar. Gleichzeitig räumte der Gerichtshof den Versicherungsgesellschaften eine Übergangszeit bis zum 21. Dezember 2012 ein.

Durch dieses Urteil könnte Änderungsbedarf für unsere Produkte der freiwilligen Versicherung entstehen. Welche Konsequenzen der Gesetzgeber aus der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs ziehen wird, lässt sich noch nicht sagen. Die Entscheidung des Gesetzgebers muss aber auch hier abgewartet werden.

Jahresabschluss

Bilanz zum 31. Dezember 2010.

Aktiva	31.12.2010		31.12.2009	
	€	€	€	€
A. Immaterielle Vermögensgegenstände				
I. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		3.202.698,24		3.864.709,24
B. Kapitalanlagen				
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	527.560.086,88		524.372.917,53	
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	68.750,00		68.750,00	
2. Beteiligungen	58.626.031,90		34.105.293,06	
III. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Investmentanteile	7.605.499.668,22		6.136.339.644,88	
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	181.140.604,00		180.817.954,00	
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	70.216.176,69		107.840.989,49	
4. Sonstige Ausleihungen				
a) Namensschuldverschreibungen	1.632.027.086,83		1.755.297.197,98	
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	2.130.817.537,24		2.204.973.575,89	
	3.762.844.624,07	12.205.955.941,76	3.960.270.773,87	10.943.816.322,83
C. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Versicherungsnehmern		18.236.255,91		14.064.204,04
D. Forderungen				
I. Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft	879.549.327,71		895.550.167,93	
II. Sonstige Forderungen	23.947.848,97	903.497.176,68	24.683.230,70	920.233.398,63
E. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Sachanlagen und Vorräte	3.956.589,52		3.573.304,58	
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten und Kassenbestand	3.229.491.089,93	3.233.447.679,45	3.101.093.135,24	3.104.666.439,82
F. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten	73.941.093,43		73.075.647,68	
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	1.588.528,86	75.529.622,29	1.996.835,29	75.072.482,97
Summe der Aktiva		16.439.869.374,33		15.061.717.557,53

Passiva	31.12.2010		31.12.2009	
	€	€	€	€
A. Rücklagen, Bilanzgewinn				
I. Verlustrücklagen				
1. Pflichtversicherung	335.259.748,00		313.475.431,00	
2. Freiwillige Versicherung	58.506.221,56		41.374.365,30	
	393.765.969,56		354.849.796,30	
II. Bilanzgewinn				
1. Pflichtversicherung	5.763.439,00		35.221.152,00	
2. Freiwillige Versicherung	12.452.211,08		11.676.868,38	
	18.215.650,08	411.981.619,64	46.898.020,38	401.747.816,68
B. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pflichtleistungen des Versorgungskontos I				
1. Abrechnungsverband West	7.659.746.202,77		7.230.785.338,77	
2. Abrechnungsverband Ost	2.052.444.446,96		1.901.137.709,24	
	9.712.190.649,73		9.131.923.048,01	
II. Deckungsrückstellungen				
1. Deckungsrückstellung für				
a) Pflichtversicherung	4.090.743.585,00		3.566.951.576,00	
b) Freiwillige Versicherung	788.468.283,72		604.507.488,64	
	4.879.211.868,72		4.171.459.064,64	
2. Rückstellung für Gegenwerte und Ausgleichsbeträge	1.044.620.813,45		1.044.079.171,00	
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	10.649.600,00		17.531.000,00	
IV. Rückstellung für Beitragserstattungen und Rückzahlungen von Umlagen und Beiträgen	66.693.000,00		62.927.000,00	
V. Rückstellung für Überschussbeteiligung				
1. Pflichtversicherung	51.311.463,00		30.558.180,00	
2. Freiwillige Versicherung	13.751.698,22		6.950.466,57	
	65.063.161,22		37.508.646,57	
VI. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	42.176,14	15.778.471.269,26	250.225,19	14.465.678.155,41
C. Versicherungstechnische Rückstellungen soweit Anlagerisiko bei Versicherungsnehmern		18.236.255,91		14.064.204,04
D. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	6.813.040,00		4.772.201,00	
II. Sonstige Rückstellungen	22.582.770,00	29.395.810,00	12.250.919,50	17.023.120,50
E. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem Versicherungsgeschäft	3.997.331,43		2.556.389,04	
II. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	108.688.680,26		108.214.377,53	
III. Sonstige Verbindlichkeiten davon aus Steuern: € 350.501,47 (Vorjahr € 371.169,87)	61.455.693,57	174.141.705,26	26.536.225,66	137.306.992,23
F. Rechnungsabgrenzungsposten		27.642.714,26		25.897.268,67
Summe der Passiva		16.439.869.374,33		15.061.717.557,53

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter der Position B. II. Ziffer 1 und Position C. (Passiva) ausgewiesene Deckungsrückstellung nach den jeweils zuletzt genehmigten Technischen Geschäftsplänen unter zusätzlicher Berücksichtigung eines Drittels des Aufstockungsbedarfs aus einem Übergang auf die neuen VBL-spezifischen biometrischen Rechnungsgrundlagen VBL 2010 P berechnet worden ist.

Pflichtversicherung (B. II. 1. a):
München, 15.04.2011
Der Verantwortliche Aktuar Dr. Goldbach

Freiwillige Versicherung (B. II. 1. b + C.):
Köln, 01.04.2011
Der Verantwortliche Aktuar Engbroks

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2010.

(Konsolidiert)	2010		2009	
	€	€	€	€
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Umlageaufkommen				
a) Umlagen, Sanierungsgeld und Beiträge	5.285.931.137,15		5.043.990.650,73	
b) Veränderung der Rückstellung für Gegenwerte und Ausgleichsbeträge	25.219.825,09		20.823.236,93	
c) Erträge aus Überleitungen	493.478,14	5.311.644.440,38	453.782,45	5.065.267.670,11
2. Erträge aus der Rückstellung für Überschussbeteiligung		586.935,20		34.094,08
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen davon aus verbundenen Unternehmen 461.634,43 € (Vorjahr: 100.000,00 €)	461.634,43		100.000,00	
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten	114.228.002,82		109.713.922,73	
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	744.344.736,83		633.188.787,66	
	858.572.739,65		742.902.710,39	
c) Erträge aus Zuschreibungen	31.867.502,85		37.418.295,64	
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	54.254.678,05	945.156.554,98	43.708.409,61	824.129.415,64
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen		1.350.969,41		2.246.001,22
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge		32.554.896,37		14.468.827,07
6. Aufwendungen für Leistungen				
a) Leistungen				
aa) Zahlungen für Versicherungsfälle	4.487.955.719,80		4.409.484.796,14	
bb) Verwaltungsaufwendungen	41.944.004,32		37.882.038,70	
	4.529.899.724,12		4.447.366.834,84	
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Leistungen	-6.715.400,00		7.702.000,00	
c) Aufwendungen für Überleitungen	283.673,04	4.523.467.997,16	215.614,61	4.455.284.449,45
7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung	748.637.835,95		490.939.961,36	
b) Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	3.391.950,95	752.029.786,90	-24.750.177,32	466.189.784,04
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb (Verwaltungsaufwendungen)		52.652.542,41		37.882.038,71
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für Kapitalanlagen	73.669.360,01		90.833.126,16	
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	34.670.601,11		43.390.813,63	
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	185.167.060,64	293.507.021,76	186.515.920,35	320.739.860,14
10. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen		19.200.907,85		23.711.883,07
11. Versicherungstechnisches Ergebnis		650.435.540,26		602.337.992,71

(Konsolidiert)	2010		2009	
	€	€	€	€
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge	8.207.619,42		7.289.475,04	
2. Sonstige Aufwendungen	38.161.373,25	-29.953.753,83	15.286.408,75	-7.996.933,71
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		620.481.786,43		594.341.059,00
4. Außerordentliche Aufwendungen		1.089.163,00		-
5. Außerordentliches Ergebnis		-1.089.163,00		-
6. Jahresüberschuss		619.392.623,43		594.341.059,00
7. Veränderung der Rückstellung für Pflichtleistungen		-577.581.370,26		-511.714.457,22
8. Veränderung der Verlustrücklage		-23.595.603,09		-35.728.581,40
9. Bilanzgewinn		18.215.650,08		46.898.020,38

Die Bilanz der VBL für das Jahr 2010 fällt positiv aus und übertrifft die Ergebnisse des Vorjahres. Selbst im wirtschaftlichen Krisenumfeld hat sich die VBL sehr gut behauptet. Zurückzuführen ist der Erfolg auf eine überzeugende, solide Kapitalanlagestrategie mit antizyklischer Investmentphilosophie, der die VBL-Versicherten ihr Vertrauen schenken.

Angaben zur Rechnungslegung.

Satzungsvorschriften

Nach § 71 der Satzung erstellt die VBL jährlich einen Geschäftsbericht einschließlich eines vollständigen Jahresabschlusses und eines Lageberichts.

Jahresabschluss und Lagebericht werden entsprechend den Vorschriften des HGB sowie der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) aufgestellt. Die Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung entspricht den Formvorschriften der RechVersV unter Berücksichtigung besonderer Gegebenheiten der VBL.

Innerhalb des Anstaltsvermögens ist für die Aufgabenbereiche Pflichtversicherung und freiwillige Versicherung jeweils ein gesonderter Abrechnungsverband mit getrennter Verwaltung von Aufwendungen, Erträgen und Kapitalanlagen zu führen (§ 59 VBLS).

Der Bereich Pflichtversicherung ist in einen umlagefinanzierten Bereich (Versorgungskonto I – § 64 Abs. 7 VBLS) und einen kapitalgedeckten Bereich (Versorgungskonto II – § 66 Abs. 3 VBLS) zu unterteilen.

Nach § 61 Abs. 5 VBLS sind im Versorgungskonto I die Aufwendungen und Erträge sowie das Vermögen weiter in die Abrechnungsverbände West und Ost zu unterteilen.

Im Versorgungskonto II werden Ansprüche und Anwartschaften geführt, die auf Beiträgen (§ 66 VBLS) beziehungsweise Gegenwerten (§ 23 Abs. 5 VBLS) beruhen, welche aufgrund der mit Wirkung vom 1. Januar 2001 in Kraft getretenen Satzung neuer Fassung geleistet werden. Da die Gegenwerte bereits Verlustrücklagen und Verwaltungskosten enthalten, diese im

beitragsbezogenen Bereich jedoch erst aus den jährlichen Überschüssen aufgebaut werden müssen, ist das Versorgungskonto II in eine beitragsbezogene beziehungsweise gegenwertsbezogene Kapitaldeckung zu unterteilen.

Auf die freiwillige Versicherung finden ab dem Geschäftsjahr 2005 die Vorschriften des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) für regulierte Pensionskassen entsprechend Anwendung.

Die Erläuterungen des Anhangs beziehen sich grundsätzlich auf den konsolidierten Abschluss. Sofern für die freiwillige Versicherung abweichende Angaben gelten, sind diese jeweils gesondert dargestellt.

Berichterstattung

Um bei der Berichterstattung Klarheit und Übersichtlichkeit zu wahren und zugleich den in der Satzung geltenden Forderungen gerecht zu werden, wird jede Position der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung in Form einer Segmentberichterstattung in Anlehnung an den Deutschen Rechnungslegungsstandard Nr. 3 (DRS 3) in die vorstehend genannten Bereiche untergliedert.

Die Verwaltungskosten werden getrennt nach Personal- und Sachausgaben in Anlehnung an die für die Bundesverwaltung geltenden Grundsätze im Verwaltungskostenhaushalt geführt. Haushaltsvoranschlag, Nachtragshaushalte und Überschreitungen bedürfen der Genehmigung durch das Bundesministerium der Finanzen als Aufsichtsbehörde im Einvernehmen mit der Mehrzahl der an der VBL beteiligten Länder.

Verwaltungskosten

Alle Versicherungsbereiche der VBL werden in einer konsolidierten Bilanz erfasst. Sofern für die freiwillige Versicherung abweichende Angaben gelten, sind diese jeweils gesondert dargestellt. Die VBL arbeitet dabei unter stetiger Anwendung fester Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze. Aufgrund der laut Satzung geforderten Trennung der Bereiche Pflichtversicherung und freiwillige Versicherung werden Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung dieser beiden Bereiche in der Berichterstattung getrennt ausgewiesen.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze.

Das am 29. Mai 2009 in Kraft getretene Gesetz zur Modernisierung des Bilanzrechts, das sogenannte Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (im nachfolgenden „BilMoG“), ist in Bezug auf Ansatz- und Bewertungsvorschriften erstmals auf den Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2010 der Gesellschaft anzuwenden (Art. 66 Abs. 3 Satz 1 EGHGB). Von der Möglichkeit einer vorzeitigen Anwendung (Art. 66 Abs. 3 Satz 6 EGHGB) wurde kein Gebrauch gemacht.

Die Einführung des BilMoG kann in der sogenannten BilMoG-Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 2010 zu Bewertungs- und Ausweisänderungen von Bilanzposten des Vorjahres führen. Eine Anpassung der Vorjahreszahlen im Rahmen der erstmaligen Anwendung ist nach Art. 67 Abs. 8 Satz 2 EGHGB unterblieben.

Erworbene immaterielle Vermögensgegenstände werden mit ihren Anschaffungskosten aktiviert und planmäßig linear abgeschrieben. Als Nutzungsdauer werden in der Regel fünf Jahre zugrunde gelegt.

Grundstücke und Gebäude werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten vermindert um die planmäßigen nutzungsbedingten Abschreibungen angesetzt. Die Abschreibungen werden bei Mietwohnobjekten linear über eine Nutzungsdauer von 50 Jahren, bei (teil-) gewerblich genutzten Anwesen über eine Nutzungsdauer von 40 Jahren und bei Garagen über eine Nutzungsdauer von 20 Jahren vorgenommen.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen werden gem. § 341b HGB wie Anlagevermögen nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

Namensschuldverschreibungen werden nach § 341c HGB zu Nennwerten angesetzt. Agien bzw. Disagien werden in Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und anteilig über die Restlaufzeit aufgelöst.

Zero-Namensschuldverschreibungen werden zu Anschaffungskosten zuzüglich der jeweils aufgrund der kapitalabhängigen Effektivzinsberechnung ermittelten Zinsforderung bewertet.

Zum 31.12.2010 waren keine Investmentanteile dem Anlagevermögen zugeordnet.

Die Investmentanteile sowie Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere werden nach dem strengen Niederstwertprinzip zum Börsenkurswert am Bilanzstichtag, höchstens jedoch zu den ursprünglichen Anschaffungskosten bewertet.

Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen sowie Schuldscheinforderungen und Darlehen werden zu Nennwerten angesetzt. Agien bzw. Disagien werden in Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und anteilig über die Restlaufzeit aufgelöst.

Zero-Schuldscheinforderungen werden zu Anschaffungskosten zuzüglich der jeweils aufgrund der kapitalabhängigen Effektivzinsberechnung ermittelten Zinsforderung bewertet.

Die Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Versicherungsnehmern werden mit ihren Zeitwerten bilanziert.

Forderungen werden zu Nennwerten bilanziert, zweifelhafte Forderungen angemessen wertberichtigt.

Die Bewertung der Betriebs- und Geschäftsausstattung erfolgt zu Anschaffungskosten nach Abzug planmäßiger Abschreibungen. Als Nutzungsdauer werden fünf Jahre zugrunde gelegt. Geringwertige Wirtschaftsgüter (GwG) mit einem Anschaffungswert bis 150,00 EUR werden im Jahr des Zugangs sofort voll abgeschrieben. Für GwG mit einem Anschaffungswert von über 150,00 EUR bis 1.000,00 EUR wird ein entsprechender Sammelposten gebildet. Die Abschreibung erfolgt jeweils zu einem Fünftel im Anschaffungsjahr und in den darauffolgenden vier Wirtschaftsjahren.

Guthaben bei Kreditinstituten werden mit ihren Nennwerten ausgewiesen.

Unter den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten werden noch nicht fällige Zinsforderungen aus Inhaberwertpapieren, Schuldscheinforderungen, Namensschuldverschreibungen und Zins-Swapgeschäften ausgewiesen. Agiobeträge aus Schuldscheinforderungen und Namensschuldverschreibungen werden in Abhängigkeit der jeweiligen Restforderungen auf die Laufzeit verteilt. Des Weiteren werden im Voraus gezahlte Verwaltungskosten abgegrenzt, soweit sie Aufwand für die Folgejahre darstellen.

Verlustrücklagen sind gemäß den Vorschriften der Satzung und der Technischen Geschäftspläne für alle kapitalgedeckten Bereiche zu bilden. Die Ermittlung der Verlustrücklagen zu den Stichtagen erfolgt durch Gutachten der Aktuarer, entsprechend den Satzungsvorschriften und den von der Aufsicht genehmigten Technischen Geschäftsplänen.

Aus den von den Aktuaren für die kapitalgedeckten Bereiche ermittelten Rohüberschüssen werden zunächst entsprechend den versicherungsmathematischen Gutachten die Verlustrücklagen dotiert. Verbleibende Jahresüberschüsse werden in den Bilanzgewinn eingestellt und entsprechend den durch die Gremien im Folgejahr getroffenen Beschlüssen verwendet.

Die Rückstellungen für Pflichtleistungen des Versorgungskontos I entsprechen den Vermögen, die zur Erfüllung der Leistungsverpflichtungen in Abrechnungsverbänden West und Ost zur Verfügung stehen. Sie werden durch Zuführung bzw. Entnahme der Jahresergebnisse im jeweiligen Abrechnungsverband verändert. Der Wert dieser Rückstellungen darf die erforderliche Kapitaldeckung für Ansprüche und Anwartschaften aus den bis 31. Dezember 1977 geleisteten Beiträgen nicht unterschreiten.

Deckungsrückstellungen – einschließlich eines Barwerts für Verwaltungskosten während der Leistungsphase – sind für das kapitalgedeckte „Versorgungskonto II“ der Pflichtversicherung sowie für die freiwillige Versicherung zu bilden. Die Höhe der jeweiligen Deckungsrückstellung ergibt sich aus den von den Aktuaren zu den Stichtagen erstellten versicherungsmathematischen Gutachten.

Rückstellungen für Leistungsverpflichtungen nach § 23 Abs. 2 VBLS aus beendeten Beteiligungen im umlagefinanzierten Versorgungskonto I (Gegenwerte) sowie Rückstellungen für anteilige Leistungsverpflichtungen nach § 22 Abs. 3 Satz 4 VBLS werden anhand versicherungsmathematischer Gutachten gebildet.

Rückstellungen für Leistungen aus übergeleiteten Versicherungen werden gemäß § 2b des Überleitungsabkommens gebildet. Die Rückstellungen werden unter Berücksichtigung einer durchschnittlichen Rentenrestlaufzeit von fünfzehn Jahren bzw. nach versicherungsmathematischen Vorgaben fortgeschrieben.

Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle werden in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme bilanziert. Für zurückzuzahlende Guthaben aus der jährlichen Umlagenabrechnung wird eine Rückstellung in Höhe von 50 Prozent des ermittelten Guthabens betrages bilanziert.

Die Rückstellung für Überschussbeteiligung wird jährlich gemäß Beschluss des Verwaltungsrats aus dem Bilanzgewinn dotiert und steht für Leistungserhöhungen zur Verfügung.

Die sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen enthalten Leistungsverpflichtungen im Zusammenhang mit dem Versicherungsverein der Angestellten der Verwertungsstelle der Reichsmonopolverwaltung für Branntwein.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden auf der Grundlage versicherungsmathematischer Berechnung nach dem Teilwertverfahren unter Berücksichtigung der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Heubeck bewertet. Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank im Januar 2011 veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt (§ 253 Abs. 2 Satz 2 HGB). Dieser Zinssatz beträgt 5,15 %. Bei der Ermittlung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden jährliche Lohn- und Gehaltssteigerungen von 2,5 % und Rentensteigerungen von jährlich 2,5 % zugrunde gelegt.

Für die Verpflichtung, Pensionären in Krankheits- Geburts- und Todesfällen Beihilfen zu gewähren, wurde erstmals im Berichtsjahr eine Rückstellung gebildet. Die Berechnung erfolgte als prozentualer Aufschlag auf die zurückgestellten Pensionsverpflichtungen.

Rückstellungen für Verpflichtungen aus Altersteilzeit werden nach Maßgabe des Blockmodells gebildet. Die Bewertung der Rückstellungen für Altersteilzeit erfolgt unter Zugrundelegung eines Rechnungszinssatzes von 4,07% p.a. und auf der Grundlage der Richttafeln 2005 G von Dr. Klaus Heubeck nach versicherungsmathematischen Grundsätzen. Die Rückstellungen für Altersteilzeit wurden für zum Bilanzstichtag bereits abgeschlossene und zukünftige potenzielle Altersteilzeitvereinbarungen gebildet. Sie enthalten Aufstockungsbeträge und bis zum Bilanzstichtag aufgelaufene Erfüllungsverpflichtungen der Gesellschaft.

Sonstige Rückstellungen für Prozesskosten, rückständigen Urlaub, Überstunden, Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt.

Die Verbindlichkeiten werden mit ihren Erfüllungsbeträgen bewertet.

Unter den passiven Rechnungsabgrenzungsposten werden noch nicht fällige Zinsverbindlichkeiten, Disagioträge aus Schuldscheinforderungen und Namensschuldverschreibungen sowie im Voraus erhaltene Mietzahlungen abgegrenzt, soweit sie Ertrag für die Folgejahre darstellen.

Erläuterungen zu Positionen der Bilanz (Aktiva).

Anlagengitter Entwicklung der Aktivposten A. I.–B. III. zum 31. Dezember 2010	Bilanzwerte Vorjahr	Zugänge	Umbu- chungen	Abgänge	Zuschrei- bungen	Abschrei- bungen	Bilanzwerte Geschäfts- jahr
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
A. I. Immaterielle Vermögensgegenstände	3.865	629	–	–	–	1.291	3.203
B. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	524.373	16.898	–	2.064	–	11.647	527.560
B. II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen							
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	69	–	–	–	–	–	69
2. Beteiligungen	34.105	–	–	–	24.521	–	58.626
Summe B. II.	34.174	–	–	–	24.521	–	58.695
B. III. Sonstige Kapitalanlagen							
1. Aktien, Investmentanteile	6.136.340	9.747.074	–	8.262.345	4.547	20.116	7.605.500
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	180.818	–	–	–	2.799	2.477	181.141
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	107.841	–	–	37.625	–	–	70.216
4. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuldverschreibungen	1.755.297	34.281	–	157.551	–	–	1.632.027
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	2.204.974	15.216	–	89.372	–	–	2.130.818
Summe B. III.	10.385.269	9.796.571	–	8.546.893	7.347	22.593	11.619.701
Insgesamt	10.947.681	9.814.099	–	8.548.957	31.868	35.531	12.209.159

Davon freiwillige Versicherung.

Anlagengitter Entwicklung
der Aktivposten A. I.–B. III.
zum 31. Dezember 2010

	Bilanzwerte Vorjahr	Zugänge	Umbu- chungen	Abgänge	Zuschrei- bungen	Abschrei- bungen	Bilanzwerte Geschäfts- jahr
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
A. I. Immaterielle Vermögensgegenstände	-	-	-	-	-	-	-
B. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	-	-	-	-	-	-	-
B. II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	-	-	-	-	-	-	-
B. III. Sonstige Kapitalanlagen							
1. Aktien, Investmentanteile	301.122	401.261	-	330.599	236	4	372.016
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	-	-	-	-	-	-	-
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	-	-	-	-	-	-	-
4. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuldverschreibungen	175.012	7.083	-	20.334	-	-	161.762
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	38.830	1.943	-	9.881	-	-	30.893
Summe B. III.	514.965	410.287	-	360.813	236	4	564.671
Insgesamt	514.965	410.287	-	360.813	236	4	564.671

Zeitwerte der Kapitalanlagen gemäß §§ 54 und 56 RechVersV.

Die Zeitwerte von Anteilen an verbundenen Unternehmen entsprechen den Anschaffungskosten. Zeitwerte von Beteiligungen, Aktien, Investmentanteile und andere festverzinsliche Wertpapiere werden mit den Börsenwerten zum Bilanzstichtag angesetzt, wobei bei den Beteiligungen ein Abschlag von 10 Prozent vorgenommen wurde. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen sind mit ihrem Nennwert ausgewiesen. Strukturierte Zinsprodukte sowie Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen werden nach anerkannten Bewertungsmodellen wie Discounted Cash Flow, Black-Scholes, Hull-White bewertet.

Zeitwerte (Aktiva B. II., III.)	Zeitwerte 31.12.2010 Tsd. €	Bilanzwerte 31.12.2010 Tsd. €	Saldo 31.12.2010 Tsd. €	Zeitwerte 31.12.2009 Tsd. €	Bilanzwerte 31.12.2009 Tsd. €	Saldo 31.12.2009 Tsd. €
B. II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen						
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	69	69	0	69	69	0
2. Beteiligungen	58.626	58.626	0	34.105	34.105	0
B. III. Sonstige Kapitalanlagen						
1. Aktien, Investmentanteile	11.430.024	7.605.500	3.824.524	8.796.003	6.136.340	2.659.663
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	185.076	181.141	3.935	183.404	180.818	2.586
3. Hypotheken-, Grundschuld und Rentenschuldforderungen	70.216	70.216	0	107.841	107.841	0
4. Sonstige Ausleihungen						
a) Namensschuldverschreibungen	1.808.565	1.632.027	176.538	1.778.455	1.755.297	23.158
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	2.265.648	2.130.818	134.830	2.267.493	2.204.974	62.519
Insgesamt	15.818.224	11.678.396	4.139.828	13.167.370	10.419.443	2.747.927

Davon freiwillige Versicherung	Zeitwerte 31.12.2010 Tsd. €	Bilanzwerte 31.12.2010 Tsd. €	Saldo 31.12.2010 Tsd. €	Zeitwerte 31.12.2009 Tsd. €	Bilanzwerte 31.12.2009 Tsd. €	Saldo 31.12.2009 Tsd. €
B. III. Sonstige Kapitalanlagen						
1. Aktien, Investmentanteile	569.187	372.016	197.172	406.828	301.122	105.706
4. Sonstige Ausleihungen						
a) Namensschuldverschreibungen	156.921	161.762	-4.841	158.038	175.012	-16.974
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	29.230	30.893	-1.663	33.314	38.830	-5.516
Summe der in die Überschussbeteiligung einzubeziehenden Kapitalanlagen	755.338	564.671	190.667	598.180	514.965	83.215

Die Gesamtsumme der Anschaffungskosten der in die Überschussbeteiligung einzubeziehenden Kapitalanlagen beträgt 534.437 Tsd. € (Vorjahr: 487.975 Tsd. €).

Bewertungsreserven der zum Anschaffungswert bzw. zum Nennwert ausgewiesenen Kapitalanlagen:

Sonstige Ausleihungen	Stille Reserven		Stille Lasten		Bewertungsreserven saldiert	
	31.12.2010 Tsd. €	31.12.2009 Tsd. €	31.12.2010 Tsd. €	31.12.2009 Tsd. €	31.12.2010 Tsd. €	31.12.2009 Tsd. €
Namenschuldverschreibungen	218.948	111.026	42.411	87.868	+176.538	+23.158
Schuldscheinforderungen und Darlehen	179.984	120.225	45.154	57.705	+134.830	+62.520

Davon freiwillige Versicherung	Stille Reserven		Stille Lasten		Bewertungsreserven saldiert	
	31.12.2010 Tsd. €	31.12.2009 Tsd. €	31.12.2010 Tsd. €	31.12.2009 Tsd. €	31.12.2010 Tsd. €	31.12.2009 Tsd. €
Namenschuldverschreibungen	1.675	75	6.516	17.049	-4.841	-16.974
Schuldscheinforderungen und Darlehen	0	0	1.663	5.516	-1.663	-5.516

Anlagengitter Entwicklung der Aktivposten C. zum 31. Dezember 2010	Bilanzwerte Vorjahr	Zugänge	Umbu- chungen	Abgänge	Zuschrei- bungen	Abschrei- bungen	Bilanzwerte Geschäfts- jahr
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
C. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Versicherungsnehmern							
1. Aktienfonds	11.165	2.439	-	472	1.305	-	14.437
2. Rentenfonds	2.899	870	-	16	46	-	3.799
Insgesamt	14.064	3.309	-	488	1.351	-	18.236

Immaterielle Vermögensgegenstände

Bei den immateriellen Vermögensgegenständen handelt es sich um käuflich erworbene Software-Produkte für die im Hause eingesetzte Informationstechnologie. Im Berichtsjahr wurden Programmergänzungen und zusätzliche Lizenzen im Rahmen der informationstechnischen Neuausrichtung beschafft.

Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten

Von dem Zugang in Höhe von 16.898 Tsd. Euro entfallen 15.678 Tsd. Euro auf Wohn- und andere Bauten und 1.158 Tsd. Euro auf unfertige Bauten; 62 Tsd. Euro entfallen auf die Verwaltungsgebäude. Bei den Geschäftsbauten handelt es sich um eigengenutzte Verwaltungsgebäude der VBL.

Zusammensetzung	31.12.2010	31.12.2009
	Tsd. €	Tsd. €
Geschäftsbauten	9.501	9.949
Wohn- und andere Bauten	511.356	434.470
Unfertige Bauten	6.703	79.954
	527.560	524.373

Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Anteile an verbundenen Unternehmen umfassen Beteiligungen an den Servicegesellschaften KaServ GmbH, ppp4its GmbH sowie IT-Additional-Services GmbH. Der Ansatz erfolgte jeweils mit den Anschaffungskosten der Gesellschaftsanteile.

Auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses und Konzernlageberichts wurde nach § 290 HGB i. V. m. § 296 Abs. 2 HGB verzichtet.

Anteilsverzeichnis Firma	Anteil %	Eigenkapital 31.12.2010	Jahresergebnis 2010
		Tsd. €	Tsd. €
KaServ GmbH, Karlsruhe	100	594	+490
IT-Additional-Services GmbH, Karlsruhe	100	158	+85
ppp4its GmbH, Karlsruhe	75	61	+58

Beteiligungen

Die Beteiligungen umfassen eine Beteiligung an der DEPFA Beteiligungs-Holding II GmbH sowie einer Beteiligung an der DEPFA-Beteiligungs-Holding III GmbH. Über beide Beteiligungen ist die VBL über weitere Holding-Gesellschaften mittelbar an der Aareal-Bank AG beteiligt. Aufgrund der weiteren Erholung des Börsenkurses der Aareal-Bank Aktien ergab sich zum 31.12.2010 eine Zuschreibung von 24,5 Mio. Euro bei den Beteiligungen.

Aktien befanden sich zum Bilanzstichtag nicht im Direktbestand. Bei den Investmentanteilen handelt es sich um Anteile an Publikums- sowie um Anteile an Spezialfonds in Form von Immobilienfonds (Grundstücksfonds) und Wertpapierfonds. Der Buchwert der Investmentanteile beläuft sich auf 7.605.499,7 Tsd. Euro. Die Bewertung zum Stichtagskurs am 31.12.2010 führte insgesamt zu einer Abschreibung von 20.116,4 Tsd. Euro.

Aktien, Investmentanteile

Die Investitionen untergliedern sich nach folgenden Anlagezielen:

Fondskategorie und Anlageschwerpunkt	Buchwert Mio. €	Marktwert Mio. €	Differenz Mio. €	Ausschüt- tungen Tsd. €
A Grundstücksfonds				
Immobilienfonds Das Investment besteht im Wesentlichen aus Grundstücken und Gebäuden.	179	179	0	718
B Wertpapierfonds				
Aktienfonds Das Anlageuniversum der Aktienfondsanlagen orientiert sich an den etablierten Aktienmärkten. Die Fonds profitieren damit von internationalen Renditechancen, mindert jedoch gleichzeitig das Anlagerisiko durch eine breite internationale Streuung.	880	1.239	+359	70.207
Rentenfonds Im Rahmen der Rentenfondsanlagen investieren die Fondsmanager in Anlehnung an international ausgerichtete Rentenindizes. Die Anlage erfolgt somit vorzugsweise in festverzinsliche Zinsträger guter bis sehr guter Bonität.	1.910	2.243	+333	127.020
Mischfonds Die Mischfondsanlagen der VBL dienen, ausgehend vom Rentenbestand in der Direktanlage, der Diversifikation in andere Asset-Klassen. Diese sind als Absolute-Return-Produkte ausgestaltet und haben für den Manager das Ziel, eine vereinbarte Benchmark unter Einhaltung von Risikovorgaben zu übertreffen.	4.626	7.859	+3.133	370.513
Hedgefonds Die als diversifizierte Dach-Hedgefonds ausgestalteten Hedgefonds-Investitionen der VBL dienen vorrangig dem Zugang zu zukünftigen Investmentopportunitäten.	10	10	0	-

Beschränkungen in der Möglichkeit der täglichen Rückgabe:

Bei den Immobilienfonds unterliegt ein Investment mit einem Buch- und Marktwert von 102 Mio. EUR einer Rückzahlungsbeschränkung von bis zu 2 Jahren nach Kündigung.

Zwei weitere Immobilienfonds mit Buch- und Marktwerten von 23 Mio. EUR unterliegen einer Rückgabefrist von 30 Tagen.

Die Hedgefondsanteile unterliegen einer beschränkten Rückgabemöglichkeit von maximal 30 Tagen nach vorheriger Anzeige.

Bei allen übrigen Investmentanteilen besteht die Möglichkeit einer täglichen Rückgabe.

Der Buchwert in der freiwilligen Versicherung beträgt 372.015,9 Tsd. Euro; der anteilige Abschreibungsbedarf betrug 4,0 Tsd. Euro.

Untergliederung nach Anlagezielen:

Fondskategorie und Anlageschwerpunkt	Buchwert Mio. €	Marktwert Mio. €	Differenz Mio. €	Ausschüt- tungen Tsd. €
Immobilienfonds	3	3	0	667
Aktienfonds	13	13	0	–
Rentenfonds	106	140	+34	–
Mischfonds	250	413	+163	40.000

Die Anlageschwerpunkte in der freiwilligen Versicherung entsprechen den Beschreibungen zum Gesamtbestand der Investmentanteile.

Die Rückgabefrist der Immobilienfondsanteile beträgt 30 Tage. Bei allen übrigen Investmentanteilen besteht die Möglichkeit einer täglichen Rückgabe.

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Die zum Börsenkurs am 31.12.2010 bewerteten festverzinslichen Wertpapiere ergaben einen Buchwert von 181.140,6 Tsd. Euro. Die Bewertung führte zu Abschreibungen in Höhe von 2,5 Mio. Euro sowie zu Zuschreibungen in Höhe von 2,8 Mio. Euro. Der Nominalwert der Wertpapiere lautet auf 192.800 Tsd. Euro.

Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen

Zur Finanzierung von Wohngebäuden und sozialen Einrichtungen wurden an Beteiligte der VBL sowie an Versicherte erstrangige, durch Grundpfandrechte abgesicherte Darlehen vergeben. Die Darlehen an Versicherte werden treuhänderisch von der Postbank AG verwaltet. Die Buchwerte entsprechen den fortgeschriebenen Restforderungen.

Sonstige Ausleihungen

Namenschuldverschreibungen und Schuldscheinforderungen wurden zu Nennwerten bilanziert. Agien bzw. Disagien werden in Höhe von 1.178,8 Tsd. Euro bzw. 4.219,4 Tsd. Euro unter den Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen.

Zusammensetzung	31.12.2010	31.12.2009
	Tsd. €	Tsd. €
Namenschuldverschreibungen	1.632.027	1.755.297
Schuldscheinforderungen und Darlehen	2.130.818	2.204.974
	3.762.845	3.960.271

Davon freiwillige Versicherung	31.12.2010	31.12.2009
	Tsd. €	Tsd. €
Namenschuldverschreibungen	161.762	175.012
Schuldscheinforderungen und Darlehen	30.893	38.830
	192.655	213.842

Der Ausweis umfasst Kapitalanlagen der Versicherten der freiwilligen fondsgebundenen Rentenversicherung. Im Bestand befinden sich 100.758,185 Anteile an Aktienfonds in Höhe von 14.436,8 Tsd. Euro und 28.345,866 Anteile an Rentenfonds in Höhe von 3.799,5 Tsd. Euro. Die Bewertung erfolgte jeweils zum Zeitwert.

Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Versicherungsnehmern

Zusammensetzung	31.12.2010	31.12.2009
	Tsd. €	Tsd. €
Umlageforderungen aus der Pflichtversicherung	40.695	53.115
Forderungen aufgrund von Überleitungen	96	92
Forderungen aufgrund von Gegenwerten	513.471	521.863
Forderungen nach § 2b des Überleitungsabkommens	-	2
Rentenzahlungsvorschüsse	324.233	320.333
Sonstige Forderungen	1.054	145
	879.549	895.550

Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft

Davon freiwillige Versicherung	31.12.2010	31.12.2009
	Tsd. €	Tsd. €
Rentenzahlungsvorschüsse	-	-
Sonstige Forderungen	-	-
	-	-

Wegen Insolvenz uneinbringliche Forderungen aus Gegenwerten wurden in Höhe von 31,7 Mio. Euro (Vorjahr 13,4 Mio Euro) wertberichtigt.

Die Forderungen aus Rentenvorschüssen betreffen die für den Monat Januar 2011 gezahlten Leistungen.

Die Laufzeiten der Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft liegen durchweg unter einem Jahr.

Sonstige Forderungen

Zusammensetzung	31.12.2010	31.12.2009
	Tsd. €	Tsd. €
Erstattung Kapitalertragsteuer	232	232
Fällige Forderungen aus der Ausschüttung auf Fondsvermögen	7.203	393
Fällige Zins- und Tilgungsforderungen an Banken	2.244	3.923
Fällige Mietforderungen	2.429	2.554
Personaldarlehen für Wohnraumbeschaffung	47	64
Personalvorschüsse	152	139
Erstattungsansprüche aus Versicherungen	519	276
Verschiedenes	11.122	17.101
	23.948	24.683

Davon freiwillige Versicherung	31.12.2010	31.12.2009
	Tsd. €	Tsd. €
Fällige Forderungen aus der Ausschüttung auf Fondsvermögen	2	4
	2	4

Erstattungsansprüche für Kapitalertragsteuer resultieren aus den Ansprüchen ausländischer Quellensteuer-Rückerstattungen.

Fällige Zins und Tilgungsforderungen an Banken resultieren aus endfälligen Darlehensforderungen sowie aus Zinsforderungen fremd verwalteter Hypothekendarlehen.

Rückständige Mietforderungen in Höhe von 2.489,2 Tsd. Euro wurden um 996,0 Tsd. Euro pauschal wertberichtigt.

Bei den Personaldarlehen handelt es sich um Grundschildforderungen mit einem Zinssatz von 4,5 Prozent; die vereinbarten Laufzeiten betragen durchschnittlich 25 Jahre.

Die Personalvorschüsse enthalten vorfinanzierte Job-Tickets, die im Folgejahr ratierlich einbehalten werden sowie im Voraus bezahlte Bezüge.

Die Erstattungsansprüche aus Versicherungen beinhalten Forderungen noch nicht abgerechneter Gebäudeschäden an vermieteten Immobilien.

Die Position Verschiedenes enthält im Wesentlichen Forderungen noch nicht ausgekehrter Tilgungen fremd verwalteter Hypothekendarlehen.

Die Laufzeiten der übrigen sonstigen Forderungen betragen durchweg weniger als 1 Jahr.

Der Ausweis umfasst die beweglichen Vermögens- und Einrichtungsgegenstände des Verwaltungsbetriebs und der Mietimmobilien. Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Außerdem enthält die Position den in den vermieteten Objekten vorhandenen Bestand an Heizöl. Die Bewertung erfolgt zum Niederstwertprinzip.

Sachanlagen und Vorräte

Zusammensetzung	31.12.2010	31.12.2009
	Tsd. €	Tsd. €
Laufende Konten	211.628	276.256
Geldmarktkonten	3.017.863	2.824.837
	3.229.491	3.101.093

Laufende Guthaben bei Kreditinstituten

Davon freiwillige Versicherung	31.12.2010	31.12.2009
	Tsd. €	Tsd. €
Laufende Konten	5.155	4.471
Geldmarktkonten	304.470	148.773
	309.625	153.244

Die Position Laufende Guthaben bei Kreditinstituten enthält kurzfristige Gelder in Höhe von 3.017,9 Tsd. Euro, die auf höherverzinslichen Geldmarktkonten mit täglicher Fälligkeit angelegt wurden.

Abgegrenzte Zinsen und Mieten

Zusammensetzung	31.12.2010	31.12.2009
	Tsd. €	Tsd. €
Noch nicht fällige anteilige Zinsen aus Kapitalanlagen	72.997	72.302
Noch nicht durchgeführte Betriebskostenabrechnungen aus dem Grundstücksbereich	944	774
	73.941	73.076

Davon freiwillige Versicherung	31.12.2010	31.12.2009
	Tsd. €	Tsd. €
Noch nicht fällige anteilige Zinsen aus Kapitalanlagen	271	258
	271	258

Noch nicht fällige anteilige Zinsen aus festverzinslichen Wertpapieren, Zinsswaps, Schuldscheindarlehen und Namensschuldverschreibungen wurden anteilig abgegrenzt.

Sonstige
Rechnungsabgrenzungsposten

Bei den sonstigen Rechnungsabgrenzungsposten handelt es sich um mit Aufschlägen angeschaffte Namensschuldverschreibungen und Schuldscheinforderungen in Höhe von 1.178,8 Tsd. Euro sowie um im Voraus zu begleichende Verbindlichkeiten des Verwaltungskostenhaushalts.

Erläuterungen zu Positionen der Bilanz (Passiva).

In den kapitalgedeckten Bereichen des „Versorgungskontos II“ und der „Freiwilligen Versicherung“ sind gemäß VBL-Satzung Verlustrücklagen in Höhe von 10 Prozent der Deckungsrückstellung zu bilden. Die Veränderung der Rücklagen erfolgt durch Beschluss der Vertretungsorgane auf der Grundlage von Gutachten und Vorschlägen der Aktuarien aus den jährlichen Überschüssen. Im Versorgungskonto II wird die Verlustrücklage außerdem im Rahmen der Berechnung von Gegenwertforderungen bei Ausscheiden von Beteiligten aus der VBL erhöht. Im Geschäftsjahr 2010 ergab sich durch die Rückabwicklung von vorläufigen Gegenwertzahlungen insgesamt eine Auflösung in Höhe von 3.811 Tsd. Euro.

Rücklagen – Verlustrücklage

Entwicklung der Verlustrücklage	VBLextra	VBLdynamik	Freiwillige Versicherung Gesamt	Abrechnungsverband Gegenwerte	Abrechnungsverband Beitrag	Versorgungskonto II Summe	VBL Gesamt
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
Stand 31.12.2009	39.417	1.958	41.374	262.091	51.384	313.475	354.850
Entnahmen 2010							
Zuführungen 2010	15.669	1.463	17.132	-3.811	25.595	21.784	38.916
Stand 31.12.2010	55.086	3.421	58.506	258.280	76.979	335.259	393.766

Der Bilanzgewinn des Jahres 2009 der kapitalgedeckten Abrechnungsverbände wurde gemäß Verwaltungsratsbeschluss vom 26. November 2010 wie folgt verwendet:

Rücklagen – Bilanzgewinn

Im Abrechnungsverband Gegenwerte wurde der Bilanzgewinn in Höhe von 20.284,9 Tsd. Euro vollständig der Rückstellung für Überschussbeteiligung zugeführt.

Der Bilanzgewinn des Abrechnungsverbands Beitrag wurde in Höhe von 500 Tsd. Euro der Rückstellung für Überschussbeteiligung und in Höhe von 14.436,3 Tsd. Euro der Verlustrücklage zugeführt.

Der Bilanzgewinn des Abrechnungsverbandes **VBLextra** der freiwilligen Versicherung wurde in Höhe von 3.857,5 Tsd. Euro in die Verlustrücklage und in Höhe von 7.356,6 Tsd. Euro in die Rückstellung für Überschussbeteiligung eingestellt.

Im Abrechnungsverband **VBLdynamik** der freiwilligen Versicherung wurde der Bilanzgewinn in Höhe von 462,8 Tsd. Euro vollständig der Verlustrücklage zugeführt.

Aus den Jahresergebnissen 2010 der kapitalgedeckten Abrechnungsverbände wurden im Abrechnungsverband Beitrag 12.021,1 Tsd. Euro und in der freiwilligen Versicherung **VBL**extra 11.811,6 Tsd. Euro bzw. **VBL**dynamik 640,6 Tsd. Euro dem Bilanzgewinn zugeführt.

Aufgrund der zusätzlichen Stärkung der Deckungsrückstellung im Abrechnungsverband Gegenwerte ergab sich hier ein Bilanzverlust in Höhe von 6.257,7 Tsd. Euro.

Rückstellungen für Pflichtleistungen des Versorgungskontos I

Die Rückstellung im umlagefinanzierten Bereich der Pflichtversicherung (Versorgungskonto I) ergibt sich aus der Differenz zwischen tatsächlich vorhandenen Vermögenswerten und den übrigen nicht auf künftigen Rentenleistungen beruhenden Verbindlichkeiten. Die Rückstellung muss gemäß § 61 Abs. 2 VBLS mindestens dem Deckungskapital für Ansprüche und Anwartschaften entsprechen, soweit diese auf den bis Dezember 1977 geleisteten Beiträgen beruhen.

Durch die Rückführung von Deckungsvermögen aus dem Versorgungskonto II erhöhte sich die Rückstellung für Pflichtleistungen um 2.195,1 Tsd. Euro.

Die Jahresergebnisse der Abrechnungsverbände West und Ost erhöhten die Rückstellungen für Pflichtleistungen im Abrechnungsverband West um 426,3 Mio. Euro und im Abrechnungsverband Ost um 151,3 Mio. Euro auf 7.659,7 Mio. Euro bzw. 2.052,4 Mio. Euro.

Zusammensetzung	31.12.2010	31.12.2009
	Tsd. €	Tsd. €
Stand am Ende des Vorjahres	9.131.923	8.620.345
Rückführung aus / Übertrag auf Versorgungskonto II	2.687	-137
Zuweisung aus dem Überschuss	577.581	511.714
Stand am Ende des Geschäftsjahres	9.712.191	9.131.923

Deckungsrückstellung

Im Berichtsjahr war die Deckungsrückstellung im Versorgungskonto II Abrechnungsverband Gegenwerte unter Berücksichtigung von unterjährigen Veränderungen aus in Rechnung gestellten sowie aus der Rückabwicklung von Gegenwertforderungen gemäß versicherungstechnischer Bilanz zum 31. Dezember 2010 um 10,6 Mio. Euro auf 2.435,7 Mio. Euro zu reduzieren. Im Abrechnungsverband Beitrag erfolgte gemäß versicherungstechnischer Bilanz eine Erhöhung um 534,4 Euro auf 1.655,0 Mio. Euro.

Im Versicherungsbereich **VBL**extra erhöhte sich die Deckungsrückstellung um 176,7 Mio. Euro auf 753,4 Mio. Euro und im Bereich **VBL**dynamik um 7,2 Mio. Euro auf 35,0 Mio. Euro.

Die Deckungsrückstellungen in den kapitalgedeckten Abrechnungsverbänden Gegenwerte und Beitrag der Pflichtversicherung sowie für die Versicherungsbereiche der fondsgebundenen Rentenversicherung **VBL**dynamik und des Punktemodells **VBL**extra der freiwilligen Versicherung werden auf der Grundlage der von der Aufsichtsbehörde genehmigten Technischen Geschäftspläne getrennt und für alle Versicherten und Rentner individuell berechnet. Innerhalb jedes Versicherungsbereiches der freiwilligen Versicherung wird wiederum für den Tarif AVB01 und für den ab 1. Januar 2004 eingeführten Tarif AVB02 getrennt gerechnet. Als biometrische Rechnungsgrundlagen werden grundsätzlich die Richttafeln 1998 von Klaus Heubeck mit einem Pensionierungsalter von 65 Jahren verwendet.

Eine im Jahr 2009 durchgeführte Analyse der biometrischen Risikoverhältnisse hat gezeigt, dass die geschäftsplanmäßigen biometrischen Rechnungsgrundlagen „Richttafeln 1998“ die tatsächlichen Risikoverhältnisse bei der VBL nicht mehr zutreffend abbilden. Infolgedessen sind im Jahr 2010 die VBL-spezifischen biometrischen Rechnungsgrundlagen „VBL2010 P“ entwickelt worden. Werden diese bei der Berechnung der Deckungsrückstellungen verwendet, ergibt sich gegenüber der Ermittlung auf Basis der „Richttafeln 1998“ jeweils ein Aufstockungsbedarf.

Im Rahmen eines schrittweisen Übergangs auf die VBL-spezifischen biometrischen Rechnungsgrundlagen „VBL2010 P“ wurde im Jahresabschluss der kapitalgedeckten Abrechnungsverbände Gegenwerte und Beiträge sowie in der freiwilligen Versicherung **VBL**extra eine Stärkung der Deckungsrückstellungen um ein Drittel des jeweiligen Aufstockungsbedarfs vorgenommen.

Im kapitalgedeckten Abrechnungsverband Gegenwerte des Versorgungskontos II wird bei der Berechnung der Netto-Deckungsrückstellung als Rechnungszins zur Ermittlung der Renten- und Anwartschaftsbarwerte während der Anwartschaftsphase 3,25 Prozent und während des Rentenbezuges 5,25 Prozent zugrunde gelegt. Als künftige jährliche Erhöhung der Betriebsrenten wird der Anpassungssatz nach § 39 VBLS berücksichtigt. Die Verwaltungskostenrückstellung beträgt 2,2 Prozent der Netto-Deckungsrückstellung.

Im kapitalgedeckten Abrechnungsverband Beitrag wird der Rechnungszins bei der Ermittlung der Netto-Deckungsrückstellung in Höhe von 3,25 Prozent beziehungsweise 5,25 Prozent für die Zeit vor beziehungsweise nach Eintritt des Versorgungsfalles angesetzt. Die in § 39 VBLS vorgesehene jährliche Anpassung der laufenden Renten ist implizit bei der Festsetzung des Rechnungszinses für die Zeit nach Eintritt des Versorgungsfalles bereits berücksichtigt worden. Demzufolge ergibt sich ab Eintritt des Versorgungsfalles eine erforderliche Verzinsung von rund 6,3 Prozent jährlich. Die Verwaltungskostenrückstellung beträgt 1 Prozent der Netto-Deckungsrückstellung.

Die Deckungsrückstellung für die Altersvorsorgezulagen im Abrechnungsverband Beitrag wird zu den Bedingungen des Tarifs AVB02 der **VBL**extra berechnet.

Im Versicherungsbereich **VBL**extra der freiwilligen Versicherung wird im Tarif AVB01 und im Tarif AVB02 die Berechnung der Deckungsrückstellung für alle Versicherten und für alle Rentner einzelvertraglich nach der prospektiven Methode unter Berücksichtigung der zukünftigen Verwaltungskosten durchgeführt.

Als Netto-Deckungsrückstellung gilt im Tarif AVB01 der größere der nach den folgenden zwei Ansätzen sich ergebende Wert:

Ansatz A: Der Rechnungszins beträgt 3,25 Prozent für die gesamte Dauer der Versicherung. Die Dynamisierung der laufenden Renten ab Rentenbeginn um 1 Prozent pro Jahr wird berücksichtigt. Einbezogen werden die garantierten Leistungen von 75 Prozent der nach den Satzungsvorschriften ermittelten Gesamtleistungen.

Ansatz B: Der Rechnungszins beträgt 3,25 Prozent beziehungsweise 5,25 Prozent für die Zeit vor beziehungsweise nach Eintritt des Versorgungsfalles. Bewertet werden 100 Prozent der nach den Satzungsvorschriften ermittelten Gesamtleistungen. Künftige Erhöhungen der laufenden Renten bleiben dabei unberücksichtigt. Im Tarif AVB02 beträgt der Rechnungszins für die Zeit vor und für die Zeit nach Eintritt des Versorgungsfalles 2,75 Prozent.

Zur Deckung der Verwaltungskosten und für die Dotierung der Verwaltungskostenrückstellung sind in beiden Tarifen 2 Prozent der Bruttobeiträge vorgesehen. Die Verwaltungskostenrückstellung beträgt 1 Prozent der Deckungsrückstellung für Renten und Anwartschaften der Anwärter.

Im Versicherungsbereich der fondsgebundenen Rentenversicherung **VBL** dynamik erfolgt die Ermittlung der Garantie-Deckungsrückstellung einzelvertraglich nach der retrospektiven Methode aus den eingezahlten Beiträgen. Für den Tarif AVB01 wird die Berechnung der Garantie-Deckungsrückstellung mit einem Rechnungszins von 3,25 Prozent durchgeführt, für den Tarif AVB02 wird mit einem Rechnungszins von 2,75 Prozent gerechnet. Zur Deckung der Verwaltungskosten und für die Dotierung der Verwaltungskostenrückstellung sind 3 Prozent der Bruttobeiträge vorgesehen. Die Verwaltungskostenrückstellung bis zum Rentenbeginn wird einzelvertraglich aus den eingezahlten Beiträgen berechnet.

Für Gegenwerte von bis zum 31. Dezember 2001 ausgeschiedenen Beteiligten, die nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt wurden, waren im Versorgungskonto I Rückstellungen zu bilden und fortzuschreiben.

Rückstellung für Gegenwerte
und Ausgleichsbeträge

Hatte eine andere Zusatzversorgungskasse Versicherte der VBL unter den Voraussetzungen des §2b des Überleitungsabkommens übernommen, hatte die übernehmende Zusatzversorgungskasse einen Ausgleichsbetrag für die bei der VBL verbliebenen Rentenlasten zu entrichten. Diese Ausgleichsbeträge wurden im Versorgungskonto I als Rückstellung eingestellt und werden dort jährlich ergebniswirksam aufgelöst.

Nach § 22 Abs. 3 Satz 3 VBLS zur Abwendung einer Kündigung, nach § 22 Abs. 3 Satz 4 VBLS zu berechnende anteilige Gegenwerte sowie nicht vollständig einbringliche Gegenwerte sind im Versorgungskonto I in eine Rückstellung einzustellen und jährlich nach versicherungsmathematischer Fortschreibung aufzulösen.

Für am Bilanzstichtag unerledigte Leistungsanträge ist eine Rückstellung von durchschnittlich 4 Monatsrenten in Höhe von 10.649,6 Tsd. Euro zu bilden.

Rückstellung für noch nicht
abgewickelte Versicherungsfälle

Der Anteil der freiwilligen Versicherung beträgt 49,6 Tsd. Euro.

Rückstellung für Beitragserstattungen und Rückzahlungen von Umlage und Beiträgen

Für eventuell zurückzuzahlende Umlagen und Beiträge ist eine Rückstellung in Höhe von 65,3 Mio. Euro zu bilden. Bemessungsgrundlage bildet der aufgrund der Jahresrechnung entstandene durchschnittliche Rückzahlungsbetrag der letzten fünf Jahre; die Rückstellung wurde mit 50 Prozent dieses Wertes angesetzt.

Für Beitragserstattungen ist eine weitere Rückstellung in Höhe von 1,4 Mio. Euro unter Berücksichtigung der Anfang 2011 für das Vorjahr gezahlten Aufwendungen zu bilden.

Rückstellung für Überschussbeteiligung

Die Rückstellung für Überschussbeteiligung dient der Verbesserung oder Erhöhung von Leistungen. Sie wird auf Vorschlag der Aktuare aus dem Bilanzgewinn dotiert. Über ihre Verwendung entscheiden Vorstand und Verwaltungsrat auf weiteren Vorschlag der Aktuare.

	VBLextra	VBLdynamik	Freiwillige Versiche- rung Gesamt	Abrech- nungs- verband Gegenwerte	Abrech- nungs- verband Beitrag	Vorsor- gungs- konto II Summe	VBL Gesamt
	€	€	€	€	€	€	€
Bilanzwerte 31.12. 2009	6.525.963	424.504	6.950.467	25.369.394	5.188.786	30.558.180	37.508.647
Entnahmen 2010							
Erhöhung Deckungs- rückstellung durch Bonuspunkte	-	-	-	-	-	-	-
Auszahlungen für Gewinnzuschläge	29.020	-	29.020	-	31.597	31.597	60.617
Gutgeschriebene Überschussanteile	519.616	6.702	526.318	-	-	-	526.318
Summe Entnahmen 2010	548.636	6.702	555.338	-	31.597	31.597	586.935
Zuführungen 2010							
Aus Überschuss des Geschäftsjahres	-	-	-	-	-	-	-
Aus Bilanzgewinn Vorjahre	7.356.569	-	7.356.569	20.284.881	500.000	20.784.881	28.141.450
Summe Zuführungen 2010	7.356.569	-	7.356.569	20.284.881	500.000	20.784.881	28.141.450
Bilanzwerte 31.12. 2010	13.333.896	417.802	13.751.698	45.654.275	5.657.188	51.311.463	65.063.161
§ 28 VIII 2. a) RechVersV für Gewinnzuschläge bis zum 31.12.2012 gebunden	330.000	-	330.000	-	350.000	350.000	680.000
§ 28 VIII 2. h) RechVersV ungebundener Teil RfB	13.003.896	417.802	13.421.698	45.654.275	5.307.188	50.961.463	64.383.162

Das zum 1. September 1994 vom Versicherungsverein der Angestellten der Verwertungsstelle der Reichsmonopolverwaltung für Branntwein übernommene Vermögen zur Erfüllung der zugleich übernommenen Leistungsverpflichtungen wird unter Berücksichtigung der erbrachten Leistungen verzinst und entsprechend fortgeschrieben. Nach Aufzehrung des Vermögens erstattet die Bundesrepublik Deutschland die verauslagten Leistungen einschließlich der Verwaltungskosten. Zum Bilanzstichtag ergab sich ein Rückstellungsbedarf von 42,2 Tsd. Euro (Vorjahr: 250,2 Tsd. Euro).

Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen

Die Deckungsrückstellung der fondsgebundenen Rentenversicherung in der freiwilligen Versicherung wird nach der retrospektiven Methode aus den Fondsanteilen der einzelnen Versicherungen ermittelt. Die Fondsanteile werden zum Zeitwert am Bilanzstichtag bewertet.

Versicherungstechnische Rückstellungen soweit Anlagerisiko bei Versicherungsnehmern

Die Rückstellung wird gebildet für Pensionsanswartschaften von Vorstandsmitgliedern und von zur Dienstleistung bei der VBL beurlaubten Beamten sowie für Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen, die durch frühere Dienstverhältnisse von zur VBL beurlaubten Beamten begründet sind. Die Bewertung erfolgt nach dem Teilwertverfahren unter Anwendung der Richttafeln 2005 G der Firma Heubeck AG. Ab dem Geschäftsjahr 2010 wurden erstmalig die Vorschriften des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes angewandt. Als Einkommens- und Rententrend wurden 2,50 Prozent zugrunde gelegt. Die Abzinsung wurde mit dem von der Bundesbank veröffentlichten Marktzinssatz (5,15 Prozent) bei einer Restlaufzeit von 15 Jahren vorgenommen. Die Neubewertung der Rückstellung zum 01.01.2010 führte zu einem außerordentlichen Aufwand in Höhe von 1.089,2 Tsd. Euro auf einen Rückstellungswert von 5.861,4 Tsd. Euro.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Folgebewertung zum 31.12.2010 führte zu einer weiteren Erhöhung der Rückstellung um 238,0 Tsd. Euro.

Im Berichtsjahr wurde erstmals eine Rückstellung für die Verpflichtung zur Gewährung von Beihilfen an (zukünftige) Pensionäre gebildet. Die Berechnung wurde aus den an Versorgungsempfänger gezahlten Beihilfen im Verhältnis zu den Versorgungsbezügen abgeleitet. Die Berechnung ergab einen Rückstellungsbedarf in Höhe von 713,6 Tsd. Euro.

Sonstige Rückstellungen

Die Rückstellungen für Überstunden, Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses sowie aus Altersteilzeit und Jubiläum waren im Berichtsjahr zu erhöhen, während die Rückstellung für rückständige Urlaubsverpflichtungen und noch nicht verteilte Leistungszulagen jeweils zu niedrigeren Ansätzen führten.

Verbindlichkeiten aus dem Versicherungsgeschäft

Zusammensetzung	31.12.2010	31.12.2009
	Tsd. €	Tsd. €
Rückzahlung von Umlage und Beiträgen	3.491	2.071
Im Voraus erhaltene Umlage und Beiträge	283	403
Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit Versicherungsfällen	223	82
	3.997	2.556

Davon freiwillige Versicherung	31.12.2010	31.12.2009
	Tsd. €	Tsd. €
Rückzahlung von Umlage und Beiträgen	132	154
	132	154

Umlagen- und Sanierungsgeldguthaben aus der Jahresrechnung 2009 sind auf Anforderung der beteiligten Arbeitgeber in Höhe von 3,5 Mio. Euro zurückzuzahlen.

Im Voraus für das Abrechnungsjahr 2011 erhaltene Umlagenzahlungen waren mit 282,9 Tsd. Euro abzugrenzen.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Zur Finanzierung von Finanzanlagen wurden Repo-Kredite in Höhe von 102.186 Tsd. Euro aufgenommen. Daraus resultierende Zinsverbindlichkeiten wurden mit 6.502 Tsd. Euro abgegrenzt. Die Rückzahlung erfolgt aus satzungsmäßigen Beitragszahlungen.

Sonstige Verbindlichkeiten

Zusammensetzung	31.12.2010	31.12.2009
	Tsd. €	Tsd. €
Langfristige Baudarlehen	39	47
Aufwendungsdarlehen	864	1.037
Mieterkautionen und -darlehen	14	14
Bebauung von Grundstücken	62	10
Instandhaltung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Grundstücken	4.166	3.823
Nebenkostenvorauszahlungen aus Vermietungen	1.343	1.185
Sicherheiten für Gewährleistungen	123	131
Im Voraus erhaltene Zins- und Tilgungsleistungen	298	365
Verbindlichkeiten aus der freiwilligen Versicherung	877	886
Verschiedenes	53.670	19.038
	61.456	26.536

Davon freiwillige Versicherung	31.12.2010	31.12.2009
	Tsd. €	Tsd. €
Verbindlichkeiten für nicht zuordenbare Beitrags- und Zulagezahlungen	877	1.045
zuzüglich: Verbindlichkeiten für zu erstattende Verwaltungskosten	–	2.231
	877	3.276

Bei den langfristigen Baudarlehen handelt es sich um zinsverbilligte öffentliche Mittel, die im Rahmen von Grundstücksankäufen übernommen wurden.

Im Rahmen des Wohnungsbauprogramms wurde der VBL außerdem ein Aufwendungsdarlehen nach dem Regionalprogramm des Bundes in Höhe von ursprünglich 2.935 Tsd. Euro gewährt; der derzeitige Stand der Verbindlichkeit beträgt 864 Tsd. Euro.

Die Position „Verschiedenes“ enthält Verbindlichkeiten in Höhe von 12.250 Tsd. Euro aus im Voraus bezahlten Ausgleichsbeträgen und Teil-Gegenwerten. Weitere Verbindlichkeiten resultieren aus der Rückabwicklung einer vorläufigen Gegenwertszahlung über 31.324 Tsd. Euro sowie aus der erhaltenen Anzahlung eines Immobilienverkaufs in Höhe von 4.000 Tsd. Euro.

Steuern in Höhe von 350 Tsd. Euro (Vorjahr 370 Tsd. Euro) sowie Verbindlichkeiten für Verwaltungsaufwendungen in Höhe von 5.238 Tsd. Euro (Vorjahr 4.541 Tsd. Euro) wurden im neuen Rechnungsjahr beglichen. Die grundpfandrechtlich abgesicherten Verbindlichkeiten belaufen sich insgesamt auf 903 Tsd. Euro (Vorjahr 1.084 Tsd. Euro).

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen bestanden zum Bilanzstichtag in Höhe von 80,8 Tsd. Euro (Vorjahr 60,5 Tsd. Euro); sie wurden im neuen Rechnungsjahr beglichen.

Die in der freiwilligen Versicherung ausgewiesenen sonstigen Verbindlichkeiten betragen 876,9 Tsd. Euro. Es handelt sich um Beitragszahlungen die wegen fehlenden oder unvollständigen Vertragsangaben am Bilanzstichtag keinem Vertrag zuzuordnen waren.

Die Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten stellen sich wie folgt dar:

Verbindlichkeiten- spiegel 2010	Gesamt- betrag	Restlaufzeit bis 1 Jahr	Restlaufzeit zwischen 1 und 5 Jahren	Restlaufzeit über 5 Jahre
	€	€	€	€
E.I. Verbindlichkeiten aus dem Versicherungsgeschäft	3.997.331,43	3.997.331,43	–	–
E.II. Verbindlichkeiten gegen- über Kreditinstituten	108.688.680,26	108.688.680,26	–	–
E.III. Sonstige Verbindlichkeiten – langfristige Baudarlehen, Aufwendungsdarlehen – Übrige sonstige Verbind- lichkeiten	903.441,90	185.997,24	694.360,55	23.084,11
	60.552.251,67	60.552.251,67	–	–
	61.455.693,57	60.738.248,91	694.360,55	23.084,11
Insgesamt	174.141.705,26	173.424.260,60	694.360,55	23.084,11

Rechnungsabgrenzungsposten

Zinsverbindlichkeiten aus noch nicht fälligen Zinsswaps wurden in Höhe von 22.514 Tsd. Euro abgegrenzt.

Disagien aus Schuldscheinforderungen und Namensschuldverschreibungen betragen zum Bilanzstichtag 4.219 Tsd. Euro. Der Anteil der freiwilligen Versicherung beläuft sich auf 430 Tsd. Euro.

Die im Voraus erhaltenen Mieten betragen 909 Tsd. Euro.

Sonstige Erläuterungen zur Bilanz.

Zur Sicherung von bilanziellen Grundgeschäften (Namenschuldverschreibungen, Inhaberschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen) wurden Zinsswaps eingesetzt.

Sonstige Angaben

Den Umfang und die Zusammenstellung zeigt folgende Übersicht:

Derivative Finanzinstrumente in Tsd. Euro.

VBL Gesamt	Anzahl	Nomi- nalwert	Buchwert		Marktwert		Bilanz- position
			Aktiva	Passiva	positiv	negativ	
Zinsbezogene Geschäfte							
Swapgeschäfte							
Receiver-Swaps ¹	22	296.800	4.667	748	36.110	0	Aktiva: F. I. Passiva: F.
Payer-Swaps ²	2	80.000	6	1.265	0	-4.855	
Receiver- und Payer- Swaps aus geschlossenen Absicherungen ³	32	1.902.000	21.429	20.501	85.225	-44.839	

¹ Mithilfe eines Receiver-Swaps wird ein variabel-verzinsliches Wertpapier synthetisch in ein festverzinsliches Wertpapier gewandelt. Das Geschäft dient der Sicherung zukünftiger Zahlungsströme.

² Mithilfe eines Payer-Swaps wird ein festverzinsliches Wertpapier synthetisch in ein variabel-verzinsliches Wertpapier gewandelt. Das Geschäft dient zur Absicherung des Marktwerts gegen Zinsschwankungen.

³ Soll eine Absicherung aufgehoben werden, so kann dies grundsätzlich auf drei verschiedene Arten und Weisen erfolgen:

a) Auflösung des Swaps durch Ausgleichszahlung.

b) Glattstellung der Swaps durch den Abschluss eines Gegengeschäfts. Beide Swaps zusammen bilden in ihrer Einheit ein synthetisches festverzinsliches Wertpapier.

c) Vertragsänderung des Swaps: Hierbei wird der Swap synthetisch zu einem festverzinslichen Wertpapier gewandelt.

Die unter 3 dargestellten Swapgeschäfte beziehen sich auf die Varianten b und c.

Davon freiwillige Versicherung	Anzahl	Nomi- nalwert	Buchwert		Marktwert		Bilanz- position
			Aktiva	Passiva	positiv	negativ	
Zinsbezogene Geschäfte							
Swapgeschäfte							
Receiver-Swaps ¹	3	6.000	168	14	566	0	Aktiva: F. I. Passiva: F.
Payer-Swaps ²	-	-	-	-	-	-	
Receiver- und Payer- Swaps aus geschlossenen Absicherungen ³	-	-	-	-	-	-	

Der Bewertung liegen allgemein anerkannte Bewertungsmodelle (Discounted Cash Flow, Black-Scholes, Hull-White) zugrunde. Nennenswerte Einflussgrößen der Bewertungsmodelle sind unter anderem Zinssätze, Swaprates, Swaptions, implizite Volatilitäten, Wechselkurse, Rohstoffpreise (Quelle: Bloomberg).

Bewertungseinheiten

Die VBL ist im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit Zinsrisiken ausgesetzt. Deren Absicherung erfolgt durch den Einsatz von OTC-Zinsswaps. Ihr Einsatz erfolgt nach einheitlichen Richtlinien, unterliegt strengen internen Kontrollen und bleibt mit wertmäßig geringen Ausnahmen auf die Absicherung des operativen Geschäfts der VBL sowie der damit verbundenen Geldanlagen und Finanzierungsvorgänge beschränkt. Zur Absicherung von Grundgeschäften werden Zinsswaps auf Mikro- und Macro-Hedge-Basis eingesetzt. Je nach Markteinschätzung wurde somit das Zinsänderungs- oder Wertänderungsrisiko bei Darlehen mit variabler bzw. fixer Verzinsung abgesichert. Sofern die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, werden Bewertungseinheiten i.S.d. § 254 HGB gebildet. Zur bilanziellen Abbildung der wirksamen Teile der gebildeten Bewertungseinheiten wird die sog. Einfrierungsmethode (kompensatorische Bewertung) angewendet. Die in die Bewertungseinheiten zusammengefassten Grundgeschäfte weisen hochgradig homogene Risiken auf. Entsprechend ist zu erwarten, dass sich die gegenläufigen Wertänderungen der Grund- und Sicherungsgeschäfte in der Zukunft für das jeweils gesicherte Risiko nahezu vollständig ausgleichen und die Sicherungsbeziehungen hoch effektiv sind (Critical Term-Matching).

Es wurden Bewertungseinheiten in folgenden Größenordnungen gebildet:

Nominal	Marktwert Sicherungsgeschäfte	Marktwert Grundgeschäfte	Marktwert Sicherungsgeschäfte und Grundgeschäfte	Zu bildende Drohverluste ohne Bewertungseinheiten (Swaps mit negativen Marktwerten)
Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
1.082,80	84,22	139,68	223,90	-49,69

Aufgrund einer Gebietsreform wurde der bei der VBL beteiligte Landkreis Hannover zum 1. November 2001 aufgelöst. Die dort bisher pflichtversicherten Arbeitnehmer sind auf die bei der Zusatzversorgungskasse der Stadt Hannover (ZVK) beteiligte „Region Hannover“ übergegangen. Außerdem sind in diesem Zusammenhang weitere bisher bei der VBL beteiligte Arbeitgeber zum 01. Januar 2003 auf bei der ZVK beteiligte Einrichtungen übergegangen.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Anstelle einer Verpflichtung nach § 2b des bis 31. Dezember 2001 geltenden Überleitungsabkommens zur Erstattung eines Barwertes für künftige Renten in Höhe von rund 118 Mio. Euro wurde mit der ZVK für diese Fälle eine jährliche Erstattung der von der VBL verauslagten Rentenleistungen vereinbart. Die sich hieraus ergebende Restverpflichtung beträgt rund 31,7 Mio. Euro.

Zur Sicherung von Kreditaufnahmen für die Finanzierung von Kapitalanlagen wurden Wertpapierpensionsgeschäfte abgeschlossen. Die Buchwerte der in Pension gegebenen Inhaberschuldverschreibungen belaufen sich zum 31.12.2010 auf 113.756 Tsd. Euro.

Haftungsverhältnisse

Zur Sicherung von Verbindlichkeiten einer Kapitalanlagegesellschaft wurden Schuldscheinforderungen in Höhe von 116,0 Mio. Euro verpfändet bzw. abgetreten.

Aus heutiger Sicht wird mit einer Inanspruchnahme aufgrund der Bonität und des Zahlungsverhaltens der Begünstigten nicht gerechnet.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung.

Übersicht über die Positionen der versicherungstechnischen Rechnung.

Umlagen und Beiträge

Zusammensetzung	2010	2009
	Tsd. €	Tsd. €
Pflichtversicherung		
Umlagen Abrechnungsverband West (einschließlich Sanierungsgeld)	4.420.855	4.401.357
Umlagen Abrechnungsverband Ost	176.482	168.973
Beiträge Abrechnungsverband Ost	524.008	325.289
Pflichtversicherung gesamt	5.121.345	4.895.619
Freiwillige Versicherung		
Beiträge aus VBL extra	155.118	138.684
Beiträge aus VBL dynamik	9.468	9.688
Freiwillige Versicherung gesamt	164.586	148.372
Insgesamt	5.285.931	5.043.991

Der im umlagefinanzierten Abrechnungsverband West erhobene Umlagesatz betrug im Berichtsjahr 7,86 Prozent des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts. Hinzu kommt ein Sanierungsgeld in Höhe von 2,0 Prozent der jährlich um 1 Prozent dynamisierten zusatzversorgungspflichtigen Entgelte aller Pflichtversicherten des Jahres 2001. Im Abrechnungsverband Ost betrug der Umlagesatz 1 Prozent.

Seit dem 1. Januar 2004 werden im Abrechnungsverband Ost neben der Umlage Beiträge zum Kapitaldeckungsverfahren erhoben. Der Beitragssatz betrug im Jahr 2010 4,0 Prozent des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts.

Die Fortschreibung zurückgestellter Gegenwerte und Ausgleichsbeträge führte zu einer Auflösung der Rückstellungen in Höhe von 25,2 Mio. Euro.

Erträge aus Beteiligungen

Im Berichtsjahr wurden Ausschüttungen von verbundenen Unternehmen in Höhe von brutto 461,6 Tsd. € vereinnahmt.

Zusammensetzung	2010	2009
	Tsd. €	Tsd. €
Erträge aus der Vermietung des Grundvermögens der VBL		
Fremdverwaltete Objekte	98.967	95.331
Eigenverwaltete Objekte	13.084	12.206
Mieterträge für die eigengenutzten Verwaltungsgebäude	2.177	2.177
	114.228	109.714

Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten

Ausgewiesen werden die Brutto-Mieterträge aus vermieteten Immobilienobjekten. Die Mieten für die eigengenutzten Verwaltungsgebäude werden aus dem Verwaltungskostenhaushalt finanziert.

Zusammensetzung	2010	2009
	Tsd. €	Tsd. €
Aktien, Investmentanteile	571.075	441.042
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	6.472	6.803
Hypotheken-, Grundschild- und Rentenschuldforderungen	5.094	7.262
Namenschuldverschreibungen	62.283	71.948
Schuldscheinforderungen und Darlehen	99.421	106.134
	744.345	633.189

Erträge aus anderen Kapitalanlagen

Davon freiwillige Versicherung	2010	2009
	Tsd. €	Tsd. €
Aktien, Investmentanteile	40.669	26.793
Namenschuldverschreibungen	7.880	8.068
Schuldscheinforderungen und Darlehen	1.943	1.975
	50.492	36.836

Gewinne aus dem Abgang
von Kapitalanlagen

Zusammensetzung	2010	2009
	Tsd. €	Tsd. €
Veräußerung von Grundstücken	6.294	4.517
Kursgewinne aus:		
Aktien, Investmentanteile	47.960	39.191
	54.254	43.708

Davon freiwillige Versicherung	2010	2009
	Tsd. €	Tsd. €
Kursgewinne aus:		
Aktien, Investmentanteile	115	351
	115	351

Nicht realisierte Gewinne
aus Kapitalanlagen

Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen ergeben sich aus der Marktpreisbewertung von Fondsanlagen für Rechnung und Risiko von Versicherungsnehmern.

Sonstige versicherungs-
technische Erträge

Zusammensetzung	2010	2009
	Tsd. €	Tsd. €
Zinsen für Gegenwerte	1.674	1.375
Zinsen für nachentrichtete und zu spät gezahlte Umlage	3.614	4.341
Erträge im Zusammenhang mit dem Versorgungsausgleich	189	152
Übrige Erträge	27.078	8.601
	32.555	14.469

Bei den übrigen Erträgen handelt es sich im Wesentlichen um im Geschäftsjahr erhobene Gegenwertforderungen in Höhe von 25.320 Tsd. Euro, die wegen Insolvenz in vollem Umfang wertberichtigt wurden.

Zahlungen für Versicherungsfälle

Zusammensetzung	2010	2009
	Tsd. €	Tsd. €
Betriebsrenten		
An Versicherte	3.936.874	3.871.665
An Hinterbliebene	538.901	524.627
	4.475.775	4.396.292
Sterbegelder	15	12
Abfindungen	6.554	7.831
Beitrags- und Umlageerstattungen	5.982	5.622
	4.488.326	4.409.757
Abzüglich Erträge aus Schadensersatzansprüchen (§ 50 VBLS)	370	272
	4.487.956	4.409.485

Davon freiwillige Versicherung	2010	2009
	Tsd. €	Tsd. €
Betriebsrenten		
An Versicherte	1.579	854
An Hinterbliebene	44	18
	1.623	872
Todesfallleistungen	12	–
Abfindungen	60	516
Rückerstattung des Deckungskapitals	5	–
	1.700	1.388

Aufgrund gestiegener Anzahl der Leistungsbezieher und jährlicher Rentenanpassung von 1 Prozent, erhöhten sich die Zahlungen für Leistungen gegenüber dem Vorjahr insgesamt um 1,8 Prozent.

Die Deckungsrückstellungen in den kapitalgedeckten Abrechnungsverbänden waren unter Einbeziehung zusätzlicher Stärkungen zur Anpassung an aktuelle biometrische Risiken laut versicherungsmathematischer Gutachten um insgesamt 748.637,80 Tsd. Euro zu erhöhen. Der Anteil der freiwilligen Versicherung beträgt 188.132,80 Tsd. Euro.

Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen

Die Veränderung der sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen resultiert zum einen aus der Erhöhung der Rückstellung für zurückzuzahlende Umlagen und Beiträge in Höhe von 3.600 Tsd. Euro sowie aus dem Verbrauch der Rückstellung für den Versicherungsverein der Angestellten der Verwertungsstelle der Reichsmonopolverwaltung um 208 Tsd. Euro.

Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb

Gemäß § 43 RechVersV sind die Verwaltungsaufwendungen anteilig der Verwaltung von Versicherungsfällen, von Versicherungsverträgen und von Kapitalanlagen zuzuordnen. Bei den Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb handelt es sich somit um den über die Kostenrechnung ermittelten Anteil, der auf die Führung der Versicherungskonten entfällt. Die übrigen Anteile werden unter Aufwendungen für Versicherungsfälle beziehungsweise Aufwendungen für Kapitalanlagen ausgewiesen. Wegen der Differenzierung nach Abrechnungsverbänden und Versorgungskonten wird auf die Segmentberichterstattung verwiesen.

Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für Kapitalanlagen

Zusammensetzung	2010	2009
	Tsd. €	Tsd. €
Aufwendungen für Immobilien		
Bewirtschaftung der Mietwohngrundstücke	33.116	32.922
Modernisierung der Mietwohngrundstücke	6.630	4.227
Instandhaltung der Mietwohngrundstücke	26.191	20.561
Abschreibungen auf Einrichtungen bei Mietobjekten	167	155
	66.104	57.865
Aufwendungen für übrige Kapitalanlagen		
Zinsen und Kosten für Bau- und Aufwendungsdarlehen	546	25.082
Leistungsentgelte für die Verwaltung von Kapitalanlagen	569	832
Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag auf Dividende aus Investmenteile und Beteiligungen	87	20
	1.202	25.934
Anteilige Verwaltungsaufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen	6.363	7.034
	73.669	90.833
Davon freiwillige Versicherung		
Anteilige Verwaltungsaufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen	170	166
	170	166

Zusammensetzung	2010	2009	Abschreibungen auf Kapitalanlagen
	Tsd. €	Tsd. €	
Grundstücke	11.647	10.497	
Finanzanlagen	22.593	32.489	
Niederschlagungen bzw. Ausbuchungen von Forderungen aus dem Bereich der Grundstücksverwaltung aus Vorjahren	431	405	
	34.671	43.391	

Davon freiwillige Versicherung	2010	2009
	Tsd. €	Tsd. €
Finanzanlagen	4	236
	4	236

Die linearen Abschreibungen auf Gebäude betragen 11,6 Mio. Euro.

Investmentanteile wurden mit 20,1 Mio. Euro auf den niedrigeren Zeitwert am Bilanzstichtag abgeschrieben. Aus der Bewertung festverzinslicher Wertpapiere resultiert ein Abschreibungsvolumen von 2,5 Mio. Euro.

Aus dem Verkauf von Fondsanteilen waren im Berichtsjahr Verluste in Höhe von 183.460,7 Tsd. Euro zu verzeichnen; der Anteil in der freiwilligen Versicherung beträgt 38,6 Tsd. Euro.

Verluste aus dem Abgang
von Kapitalanlagen

Nicht realisierte Verluste aus der Marktpreisbewertung von Fondsanlagen für Rechnung und Risiko von Versicherungsnehmern ergaben sich nicht.

Nicht realisierte Verluste
aus Kapitalanlagen

Sonstige versicherungstechnische
Aufwendungen

Zusammensetzung	2010	2009
	Tsd. €	Tsd. €
Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Versorgungsausgleich	12.099	16.875
von der VBL geleistete Beträge gemäß § 2b des Überleitungsabkommens	64	4.480
Versorgungsaufwendungen an Versorgungseinrichtungen	184	220
Sonstige Aufwendungen aus dem Umlage-, Beitrags- und Leistungsbereich	6.854	2.137
	19.201	23.712

Davon freiwillige Versicherung	2010	2009
	Tsd. €	Tsd. €
Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Versorgungsausgleich	16	34
	16	34

In den sonstigen Aufwendungen aus dem Umlage-, Beitrags- und Leistungsbereich sind Wertstellungszinsen aus der Rückabwicklung einer vorläufigen Gegenwertzahlung enthalten.

Positionen der nichtversicherungstechnischen Rechnung.

Zusammensetzung	2010	2009	Sonstige Erträge
	Tsd. €	Tsd. €	
Zinserträge aus Bankguthaben in laufender Rechnung	5.246	6.546	
Erträge aus der Verminderung der Urlaubsrückstellung	126	–	
Erträge aus der Verminderung der Pensionsrückstellung	59	21	
Erträge aus der Verminderung der Rückstellung für Altersteilzeit	302	65	
Erträge aus der Verminderung sonstiger Rückstellungen	143	–	
Erträge aus der Verminderung der Forderungen aus der Grundstücks- und Vermögensverwaltung	–	110	
Erträge aus dem Bereich der Grundstücks- und Vermögensverwaltung aus Vorjahren	292	368	
Einnahmen aus dem Verwaltungskostenhaushalt	212	179	
Übrige Erträge	1.828	–	
	8.208	7.289	

Davon freiwillige Versicherung	2010	2009
	Tsd. €	Tsd. €
Zinserträge aus Bankguthaben in laufender Rechnung	304	178
Einnahmen aus dem Verwaltungskostenhaushalt	13	6
	317	184

Die Position „Zinserträge aus Bankguthaben in laufender Rechnung“ enthält Zinserträge aus Geldmarktkonten in Höhe von 5,2 Mio. Euro (Vorjahr 5,9 Mio. Euro).

Sonstige Aufwendungen

Zusammensetzung	2010	2009
	Tsd. €	Tsd. €
Uneinbringliche Forderungen aus dem Versicherungs- und Leistungsbereich aus Vorjahren	37.241	14.278
Aufwendungen aus dem Bereich der Grundstücks- und Vermögensverwaltung aus Vorjahren	122	166
Übrige Aufwendungen	798	842
	38.161	15.286

Die Position „Uneinbringliche Forderungen aus dem Versicherungs- und Leistungsbereich“ beinhaltet wertberichtigte Gegenwertforderungen infolge Insolvenz in Höhe von 31,7 Mio. Euro (Vorjahr 13,4 Mio. Euro).

Zinsanteile aus der Veränderung der Pensionsrückstellungen und der Altersteilzeitrückstellungen sind mit 297 Tsd. Euro bzw. 353 Tsd. Euro in den übrigen Aufwendungen enthalten.

Außerordentliches Ergebnis

Im außerordentlichen Ergebnis sind Aufwendungen in Höhe von 1.089,2 Tsd. Euro aus der Umstellung der Pensionsrückstellungen zum 01.01.2010 nach dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz enthalten.

Jahresüberschuss

Die Ergebnisse nach Versicherungszweigen werden in der Segmentberichterstattung ausgewiesen.

Veränderung der Rückstellung für Pflichtleistungen

Die versicherungstechnische und nichtversicherungstechnische Rechnung führten im Versorgungskonto I zu einem Überschuss in Höhe von 577.581 Tsd. Euro. Der Überschuss wurde den Rückstellungen für Pflichtleistungen zugeführt. Auf den Abrechnungsverband West entfallen dabei 426.278 Tsd. Euro und auf den Abrechnungsverband Ost 151.303 Tsd. Euro (siehe Segmentberichterstattung).

Segmentberichte.

Zielsetzung der Segmentberichterstattung.

Die VBL erstellt über alle Versicherungsbereiche eine konsolidierte Bilanz. Um der in der VBLS geforderten Trennung in die Bereiche „Pflichtversicherung“ beziehungsweise „freiwillige Versicherung“ auch in der Berichterstattung gerecht zu werden, erfolgt hier der Ausweis der einzelnen Zahlen getrennt nach Pflicht- und freiwilliger Versicherung und innerhalb der Pflichtversicherung getrennt nach den Versorgungskonten I und II. Bei den Versorgungskonten I beziehungsweise II wird durch separate Gewinn- und Verlustrechnungen noch nach den Abrechnungsverbänden West und Ost beziehungsweise Gegenwerte und Beitrag differenziert.

Segmentberichte.

Bilanzpositionen der Aktivseite	Pflichtversicherung Versorgungskonto I		Versorgungskonto II – Gegenwerte		Versorgungskonto II – Beitrag	
	31.12.2010 €	31.12.2009 €	31.12.2010 €	31.12.2009 €	31.12.2010 €	31.12.2009 €
A. Immaterielle Vermögensgegenstände	3.202.698,24	3.864.709,24	–	–	–	–
B. Kapitalanlagen						
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	527.560.086,88	524.372.917,53	–	–	–	–
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen						
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	68.750,00	68.750,00	–	–	–	–
2. Beteiligungen	58.626.031,90	34.105.293,06	–	–	–	–
III. Sonstige Kapitalanlagen						
1. Aktien, Investmentanteile	4.816.365.454,28	3.943.795.718,79	1.177.071.920,95	1.127.398.651,80	1.240.046.397,20	764.022.901,38
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	88.380.000,00	85.580.550,00	92.760.604,00	95.237.404,00	–	–
3. Hypotheken-, Grundschild- und Rentenschuldforderungen	70.216.176,69	107.840.989,49	–	–	–	–
4. Sonstige Ausleihungen						
a) Namensschuldverschreibungen	687.898.995,12	724.295.829,45	417.975.833,14	468.126.348,30	364.390.350,03	387.862.734,85
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	1.441.300.000,00	1.508.291.000,00	538.624.456,41	537.852.366,41	120.000.000,00	120.000.000,00
C. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Versicherungsnehmern	–	–	–	–	–	–
D. Forderungen						
I. Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft	369.745.337,32	385.782.899,94	509.172.207,07	508.736.407,45	631.783,32	1.030.500,99
II. Sonstige Forderungen						
1. Sonstige Forderungen	16.859.463,70	24.541.506,14	76.308,61	130.795,52	7.009.888,01	6.555,55
2. Interne Verrechnungen						
a) Forderung VK I an VK II	27.073.356,23	87.949.885,72	–	–	–	–
b) Forderung VK I an freiwillige Vers.	–	2.230.723,48	–	–	–	–
c) Forderung VK II an VK I	–	–	–	136.837,39	–	179.727,29
d) Forderung Beitrag an Gegenwerte	–	–	–	–	–	517.502,48
e) Forderung freiwillige Vers. an VK I	–	–	–	–	–	–
E. Sonstige Vermögensgegenstände						
I. Sachanlagen und Vorräte	3.956.589,52	3.573.304,58	–	–	–	–
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten und Kassenbestand	2.750.426.094,10	2.822.314.112,21	41.034.744,11	87.831.913,82	128.405.052,89	37.702.585,54
F. Rechnungsabgrenzungsposten						
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten	56.636.691,47	55.816.034,99	14.496.811,17	14.596.238,59	2.536.881,45	2.405.127,75
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	601.346,05	957.283,23	987.182,81	1.039.552,06	–	–
Summe der Aktiva	10.918.917.071,50	10.315.381.507,85	2.792.200.068,27	2.841.086.515,34	1.863.020.352,90	1.313.727.635,83

Freiwillige Versicherung		Summen Segmente		Konsolidierte Beträge		Konsolidiert	
31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009
€	€	€	€	€	€	€	€
-	-	3.202.698,24	3.864.709,24	-	-	3.202.698,24	3.864.709,24
-	-	527.560.086,88	524.372.917,53	-	-	527.560.086,88	524.372.917,53
-	-	68.750,00	68.750,00	-	-	68.750,00	68.750,00
-	-	58.626.031,90	34.105.293,06	-	-	58.626.031,90	34.105.293,06
372.015.895,79	301.122.372,91	7.605.499.668,22	6.136.339.644,88	-	-	7.605.499.668,22	6.136.339.644,88
-	-	181.140.604,00	180.817.954,00	-	-	181.140.604,00	180.817.954,00
-	-	70.216.176,69	107.840.989,49	-	-	70.216.176,69	107.840.989,49
161.761.908,54	175.012.285,38	1.632.027.086,83	1.755.297.197,98	-	-	1.632.027.086,83	1.755.297.197,98
30.893.080,83	38.830.209,48	2.130.817.537,24	2.204.973.575,89	-	-	2.130.817.537,24	2.204.973.575,89
18.236.255,91	14.064.204,04	18.236.255,91	14.064.204,04	-	-	18.236.255,91	14.064.204,04
-	359,55	879.549.327,71	895.550.167,93	-	-	879.549.327,71	895.550.167,93
2.188,65	4.373,49	23.947.848,97	24.683.230,70	-	-	23.947.848,97	24.683.230,70
-	-	27.073.356,23	87.949.885,72	27.073.356,23	87.949.885,72	-	-
-	-	-	2.230.723,48	-	2.230.723,48	-	-
-	-	-	316.564,68	-	316.564,68	-	-
-	-	-	517.502,48	-	517.502,48	-	-
112.452,85	-	112.452,85	-	112.452,85	-	-	-
-	-	3.956.589,52	3.573.304,58	-	-	3.956.589,52	3.573.304,58
309.625.198,83	153.244.523,67	3.229.491.089,93	3.101.093.135,24	-	-	3.229.491.089,93	3.101.093.135,24
270.709,34	258.246,35	73.941.093,43	73.075.647,68	-	-	73.941.093,43	73.075.647,68
-	-	1.588.528,86	1.996.835,29	-	-	1.588.528,86	1.996.835,29
892.917.690,74	682.536.574,87	16.467.055.183,41	15.152.732.233,89	27.185.809,08	91.014.676,36	16.439.869.374,33	15.061.717.557,53

Bilanzpositionen der Passivseite	Pflichtversicherung Versorgungskonto I		Versorgungskonto II – Gegenwerte		Versorgungskonto II – Beitrag	
	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009
	€	€	€	€	€	€
A. Rücklagen						
I. Verlustrücklage	–	–	258.280.221,00	262.091.183,00	76.979.527,00	51.384.248,00
II. Bilanzgewinn / Bilanzverlust	–	–	-6.257.720,00	20.284.881,00	12.021.159,00	14.936.271,00
B. Versicherungstechnische Rückstellungen						
I. Rückstellungen für Pflichtleistungen						
1. Abrechnungsverband West	7.659.746.202,77	7.230.785.338,77	–	–	–	–
2. Abrechnungsverband Ost	2.052.444.446,96	1.901.137.709,24	–	–	–	–
II. Deckungsrückstellungen						
1. Deckungsrückstellung	–	–	2.435.733.804,00	2.446.356.287,00	1.655.009.781,00	1.120.595.289,00
2. Rückstellung für Gegenwerte und Ausgleichsbeträge	1.044.620.813,45	1.044.079.171,00	–	–	–	–
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	10.600.000,00	17.500.000,00	–	–	–	–
IV. Rückstellung für Beitragserstattungen und Rückzahlungen von Umlage und Beiträgen	65.382.000,00	61.421.000,00	11.000,00	6.000,00	1.300.000,00	1.500.000,00
V. Rückstellung für Überschussbeteiligung	–	–	45.654.275,00	25.369.394,00	5.657.188,00	5.188.786,00
VI. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	42.176,14	250.225,19	–	–	–	–
C. Versicherungstechnische Rückstel- lungen soweit das Anlagerisiko bei Versicherungsnehmern	–	–	–	–	–	–
D. Andere Rückstellungen						
I. Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	6.813.040,00	4.772.201,00	–	–	–	–
II. Sonstige Rückstellungen	22.582.770,00	12.250.919,50	–	–	–	–
E. Andere Verbindlichkeiten						
I. Verbindlichkeiten aus dem Versicherungsgeschäft	3.861.447,96	2.397.196,48	–	–	3.405,28	5.090,66
II. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	–	–	–	–	108.688.680,26	108.214.377,53
III. Sonstige Verbindlichkeiten						
1. Sonstige Verbindlichkeiten	29.254.694,01	19.193.787,94	31.324.085,44	6.297.055,17	0,73	81,12
2. Interne Verrechnungen						
a) Verbindlichkeiten VK II gegenüber VK I	–	–	24.564.256,20	76.987.349,79	2.509.100,03	10.962.535,93
b) Verbindlichkeiten freiwillige Versicherung gegenüber VK I	–	–	–	–	–	–
c) Verbindlichkeiten VK I gegenüber VK II	–	316.564,68	–	–	–	–
d) Verbindlichkeiten VK II Gegen- werte gegenüber VK II -Beitrag	–	–	–	517.502,48	–	–
e) Verbindlichkeiten VK I gegenüber FV	112.452,85	–	–	–	–	–
F. Rechnungsabgrenzungsposten	23.457.027,36	21.277.394,05	2.890.146,63	3.176.862,90	851.511,60	940.956,59
Summe der Passiva	10.918.917.071,50	10.315.381.507,85	2.792.200.068,27	2.841.086.515,34	1.863.020.352,90	1.313.727.635,83

Freiwillige Versicherung		Summen Segmente		Konsolidierte Beträge		Konsolidiert	
31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009
€	€	€	€	€	€	€	€
58.506.211,56	41.374.365,30	393.765.969,56	354.849.796,30	-	-	393.765.969,56	354.849.796,30
12.452.211,08	11.676.868,38	18.215.650,08	46.898.020,38	-	-	18.215.650,08	46.898.020,38
-	-	7.659.746.202,77	7.230.785.338,77	-	-	7.659.746.202,77	7.230.785.338,77
-	-	2.052.444.446,96	1.901.137.709,24	-	-	2.052.444.446,96	1.901.137.709,24
788.468.283,72	604.507.488,64	4.879.211.868,72	4.171.459.064,64	-	-	4.879.211.868,72	4.171.459.064,64
-	-	1.044.620.813,45	1.044.079.171,00	-	-	1.044.620.813,45	1.044.079.171,00
49.600,00	31.000,00	10.649.600,00	17.531.000,00	-	-	10.649.600,00	17.531.000,00
-	-	66.693.000,00	62.927.000,00	-	-	66.693.000,00	62.927.000,00
13.751.698,22	6.950.466,57	65.063.161,22	37.508.646,57	-	-	65.063.161,22	37.508.646,57
-	-	42.176,14	250.225,19	-	-	42.176,14	250.225,19
18.236.255,91	14.064.204,04	18.236.255,91	14.064.204,04	-	-	18.236.255,91	14.064.204,04
-	-	6.813.040,00	4.772.201,00	-	-	6.813.040,00	4.772.201,00
-	-	22.582.770,00	12.250.919,50	-	-	22.582.770,00	12.250.919,50
132.478,19	154.101,90	3.997.331,43	2.556.389,04	-	-	3.997.331,43	2.556.389,04
-	-	108.688.680,26	108.214.377,53	-	-	108.688.680,26	108.214.377,53
876.913,39	1.045.301,43	61.455.693,57	26.536.225,66	-	-	61.455.693,57	26.536.225,66
-	-	27.073.356,23	87.949.885,72	27.073.356,23	87.949.885,72	-	-
-	2.230.723,48	-	2.230.723,48	-	2.230.723,48	-	-
-	-	-	316.564,68	-	316.564,68	-	-
-	-	-	517.502,48	-	517.502,48	-	-
-	-	112.452,85	-	112.452,85	-	-	-
444.028,67	502.055,13	27.642.714,26	25.897.268,67	-	-	27.642.714,26	25.897.268,67
892.917.690,74	682.536.574,87	16.467.055.183,41	15.152.732.233,89	27.185.809,08	91.014.676,36	16.439.869.374,33	15.061.717.557,53

Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung	Pflichtversicherung Versorgungskonto I – gesamt		Versorgungskonto I – West	
	2010	2009	2010	2009
	€	€	€	€
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Umlageaufkommen				
a) Umlage und Beiträge (inkl. Sanierungsgeld)	4.597.337.060,90	4.570.330.298,06	4.420.855.017,76	4.401.356.832,94
b) Veränderung der Rückstellung für Gegenwerte und Ausgleichsbeträge	25.219.825,09	20.823.236,93	26.384.010,76	20.140.264,60
c) Erträge aus Überleitungen	493.478,14	453.782,45	491.842,46	453.218,38
2. Erträge aus der Rückstellung für Überschussbeteiligung	–	–	–	–
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen	461.634,43	100.000,00	461.634,43	100.000,00
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten	114.228.002,82	109.713.922,73	114.228.002,82	109.713.922,73
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	470.808.276,92	431.154.333,05	470.808.276,92	431.154.333,05
c) Erträge aus Zuschreibungen	31.062.708,14	27.524.203,94	31.062.708,14	27.524.203,94
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	45.852.172,31	36.659.907,75	45.852.172,31	36.659.907,75
e) Verrechnungskonto West – Ost	–	–	-131.849.896,28	-115.174.391,57
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen	–	–	–	–
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge	27.033.704,73	12.679.369,64	27.028.041,91	11.955.149,00
6. Aufwendungen für Leistungen				
a) Leistungen				
aa) Zahlungen für Leistungen	4.394.462.900,93	4.329.642.895,14	4.247.967.991,03	4.197.135.923,59
bb) Verwaltungsaufwendungen	38.735.427,38	35.291.283,73	34.541.513,61	31.733.911,09
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Leistungen	-6.739.000,00	7.848.000,00	-6.336.000,00	7.367.000,00
c) Aufwendungen für Überleitungen	220.261,54	213.337,94	220.261,54	213.335,94
7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung	–	–	–	–
b) Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	3.591.950,95	-25.150.177,32	3.991.950,95	-24.450.177,32
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb (Verwaltungsaufwendungen)	45.889.327,25	31.924.026,20	40.913.680,74	27.416.665,12
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für Kapitalanlagen	72.386.152,31	84.079.511,86	71.690.668,21	83.330.755,84
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	28.838.221,27	37.625.659,81	28.838.221,27	37.625.659,81
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	113.125.378,66	166.412.881,68	113.125.378,66	166.412.881,68
10. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen	12.072.629,52	21.541.022,92	11.704.964,17	21.031.538,66
11. Versicherungstechnisches Ergebnis	+609.913.613,67	+520.010.612,59	+458.663.180,45	+376.065.946,41
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge	6.913.692,25	6.191.684,75	6.861.099,68	6.163.506,36
2. Sonstige Aufwendungen	38.156.772,66	14.487.840,12	38.156.620,59	13.766.315,55
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	+578.670.533,26	+511.714.457,22	+427.367.659,54	+368.463.137,22
4. Außerordentliche Aufwendungen	1.089.163,00	–	1.089.163,00	–
5. Außerordentliches Ergebnis	-1.089.163,00	–	-1.089.163,00	–
6. Jahresüberschuss	+577.581.370,26	+511.714.457,22	+426.278.496,54	+368.463.137,22
7. Veränderung der Rückstellung für Pflichtleistungen	-577.581.370,26	-511.714.457,22	-426.278.496,54	-368.463.137,22
8. Veränderung der Verlustrücklage	–	–	–	–
9. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	–	–	–	–

Pflichtversicherung		Versorgungskonto I – Ost		Versorgungskonto II – gesamt		Versorgungskonto II – Gegenwerte		Versorgungskonto II – Beitrag	
2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
176.482.043,14	168.973.465,12	524.008.177,17	325.288.687,04	-	-	524.008.177,17	325.288.687,04		
-1.164.185,07	682.972,33								
1.635,68	564,07								
-	-	31.597,64	17.901,00						
-	-								
-	-	223.044.155,30	165.198.050,12	114.829.611,49	98.440.285,71	108.214.543,81	66.757.764,41		
-	-	569.227,07	9.894.091,70		9.277.521,70	569.227,07	616.570,00		
-	-	8.287.946,01	6.697.416,05	7.476.514,10	6.339.158,21	811.431,91	358.257,84		
131.849.896,28	115.174.391,57								
-	-								
5.662,82	724.220,64	6.589.565,22	4.957.206,72	6.588.546,14	4.956.419,24	1.019,08	787,48		
146.494.909,90	132.506.971,55	91.793.220,18	78.454.052,74	81.656.387,03	73.349.613,62	10.136.833,15	5.104.439,12		
4.193.913,77	3.557.372,64	2.959.950,13	2.423.706,46	731.843,43	669.513,02	2.228.106,70	1.754.193,44		
-403.000,00	481.000,00	5.000,00	-7.000,00	5.000,00	-7.000,00	-	-		
-	2,00	-	-	-	-	-	-		
-	-	560.504.989,00	330.271.536,00	26.090.497,00	4.317.736,00	534.414.492,00	325.953.800,00		
-400.000,00	-700.000,00	-200.000,00	400.000,00	-	-	-200.000,00	400.000,00		
4.975.646,51	4.507.361,08	4.769.239,96	4.331.781,79	1.003.350,12	952.854,15	3.765.889,84	3.378.927,64		
695.484,10	748.756,02	1.113.087,96	6.587.120,44	184.133,28	3.962.831,29	928.954,68	2.624.289,15		
-	-	5.828.329,84	5.529.586,18	3.113.388,10	3.993.323,98	2.714.941,74	1.536.262,20		
-	-	72.003.122,25	19.890.101,27	15.288.960,13	220.080,79	56.714.162,12	19.670.020,48		
367.665,35	509.484,26	8.180.378,26	5.304.327,68	7.976.467,45	4.951.952,29	203.910,81	352.375,39		
+151.250.433,22	+143.944.666,18	+15.573.350,83	+58.868.140,07	-7.155.354,81	+26.602.479,72	+22.728.705,64	+32.265.660,35		
52.592,57	28.178,39	976.883,15	913.815,69	523.613,08	635.702,56	453.270,07	278.113,13		
152,07	721.524,57	2.748,98	796.260,76	940,27	794.760,28	1.808,71	1.500,48		
+151.302.873,72	+143.251.320,00	+16.547.485,00	+58.985.695,00	-6.632.682,00	+26.443.422,00	+23.180.167,00	+32.542.273,00		
-	-	-	-	-	-	-	-		
-	-	-	-	-	-	-	-		
+151.302.873,72	+143.251.320,00	+16.547.485,00	+58.985.695,00	-6.632.682,00	+26.443.422,00	23.180.167,00	+32.542.273,00		
-151.302.873,72	-143.251.320,00	-	-	-	-	-	-		
-	-	-10.784.046,00	-23.764.543,00	+374.962,00	-6.158.541,00	-11.159.008,00	-17.606.002,00		
-	-	+5.763.439,00	+35.221.152,00	-6.257.720,00	+20.284.881,00	+12.021.159,00	+14.936.271,00		

Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung	Freiwillige Versicherung	
	2010 €	2009 €
I. Versicherungstechnische Rechnung		
1. Umlageaufkommen		
a) Umlage und Beiträge (inkl. Sanierungsgeld)	164.585.899,08	148.371.665,63
b) Veränderung der Rückstellung für Gegenwerte und Ausgleichsbeträge	–	–
c) Erträge aus Überleitungen	–	–
2. Erträge aus der Rückstellung für Überschussbeteiligung	555.337,56	16.193,08
3. Erträge aus Kapitalanlagen		
a) Erträge aus Beteiligungen	–	–
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen		
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten	–	–
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	50.492.304,61	36.836.404,49
c) Erträge aus Zuschreibungen	235.567,64	–
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	114.559,73	351.085,81
e) Verrechnungskonto West – Ost	–	–
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen	1.350.969,41	2.246.001,22
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge	–	–
6. Aufwendungen für Leistungen		
a) Leistungen		
aa) Zahlungen für Versicherungsfälle	1.699.598,69	1.387.848,26
bb) Verwaltungsaufwendungen	248.626,81	167.048,51
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Leistungen	18.600,00	-139.000,00
c) Aufwendungen für Überleitungen	63.411,50	2.276,67
7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen		
a) Deckungsrückstellung	188.132.846,95	160.668.425,36
b) Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	–	–
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb (Verwaltungsaufwendungen)	1.993.975,20	1.626.230,72
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen		
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für Kapitalanlagen	170.119,74	166.493,86
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	4.050,00	235.567,64
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	38.559,73	212.937,40
10. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen	16.273,65	34.281,76
11. Versicherungstechnisches Ergebnis	+24.948.575,76	+23.459.240,05
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung		
1. Sonstige Erträge	317.044,02	183.974,60
2. Sonstige Aufwendungen	1.851,61	2.307,87
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	+25.263.768,17	+23.640.906,78
4. Außerordentliche Aufwendungen	–	–
5. Außerordentliches Ergebnis	–	–
6. Jahresüberschuss	+25.263.768,17	+23.640.906,78
7. Veränderung der Rückstellung für Pflichtleistungen	–	–
8. Veränderung der Verlustrücklage	-12.811.557,09	-11.964.038,40
9. Bilanzgewinn	+12.452.211,08	+11.676.868,38

Summen Segmentberichte		Konsolidierte Beträge				Konsolidiert	
2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
€	€	€	€	€	€	€	€
5.285.931.137,15	5.043.990.650,73	-	-	5.285.931.137,15	5.043.990.650,73		
25.219.825,09	20.823.236,93	-	-	25.219.825,09	20.823.236,93		
493.478,14	453.782,45	-	-	493.478,14	453.782,45		
586.935,20	34.094,08	-	-	586.935,20	34.094,08		
461.634,43	100.000,00	-	-	461.634,43	100.000,00		
114.228.002,82	109.713.922,73	-	-	114.228.002,82	109.713.922,73		
744.344.736,83	633.188.787,66	-	-	744.344.736,83	633.188.787,66		
31.867.502,85	37.418.295,64	-	-	31.867.502,85	37.418.295,64		
54.254.678,05	43.708.409,61	-	-	54.254.678,05	43.708.409,61		
-	-	-	-	-	-		
1.350.969,41	2.246.001,22	-	-	1.350.969,41	2.246.001,22		
33.623.269,95	17.636.576,36	1.068.373,58	3.167.749,29	32.554.896,37	14.468.827,07		
4.487.955.719,80	4.409.484.796,14	-	-	4.487.955.719,80	4.409.484.796,14		
41.944.004,32	37.882.038,70	-	-	41.944.004,32	37.882.038,70		
-6.715.400,00	7.702.000,00	-	-	-6.715.400,00	7.702.000,00		
283.673,04	215.614,61	-	-	283.673,04	215.614,61		
748.637.835,95	490.939.961,36	-	-	748.637.835,95	490.939.961,36		
3.391.950,95	-24.750.177,32	-	-	3.391.950,95	-24.750.177,32		
52.652.542,41	37.882.038,71	-	-	52.652.542,41	37.882.038,71		
73.669.360,01	90.833.126,16	-	-	73.669.360,01	90.833.126,16		
34.670.601,11	43.390.813,63	-	-	34.670.601,11	43.390.813,63		
185.167.060,64	186.515.920,35	-	-	185.167.060,64	186.515.920,35		
20.269.281,43	26.879.632,36	1.068.373,58	3.167.749,29	19.200.907,85	23.711.883,07		
+650.435.540,26	+602.337.992,71	-	-	+650.435.540,26	+602.337.992,71		
8.207.619,42	7.289.475,04	-	-	8.207.619,42	7.289.475,04		
38.161.373,25	15.286.408,75	-	-	38.161.373,25	15.286.408,75		
+620.481.786,43	+594.341.059,00	-	-	+620.481.786,43	+594.341.059,00		
1.089.163,00	-	-	-	1.089.163,00	-		
-1.089.163,00	-	-	-	-1.089.163,00	-		
+619.392.623,43	+594.341.059,00	-	-	+619.392.623,43	+594.341.059,00		
-577.581.370,26	-511.714.457,22	-	-	-577.581.370,26	-511.714.457,22		
-23.595.603,09	-35.728.581,40	-	-	-23.595.603,09	-35.728.581,40		
+18.215.650,08	+46.898.020,38	-	-	+18.215.650,08	+46.898.020,38		

Zusammen- setzung der Zah- lungen für Leistungen	Pflichtversicherung										Freiwillige Versicherung	
	Konsolidiert		Versorgungskonto I				Abrechnungs- verband Ost		Versorgungs- konto II Konsolidiert			
			Konsolidiert		Abrechnungs- verband West							
	2010 Tsd. €	2009 Tsd. €	2010 Tsd. €	2009 Tsd. €	2010 Tsd. €	2009 Tsd. €	2010 Tsd. €	2009 Tsd. €	2010 Tsd. €	2009 Tsd. €	2010 Tsd. €	2009 Tsd. €
Leistungen aus der Versicherung												
Betriebsrenten												
An Versicherte	3.935.295	3.870.810	3.851.050	3.798.950	3.708.239	3.669.541	142.811	129.409	84.245	71.860	1.579	854
An Hinter- bliebene	538.857	524.609	531.598	518.215	527.965	515.117	3.633	3.098	7.259	6.394	44	18
	4.474.152	4.395.419	4.382.648	4.317.165	4.236.204	4.184.658	146.444	132.507	91.504	78.254	1.623	872
Sonstige Leistungen												
Sterbegelder	3	12	-	48	-1	44	1	4	3	-36	12	-
Abfindungen	6.494	7.315	6.224	7.128	6.173	7.086	51	42	270	187	60	516
Beitrags- und Umlageerstat- tungen	5.977	5.622	5.954	5.573	5.941	5.564	13	9	23	49	-	-
Rückerstattung des Deckungs- kapitals	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4	-
Brutto- Leistungen	4.486.626	4.408.368	4.394.826	4.329.914	4.248.317	4.197.352	146.509	132.562	91.800	78.454	1.700	1.388
Abzüglich Erträge aus Schadenser- satzansprüchen ¹	370	272	363	271	349	216	14	55	7	1	-	-
Abzüglich Entnahme RfB für Gewinnzuschlag	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Netto- Leistungen	4.486.256	4.408.097	4.394.463	4.329.643	4.247.968	4.197.136	146.495	132.507	91.793	78.454	1.700	1.388

¹ § 50 VBLS bzw. § 18 AVBextra

Im Jahresdurchschnitt waren bei der VBL beschäftigt:

Mitarbeiter

Zusammensetzung	2010	2009
	Anzahl	Anzahl
Vorstandsmitglieder und zur Dienstleistung bei der VBL beurlaubte Beamte	4	4
Beschäftigte	900	897
	904	901

Die Personalkennzahlen haben sich wie folgt entwickelt:

Zusammensetzung		Stand	Stand
		31.12.2010	31.12.2009
Personalbestand	Anzahl	929	902
Davon: Teilzeitbeschäftigte	Anzahl	159	149
Altersteilzeitbeschäftigte	Anzahl	109	128
Darunter Auszubildende	Anzahl	28	17
Durchschnittsalter	Jahre	45,4	46
Anteil der weiblichen Mitarbeiter	%	53,71	53,09
Anteil der schwerbehinderten Mitarbeiter	%	7,21	6,74

Zusammensetzung	2010	2009
	Tsd. €	Tsd. €
Löhne und Gehälter	33.121	32.781
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	6.588	6.341
Aufwendungen für Altersversorgung	2.457	2.407

Personalaufwendungen

Zusammensetzung	2010	2009
	Tsd. €	Tsd. €
Abschlussprüfungsleistungen	130	130
sonstige Leistungen	92	391
	222	521

Honorare für Abschlussprüfer

Organe

Die Mitglieder des Verwaltungsrats und die nebenamtlichen Mitglieder des Vorstands erhalten lediglich Ersatz ihrer Aufwendungen. Die hauptamtlichen Mitglieder des Vorstands werden nach beamtenrechtlichen Grundsätzen vergütet.

Die nach § 285 Nr. 9a HGB anzugebenden Gesamtbezüge im Jahr 2010 betragen 287,5 Tsd. Euro für den Vorstand und 5,4 Tsd. Euro für den Verwaltungsrat. Die nach § 285 Nr. 9b HGB anzugebenden Rückstellungsbeträge belaufen sich zum 31. Dezember 2010 auf 4.567 Tsd. Euro. Die Bezüge nach § 285 Nr. 9b HGB belaufen sich in 2010 auf 344 Tsd. Euro.

Verwaltungsrat.

Mitglieder aus dem Kreis der Beteiligten.

- Hartmut Möllring, Finanzminister des Landes Niedersachsen, Niedersächsisches Finanzministerium, Hannover, Vorsitzender
- Dr. Günter Bochmann, Senatsrat, Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Berlin
- Ernst Bürger, Ministerialrat, Bundesministerium des Innern, Berlin
- Norbert Eisenmann, Ministerialrat, Finanzministerium Baden-Württemberg, Stuttgart
- Ralf Gaumann, Ministerialrat, Hessisches Ministerium des Innern und für Sport, Wiesbaden
- Annette Hengst, Referatsleiterin, Ministerium des Innern des Landes Brandenburg, Potsdam
- Manfred Hoffmann, Hauptgeschäftsführer, Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände, Frankfurt am Main
- Michael Holst, Ministerialrat, Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein, Kiel
- Susanne Oetzmann, Leitende Ministerialrätin, Niedersächsisches Finanzministerium, Hannover
- Volker Oye, Ministerialrat, Ministerium der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt, Magdeburg
- Claudia Pfeiffer, Geschäftsführerin, Kommunaler Arbeitgeberverband Berlin, Berlin
- Bernd Pieper, Vorsitzender des Vorstands, Arbeitgeberverband des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
- Peter Rupprecht, Ministerialrat, Ministerium der Finanzen Rheinland-Pfalz, Mainz

- Karin Sachse, Ministerialrätin, Thüringer Finanzministerium, Erfurt
- Wolfgang Söller, Senatsrat, Die Senatorin für Finanzen, Bremen
- Judith Steiner, Ministerialrätin, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, München
- Dr. Emil Vesper, Hauptgeschäftsführer, Kommunaler Arbeitgeberverband Nordrhein-Westfalen, Wuppertal
- Dr. Franz-Eugen Volz, Ministerialrat, Bundesministerium der Finanzen, Berlin
- Antje Wedepohl, Regierungsdirektorin, Finanzministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin

Ausgeschiedene Mitglieder.

- Heinz-Rüdiger Fliege, Ministerialdirigent a.D. – bis 28. Februar 2011 –
- Markus Putz, Ministerialrat Bayerisches Staatsministerium der Finanzen – bis 30. April 2011 –

Mitglieder aus dem Kreis der Versicherten.

- Kurt Martin (ver.di), Kerpen-Brüggen, Vorsitzender
- Jürgen Albinus (ver.di), Deutsche Rentenversicherung Mitteldeutschland, Leipzig
- Matthias Berends (ddb tarifunion), Geschäftsbereich Tarif dbb tarifunion, Berlin
- Karl-Heinz Böhmländer (ver.di), Amt für Ländliche Entwicklung Mittelfranken, Ansbach
- Siegfried Damm (dbb tarifunion), VDStr.-Fachgewerkschaft der Straßen- und Verkehrsbeschäftigten, Köln
- Siglinde Hasse (dbb tarifunion), dbb tarifunion, Berlin
- Hans-Jürgen Immerthal (ver.di), Jade Hochschule, Fachhochschule Wilhelmshaven/Oldenburg/Elsfleth, Wilhelmshaven
- Axel Jahnz (ver.di), Otto-von-Guericke-Universität, Medizinische Fakultät, Institut für Pathologie, Magdeburg
- Ralf Kiefer (ver.di), Universitätsklinikum Heidelberg, Heidelberg
- Gisela Kullack (ver.di), Berlin
- Karl-Heinz Leverkus (dbb tarifunion), Finanzamt Mönchengladbach, Mönchengladbach
- Cornelia Küchenthal (ver.di), Stadt Bochum, Bochum
- Peter Neumann (ver.di), ver.di Bundesverwaltung, Berlin
- Peter Rügner (ver.di), Zentrum für Psychiatrie Weinsberg, Weinsberg

- Werner Schwemer (ver.di), Stadt Lüneburg, Lüneburg
- Petra Stech (ver.di), Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Berlin
- Bernd Wolf (ver.di), Straßenbauamt Nordthüringen, Leinefelde-Worbis
- Dagmar Zeppa (ver.di), Deutsche Rentenversicherung Bund, Berlin
- Ilona Ziesche-Grosse (ver.di), Bundesanstalt für Immobilienaufgaben – Hauptstelle Rostock –, Pinneberg

Ausgeschiedene Mitglieder.

- Meinolf Theiner (dbb tarifunion) – bis 31. Juli 2010 –

Vorstand.

Mitglieder aus dem Kreis der Beteiligten.

- Präsident Wolf R. Thiel, Vorsitzender
- Richard Peters, hauptamtliches Vorstandsmitglied und Vertreter des Präsidenten
- Georg Geenen, hauptamtliches Vorstandsmitglied
- Knut Bredendiek, Geschäftsführer, Tarifgemeinschaft deutscher Länder, Berlin
- Werner Brommund, Ministerialdirigent, Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
- Dr. Bernhard Langenbrinck, Geschäftsführer, Kommunalen Arbeitgeberverband Nordrhein-Westfalen, Wuppertal
- Anton Lieven, Ministerialdirektor, Bundesministerium des Innern, Berlin
- Veit Mössler, Ministerialrat, Finanzministerium Baden-Württemberg, Stuttgart
- Kerstin Rudolph, Ministerialrätin, Sächsisches Staatsministerium der Finanzen, Dresden

Mitglieder aus dem Kreis der Versicherten.

- Ralf Barthel (ver.di), Hessische Bezügestelle, Kassel
- Peter Bepperling (ver.di), Wehrtechnische Dienststelle für Kraftfahrzeuge und Panzer, Trier-Grüneberg
- Wolfgang Feldmann (ver.di), Stadtwerke Kiel AG, Kiel
- Helmut Overbeck (dbb tarifunion), dbb tarifunion, Berlin
- Norbert Stinal (ver.di), Berliner Verkehrsbetriebe, Berlin-Schöneberg
- Hildegard Thor (ver.di), Bezirksregierung Arnsberg, Soest
- Michael Wiese (ver.di), Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Landesbezirk Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
- Ulrich Wolters (ver.di), Zentrale Bezügestelle des Landes Brandenburg, Cottbus

Ausgeschiedene Mitglieder.

- Bernd Wilkening, Hauptgeschäftsführer, Kommunalen Arbeitgeberverband Niedersachsen, Hannover – bis 9. Juli 2010 –

Karlsruhe, 29. April 2011

Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder

Die hauptamtlichen Vorstandsmitglieder

Thiel

Peters

Geenen

Bestätigungsvermerk.

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir mit Datum vom 6. Mai 2011 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

„Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder, Karlsruhe, (VBL) für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften (insbesondere der §§ 341 ff. HGB und der RechVersV) und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des hauptamtlichen Vorstands der VBL. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der VBL sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahres-

abschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des hauptamtlichen Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der VBL. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der VBL und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Karlsruhe, den 6. Mai 2011

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dieter Wißfeld ppa. Beate Heubrock
Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüferin

Beschlüsse.

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2010 der VBL wurde hinsichtlich Ansatz, Bewertung und Ausweis geprüft. Die Organe der VBL billigen den vorgelegten Bericht.



Beschluss des Vorstands.

Der Vorstand billigt den ihm vorgelegten Bericht über das Geschäftsjahr zum 31. Dezember 2010.

Berlin, 29. November 2011

Der Vorsitzende des Vorstands

Präsident Wolf R. Thiel

Beschluss des Verwaltungsrats.

Der Verwaltungsrat billigt den ihm vorgelegten Bericht über das Geschäftsjahr zum 31. Dezember 2010.

Berlin, 30. November 2011

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats

Kurt Martin



Schiedsgerichtsbarkeit.

Schiedsgericht.

Erste Kammer.

- Klaus Fiebig, Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht, München, Vorsitzender
- Dr. Isabella Bernt, Oberregierungsrätin, Bayerisches Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, München, Beisitzerin
- Herbert Zue (ver.di), Straßen- und Wasserbauamt, Pfarrkirchen, Beisitzer
- Dr. Michael Brokamp, Richter am Oberlandesgericht, München, Vertreter des Vorsitzenden
- Stephan Necknig, Richter am Amtsgericht, München, stellvertretender Beisitzer
- Claudia Rahn (dbb beamtenbund und tarifunion), dbb beamtenbund und tarifunion, Berlin, stellvertretende Beisitzerin

Zweite Kammer.

- Rolf Rainer Rühling, Vorsitzender Richter am Bayerischen Landessozialgericht, München, Vorsitzender
- Dr. Harald Hesral, Richter am Bayerischen Landessozialgericht, München, Beisitzer
- Reinhard Henning (ver.di), Infanterieschule, Hammelburg, Beisitzer
- Hans Peter Spiegl, Richter am Bayerischen Landessozialgericht, München, Vertreter des Vorsitzenden
- Ricarda Ziestler, Verwaltungsoberärztin, Deutsche Rentenversicherung Bayern Süd – Standort München, München, stellvertretende Beisitzerin
- Marion Bayer-Kulot (ver.di), Stadt Herne, Herne, stellvertretende Beisitzerin

Oberschiedsgericht.

- Prof. Dr. Thomas Wagenitz, Richter am Bundesgerichtshof, Karlsruhe, Vorsitzender
- Bernd Heß, Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht Karlsruhe a.D., Stutensee-Blankenloch, Beisitzer
- Joachim Schäfer, Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht Karlsruhe a.D., Plankstadt, Beisitzer
- Dr. Marco Deichmann, Richter am Oberlandesgericht, Frankfurt am Main, Beisitzer
- N. N.
- Bettina Gammel-Hartmann (ver.di), Amtsgericht München, München, Beisitzerin
- Klaus Hilpert (ver.di), Wasser- und Schifffahrtsamt Schweinfurt, Würzburg, Beisitzer
- Hans-Joachim Dose, Richter am Bundesgerichtshof, Karlsruhe, Vertreter des Vorsitzenden
- Anette Schmidt, Vorsitzende Richterin am Landessozialgericht Rheinland-Pfalz, Mainz, stellvertretende Beisitzerin
- N. N.
- Johannes Rautert, Präsident des Sozialgerichts Trier a.D., Kasel, stellvertretender Beisitzer
- Michael Frey (ver.di), Landesbesoldungsamt Schleswig-Holstein, Kiel, stellvertretender Beisitzer
- N. N.
- N. N.



VBL. Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder
Anstalt des öffentlichen Rechts.
Hans-Thoma-Straße 19, 76133 Karlsruhe.
Telefon 0721 155-0, Telefax 0721 155-666, info@vbl.de, www.vbl.de



**Versorgungsanstalt des
Bundes und der Länder
Karlsruhe**